

ZÜRCHER BEITRÄGE *lvan*

zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung

Heft Nr. 20

Kurt R. Spillmann (Hrsg.)

Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte I

Vorlesung für Hörer aller Abteilungen

Sommersemester 1991

*Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse
Eidgenössische Technische Hochschule 8092 Zürich*

© 1991 Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse, ETH Zentrum,
8092 Zürich

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und fotomechanische Wiedergabe, auch auszugsweise,
nur mit schriftlicher Genehmigung der Forschungsstelle.
Die in den "Zürcher Beiträgen zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung" wiederge-
gebenen Auffassungen stellen ausschliesslich die Ansichten der betreffenden Autoren dar.

ISBN 3-905641-20-8

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Prof. Dr. Kurt R. Spillmann

Einleitung: Konfliktlinien und Konfliktsysteme der Gegenwart..... 2

Prof. Dr. Michael Stürmer

**Deutschland, die West-Ost-Beziehungen und
die Ausgestaltung des Neuen Europa 29**

Dr. Urs Schöttli

**Politische und ökologische Konflikte
auf dem indischen Subkontinent 43**

Prof. Dr. Jörg Fisch

Konflikte in und um Südafrika 62

Dr. Christoph Mühlemann

Narko-Terrorismus in den Anden 76

Prof. Dr. Curt Gasteyer

Das Mittelmeer als Konfliktregion 89

Erich Gysling

Der israelisch-palästinensische Konflikt 103

Dr. Arnold Hottinger

Das Problem der arabischen Staatlichkeit 116

Prof. Dr. Bassam Tibi

Die Hintergründe des Golfkonfliktes 127

Vorwort

Im Sommersemester 1991 veranstaltete die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse an der ETH Zürich eine Vortragsreihe für Hörer aller Abteilungen mit dem Titel "Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte". Ziel dieses Zyklus war es, in der kurzen Zeit eines Semesters die akutesten unter den aktuellen Konfliktherden durch erstklassige Kenner darstellen zu lassen und so den Zuhörern Gelegenheit zu geben, das simultane Geschehen in den ausgewählten Konfliktgebieten als Einheit zu verstehen und dadurch auch ein Gefühl für die Komplexität der Interaktionen zwischen den verschiedenen gleichzeitig ablaufenden Prozessen zu entwickeln.

Mit der vorliegenden schriftlichen Fassung der Referate wird keine wissenschaftlich vertiefte und abgeschlossene Publikation angestrebt, sondern eine rasch verfügbare Dokumentation für die Teilnehmer dieser Lehrveranstaltung. Aus diesem Grunde wurde auch durchwegs auf Fussnoten verzichtet.

In der kurzen verfügbaren Zeit war es leider nicht möglich, sämtliche Vortragstexte zu erhalten. Allen Referenten, die ihr Manuskript zur Verfügung gestellt haben, möchte ich an dieser Stelle sehr herzlich danken.

Zürich, 30. November 1991

Prof. Dr. Kurt R. Spillmann

Prof. Dr. Kurt R. Spillmann

Einleitung: Konfliktlinien und Konfliktsysteme der Gegenwart¹

Konflikte gehören zur *conditio humana*. Kein Wunder, dass mit dem Begriff "Konflikt" - wie mit jeder zentralen Kategorie menschlicher Existenz - auch unterschiedliche theoretische und philosophische Konzeptionen verbunden werden. Mit Konflikt (lat. *conflictus* = Zusammenstoß) wird eine ganze Bandbreite individueller oder kollektiver menschlicher Verhaltensweisen angesprochen; sie reicht vom inneren seelisch-psychischen Zwiespalt oder Widerstreit, wie ihn die Psychoanalyse entdeckt hat, über den Zustand der Auseinandersetzung oder des Zerwürfnisses über unterschiedliche Auffassungen in Gesellschaft und Politik bis hin zum militärisch ausgetragenen kollektiven Gewaltkonflikt, genannt Krieg. Letzterer umschreibt wiederum breitgefächerte (para-)militärische Aktivitäten, angefangen bei einem kleinen Scharmützel bis hin zum finalen Nuklearkrieg als sozusagen letztem Gefecht der Menschheit. Die Kategorie umschreibt demnach ein gewaltiges Spektrum, das vom intrapersonalen bis zum Konflikt zwischen Staaten oder Staatenbündnissen beziehungsweise zum Weltenbrand reicht. Im Spektralbereich politischer Konflikte, von welchem in dieser Nummer der "Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung" vornehmlich die Rede ist, wird dann von einem Konflikt gesprochen, wenn zwei oder mehrere Parteien mögliche künftige Positionen als unvereinbar wahrnehmen und jede Partei eine Haltung einzunehmen gewillt ist, die mit den Wünschen der Gegenpartei unvereinbar ist. Konflikt, so lautet eine Definition des amerikanischen Konfliktforschers Dennis Sandole, ist ein dynamisches Phänomen, "eine Situation, in der wenigstens zwei Akteure oder deren Vertreter ihre Wahrnehmungen von gegenseitig unvereinbaren Zielen dadurch verfolgen, dass sie die Fähigkeit der Gegenseite, ihre Ziele zu verfolgen, direkt oder indirekt untergraben."

¹ Ich danke meinem Mitarbeiter *Günther Bächler* für die Durchsicht des Manuskripts und seine wertvollen Anregungen.

Es wird sicher niemand die Aussichtslosigkeit des Unterfangens, sämtliche Konflikte grundsätzlich verhüten zu wollen, bestreiten. Das Gewährwerden von Nichtübereinstimmung bei der Verfolgung von Zielen oder von konfligierenden Strategien ist zunächst einmal ein grundlegendes funktionales Element des sozialen Lebens überhaupt. Hingegen gibt es einen anhaltenden wissenschaftlichen Disput darüber, ob nicht zumindest das Spektrum physischer Gewaltanwendung - insbesondere das Phänomen Krieg - aus den konflikthaften sozialen Verhaltensweisen der Menschheit gänzlich eliminiert werden könnte. Gibt es einen Prozess der Zivilisierung im Sinne einer geschichtsmächtigen Entwicklung hin zu sozialen und internationalen Beziehungen, in denen Konflikte ohne Rückgriff auf physische Gewalt geregelt werden? Ist damit ein Zustand relativen (Welt-)Friedens - relativ heisst: frei von physischer, aber nicht notwendig frei von psychischer Gewalt und sozialer Deprivation - erreichbar?

Aus der Allgegenwart des bewaffneten Konfliktes ziehen "realistische" und "pragmatische" Denkschulen, Historiker, Politik-, Sozial- und Militärwissenschaftler den Schluss, der Krieg sei mit dem Menschen gleichsam auf natürliche Weise auf die Welt gekommen und daher ein unausweichlicher Bestandteil im Spektrum menschlichen Verhaltens. Mord, Totschlag, Folter und Genozid markieren die Kulturgeschichte der Menschheit seit ihren Anfängen. So haben sowohl die Ethnologie als auch die Ethologie (Verhaltensforschung) und die Kulturanthropologie hinreichend Belege gesammelt und analysiert, um die Behauptung, es gebe keine "von Natur aus friedlichen" Völker oder Menschengruppen, zu untermauern. Altsteinzeitliche Höhlenmalereien, auf denen Kampfhandlungen mit Pfeil und Bogen zu erkennen sind, beweisen, dass die oft zitierte "friedliche" Vorackerbau-Periode dem Bereich der idealisierenden Phantasie von Wissenschaftlern unserer Tage entsprungen sein muss. Aber selbst vor dem Hintergrund der Prämisse der Natürlichkeit von Gewalt fragt man sich im 20. Jahrhundert in Anlehnung an Konrad Lorenz noch immer scheinbar ratlos: "Wie kam das wirklich Böse in die Welt?" Ist das wirklich Gute, wie Vernunft, Sittlichkeit und das Schöne, ein Produkt der menschlichen Natur, und entstammt das Böse unseren naturhaften Trieben? Oder ist es umgekehrt: Ist das Gute eher in unseren natürlichen Antrieben und das Böse, der Krieg, die Gewalt und die Folter, ein Produkt der menschlichen Zivilisation? Besitzt der Mensch von Natur aus einen moralischen Wesenskern? Ist die Natur überhaupt mit moralischen Massstäben zu messen, oder ist sie weder gut noch böse?

Normativ orientierte Wissenschaftler, wie Völkerrechtler, Zivilisationstheoretiker, Friedens- und Konfliktursachenforscher, Theoretiker von Weltordnungsmodellen oder von Konzepten der "Weltinnenpolitik" beziehungsweise der "Globalpolitik", gehen explizit davon aus, dass Gewalt ein geschichtliches Phänomen darstellt, das nach dem Durchlaufen bestimmter Prozesse der Menschheitsentwicklung ebenso aus der Welt geschafft werden kann, wie es einmal auf diese gekommen ist. Auch für Sigmund Freud machte es in seiner Schrift "Warum Krieg?" von 1932 keinen Sinn, die "menschliche Aggressionsneigung" völlig beseitigen zu wollen; man könne jedoch versuchen, "sie soweit abzulenken, dass sie nicht ihren Ausdruck im Kriege finden muss". Heutige Analytiker gehen mit Freud insofern einig, dass diese "Ablenkung" nicht von selbst, gleichsam hinter dem Rücken der menschlichen Subjekte, geschieht, sondern dass der Frieden im Sinne Emmanuel Kants "gestiftet" werden muss. Der Rückgriff auf Gewalt gilt den Theoretikern als Versagen bei der Regelung von Interessen und belegt damit nachgerade die situative Konfliktunfähigkeit. Aus dieser Warte ist es denn auch nur vernünftig, die Bedingungen der Gewalt zu analysieren und wissenschaftliche Methoden zur gewaltlosen Regelung von Konflikten zu erarbeiten und zu operationalisieren - selbst dann, wenn man zu dem eher ernüchternden Urteil kommt, dass kaum ein Konflikt oder Krieg mit dem anderen vergleichbar scheint. Vielleicht ist gerade die fehlende Vergleichs- und damit auch die mangelnde Vorhersehbarkeit von Konflikt und Krieg ein Anstoss dazu, mit politischen und pädagogischen Konzepten die Menschen "konfliktfähiger" zu machen.

Die populäre Verhaltenstheorie von Lorenz, die zwischen dem "sogenannt" und dem "eigentlich" Bösen unterscheidet, scheint zunächst beiden skizzierten Positionen recht zu geben. Neuere Ergebnisse der modernen Soziobiologie führen indessen einen grossen Erkenntnisschritt weiter. Die Soziobiologie hat die Lorenz-Schule auf geradezu bahnbrechende Weise widerlegt und nachgewiesen, dass die Natur moralisch absolut indifferent ist. Bei Lorenz neigt die Evolution bekanntlich zum Guten, während der natürliche Aggressionstrieb - das "sogenannt" Böse - beim Menschen unter den Lebensbedingungen der Zivilisation aus dem Gleis geraten ist. Der Evolutionsbiologe Christian Vogel etwa stellt seiner Evolutionslehre die These vorweg, das "wirklich Böse" und das "wirklich Gute" entspringe der Natur des Menschen. Es sei die zwangsläufige Folge und Begleiterscheinung jener biologischen Evolutionsschritte, welche die

erforderlichen Eigenschaften der Kulturfähigkeit des Menschen hervorgebracht und damit seine kulturelle Geschichte begründet hätten. Vogel wendet sich gegen die Lorenz-Schule, wonach die Menschen wie andere Primaten eine "angeborene innerartliche Tötungshemmung" hätten. Einen "biologischen Normenfilter", der zu töten verbiete, habe es in unserer Naturgeschichte nie gegeben, und es bedürfe zum Töten des Menschen durch den Menschen - sei dies im Krieg oder bei anderen Gelegenheiten - keiner Indoktrinierung, die den Gegner quasi zum "Nichtmenschen" stempelt. Nicht die Kultur habe uns gegenüber unserem Naturzustand schlechter gemacht und sittlich abgewertet. Vielmehr habe das Naturwesen Mensch keine natürlichen Vorgaben besessen, die an der Artgenossentötung hinderten. Das Böse sei seit Anbeginn die verschwisterte Gegenseite des Guten. Das Böse wie das Gute setze sich aus jeweils zwei Elementen zusammen: aus einem vormenschlichen, aus der stammesgeschichtlichen Vergangenheit stammenden (bei Lorenz das "sogenannt" Böse) und einem späteren, das erst die spezifische Hominiden-Evolution hervorbringen konnte (das "eigentlich" Böse). Erst über diese beim Menschen einmalige *zweite* Dimension gewinne auch die *erste* nachträglich überhaupt eine moralische Dimension, die sonst im ganzen prähumanen Organismenreich fehle. Mit anderen Worten: Die Ethik dürfe sich eben nicht die Natur zum Vorbild nehmen. Ethik bedürfe weder einer evolutionsbiologischen Legitimation, noch sei eine solche überhaupt möglich. Die Natur selbst sei nicht "moralisch". Nur der Mensch verfüge über jene - phylogenetisch entstandenen - kognitiv-intellektuellen, emotionalen und sozialen Fähigkeiten, die seinem Handeln zwangsläufig eine moralische Qualität verleihen würden: "Nur wir tragen Verantwortung, und sie bleibt uns als Verpflichtung", lautet Vogels Schlussfolgerung. Eine wirksame Gegensteuerung gegen Gewalt als "destruktive Gruppenaggression", die auf Verletzung und Tötung der Feinde oder der "Ausrottung" der befehdeten Nachbarsozietät ausgerichtet ist, sei einzig und allein vom Kulturwesen Mensch zu erwarten.

Der moderne Krieg hingegen, wie er völkerrechtlich oder politologisch definiert ist, hat mit den stammesgeschichtlichen Tötungsvorgängen oder Kampfhandlungen eigentlich nur noch wenig zu tun. Die heutigen Kriege sind "Produkte sehr fortschrittlicher Kultur-Evolution". Zum einen hat die Waffentechnologie ganz neue materielle Grundlagen geschaffen. Zum anderen kreiert die arbeitsteilig eingesetzte Intelligenz hochkomplizierte Formen der

kriegerischen Organisation. Sie schafft sich vor allem fast beliebig veränderbare Kategorien von Freund und Feind, während dies bei den Tieren durch die Natur fixierte Kategorien sind.

Der Prozess der Kulturentwicklung beziehungsweise der Zivilisierung manifestiert sich in der gegenwärtigen Epoche in seiner ganzen Janusköpfigkeit: Konflikt die eine, Kooperation die andere Seite. Der Konfliktursachenforscher Quincy Wright benannte die Dialektik bereits 1942 in seiner grossangelegten "Study of War": "So rapid has been the shrinking of the world as a result of inventions in the means of travel, transport and communication, so rapid has been the acceleration in the rate of technical and political invention itself, that the problems of functional synchronization and international adjustment have become increasingly difficult. Conflicts are more frequent, more difficult to resolve, more likely to spread."

Indirekt unterstreicht Wright damit, was wir bereits oben betont haben und worauf wir uns im folgenden konzentrieren möchten: die enge Beziehung zwischen individueller oder kollektiver Gewaltneigung und kulturell-gesellschaftlichem beziehungsweise historischem Umfeld. Die Analyse der Konfliktsysteme der Gegenwart liefert uns demnach - vice versa - ein verlässliches Bild über den Zustand der Weltkulturen. Und diese stellen sich dem Analytiker nicht von der besten Seite dar. Obwohl gegenwärtig mehr Menschen Denkarbeit leisten als in der gesamten historischen Vergangenheit zusammengenommen, sind völlig archaische und atavistische Methoden der Konfliktaustragung gang und gäbe. Immer wieder eskalieren Konflikte zu offenen militärischen Auseinandersetzungen, ohne dass wir präzise angeben könnten, welches die eigentlichen Gründe dafür sind: so zuletzt im Krieg am Golf oder im Bürgerkrieg in Jugoslawien. Auch die intensiven Anstrengungen der (historischen) Friedens- und Konfliktforschung haben - wie vor wenigen Jahren anlässlich eines Kongresses resümiert wurde - "zu keinen wirklichen Durchbrüchen geführt". Der amerikanische Politologe Bruce Bueno de Mesquita meinte sogar: "Trotz der Bemühungen solcher Geistesriesen wie Kant, Spinoza, Rousseau und anderer wissen wir heute über die Voraussetzungen internationaler Konflikte wenig mehr als schon Thukydides vor zwei Jahrtausenden bekannt war." Auch der klassische Autor zum Thema Krieg, Carl von Clausewitz, schilderte den Krieg als "ein wahres Chamäleon", nicht nur weil er in jedem konkreten Fall seine Natur etwas

ändere, sondern weil er eine "wunderliche Dreifaltigkeit bilde, zusammengesetzt aus der ursprünglichen Gewalt seines Elementes, dem Hass und der Feindschaft, die wie ein blinder Naturtrieb anzusehen sind, aus dem Spiel der Wahrscheinlichkeit und des Zufalls, die ihn zu einer freien Seelentätigkeit machen, und aus der untergeordneten Natur eines politischen Werkzeuges, wodurch er dem blossen Verstand anheimfällt."

Bei der Untersuchung der Frage, ob Kriegsausbrüche die Folgen von bewussten politischen Entscheidungen und jeweils speziellen geschichtlichen Umständen seien oder ob sie eher auf unbewussten Verhaltensmustern und unbekanntem gesellschaftlichen Regelmässigkeiten beruhen (ähnlich wie Klimaschwankungen, Grippewellen oder Wirtschaftskonjunkturen), wurde die zeitliche Häufigkeit von Kriegsausbrüchen in gleichen Zeiteinheiten auf zunehmende oder abnehmende Trends beziehungsweise andere rhythmische Erscheinungen analysiert. Dabei stellt die Hamburger Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung unter der Leitung von Klaus Jürgen Ganzel fest, das Phänomen Krieg sei "weniger von der Politik gesteuert als von ihr bewusstlos ausgeführt" und zeige weder periodische Zyklen noch Abhängigkeiten von Personen oder Regierungen. Einzig eine seit 150 Jahren anhaltende Zunahme der Anzahl von Kriegen lasse sich feststellen.

Zu den Kriegsursachen hat Leo Tolstoi in seinem epischen Werk *Krieg und Frieden* denn auch Abschliessendes gesagt: "Es ist begreiflich, dass Napoleon meinte, Englands Intrigen seien die Ursachen des Krieges gewesen (wie er auf der Insel St. Helena sagte). Es ist begreiflich, dass den Mitgliedern des Englischen Parlamentes Napoleons Machtgier und dem Prinzen von Oldenburg die gegen ihn begangene Gewalttat als Kriegsursache erschien; dass die Kaufleute die Kriegsursache in der Kontinentalsperre sahen, die Europa ruinierte; dass die alten Soldaten und Generale die Hauptkriegsursache in der Notwendigkeit sahen, sie in einem Kampfe zu verwenden, und die Legitimisten jener Zeit in der Notwendigkeit, les bons principes wiederherzustellen, während die Diplomaten damals meinten, alles sei davon gekommen, dass das Bündnis Russlands mit Österreich im Jahre 1809 nicht geschickt genug vor Napoleon verborgen wurde und dass das Memorandum Nr. 178 schlecht redigiert war." Es drängt sich die Frage auf: Was war die Kriegsursache im Golfkrieg: Saddam Hussein, das Öl, der Schutz Israels, der Religionskonflikt zwischen Christentum und Islam,

innerislamische Differenzen, die Nuklearpläne Iraks, die koloniale Grenzziehung eines ungeschickten Engländers?

So lässt sich mit Reiner Steinweg zusammenfassen: "Faktoren, die Kriege - und generell soziale Phänomene - bestimmen, sind so vielfältig, dass man von Ursachen im strikten naturwissenschaftlichen Sinne kaum sprechen kann. Was im einen Falle zur Kriegsursache wird, bleibt im anderen, kontextbedingt, für die Frage Krieg oder Frieden bedeutungslos."

Die Divergenz zwischen Wissen und Wahrnehmung als "kognitiver Konflikt"

Die Überwindung des Grundsatzkonflikts zwischen Ost und West und die strukturellen Anzeichen, die auf eine Zurücknahme der nuklearen Abschreckung hinweisen (Unterzeichnung des Start-Abkommens, Einsatz- und Zielplanung) und die Menschheit, wenn auch nicht restlos, so doch von der unmittelbaren Angst vor dem nuklearen Abgrund befreien, haben die Lage verändert, aber nicht vereinfacht. Die Lockerung der jahrzehntelangen mentalen Fixierung auf diesen einen säkularen Konflikt gibt den Blick auf eine ganze Reihe von Konflikten qualitativ neuer Art frei. Das gewaltfreie Austragen von Konflikten kann durch die Überlagerung von traditionellen und neuen Konfliktlinien noch schwieriger werden. Einerseits treten objektive Bedrohungen wirtschaftlicher, demographischer und ökologischer Art deutlicher hervor. Die Gefahr von Rezession, Ressourcenerschöpfung, Energieverknappung, Völkerwanderungen, Landschaftszerstörung, Umweltverschmutzung und Klimadestabilisierung kann sich verschärfend auf machtpolitisch bedingte Auseinandersetzungen auswirken. Auf der anderen Seite hat sich die subjektive Wahrnehmung von Gefahren durch Ereignisse wie Tschernobyl, Schweizerhalle, die brennenden Ölfelder in Kuwait, die Ozonkonzentration in der Atmosphäre beziehungsweise die Ozonschichtzerstörung in der Stratosphäre oder durch das Wissen um die trotz allem gegebene Möglichkeit eines nuklearen Holocausts sowohl auf den Mikro- als auch den Makrobereich erweitert.

Radioaktive Verstrahlung von Lebensmitteln zum Beispiel übersteigt unser sinnliches Wahrnehmungsvermögen völlig. Bezüglich Schwefeldioxyd-, Stickstoffdioxyd- oder Ozongehalt der Luft können wir uns nicht auf das Sinnesorgan Nase verlassen, sondern wir müssen unser Verhalten nach den wissenschaftlichen

Messergebnissen, die täglich in den Zeitungen publiziert werden, richten - sofern wir es überhaupt verstehen, diese und willkürlich festgelegte Grenzwerte richtig zu interpretieren. Der Mensch greift in grossem Ausmass in Ökosysteme ein, deren innerer Aufbau und subtile Vernetzungen ihm letztlich unbekannt sind. Er konstruiert seit den fünfziger Jahren in wachsendem Masse technologisch komplexe Systeme, wie zum Beispiel Kommunikationssysteme, deren Aufbau und Arbeitsweise dem Benutzer fremd bleiben. In geordneten Produktionsprozessen werden chemische Stoffe isoliert, über deren Kurz- und Langzeitfolgen in der Atmosphäre, im Wasser, bei Menschen, Tieren und Pflanzen kaum Gesichertes bekannt ist. Der Alltag in modernen Industriegesellschaften, die von Ulrich Beck als "Risikogesellschaften" bezeichnet werden, ist voll von Aufgaben und Problemstellungen, die das menschliche Gehirn überfordern. Das Erkennen linearer Kausalität, von Ursache-Wirkung-Zusammenhängen, ist darin kulturell eingestanz worden, nicht jedoch das Begreifen von vernetzten Systemen, Rückkoppelungseffekten oder nichtlinearen Wachstumsfunktionen - lauter Vorgänge, die wir im rasenden Tempo unseres wissenschaftlich-technischen Fortschritts gleichzeitig erzeugen und entdecken. Die Relativität von Raum und Zeit, die Physik der Elementarteilchen, die Strukturen der Kosmologie und so weiter sind für die angestammte Sinnesausrüstung längst nicht mehr anschaulich zu machen. Der Verrechnungsapparat des homo sapiens ist für die Vorstellung von Grössenordnungen, die weit ausserhalb des Mittelbereichs liegen, völlig ungeeignet.

Nehmen Sie zum Beispiel an, Herr X habe zu seiner Geburt ein Sparheft erhalten, auf das Kaiser Karl der Grosse vor genau tausend Jahren einen einzigen Rappen einzahlte, der regelmässig zu 6 Prozent verzinst wurde und dessen Zins und Zinseszins Herrn X nun nach tausend Jahren geschenkt werde. Bei dem Versuch, die Endsumme zu schätzen, versagt jede Anschaulichkeit. Wir suchen im Bereich unserer Erfahrungswelt nach einem Anhaltspunkt - und verschätzen uns gewaltig.

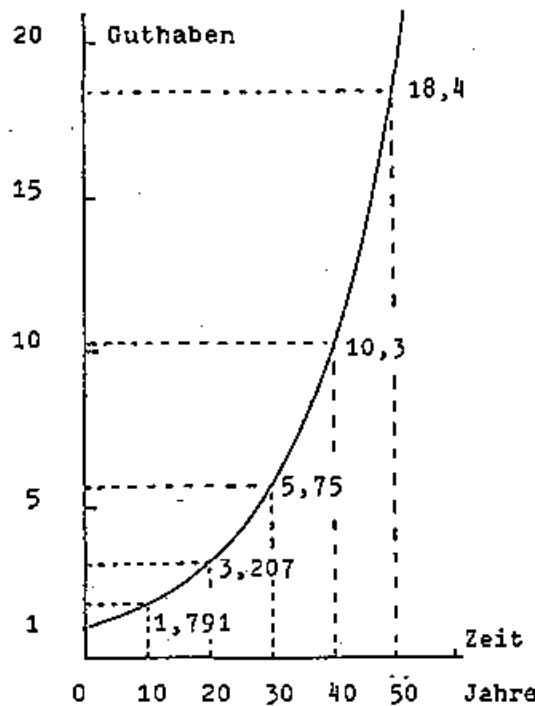


Fig. 1: Das Sparheft von Kaiser Karl dem Grossen

Das Resultat beträgt nämlich nicht weniger als $2 \cdot 10^{20}$ oder 200 Trillionen Franken, da sich das Vermögen nicht linear (also proportional zur Zeit), auch nicht mit irgendeiner Potenz der Zeit vermehrt, sondern noch viel rasanter, nämlich mit der Zeit als Exponent: das Kapital wächst exponentiell.

Ein anderes Beispiel, das uns in seinen indirekten Auswirkungen unfehlbar berühren wird, und zwar schon in relativ kurzer Zeit, ist das Wachstum der Weltbevölkerung. Im allgemeinen nimmt man an, dass sich biologische Populationen unter günstigen Bedingungen exponentiell vermehren. Je grösser die Population, desto schneller das Wachstum. In gleichen Zeitabschnitten wächst die Bevölkerung also nicht um gleiche Quantitäten, sondern um einen bestimmten Faktor (geometrisches Wachstum). Das heisst: Wächst sie zum Beispiel um den gleichbleibenden Faktor von drei Prozent pro Jahr, so ist die tatsächliche zahlenmässige Zunahme jedes Jahr grösser. Oder, bei gleichbleibender Zuwachsrates, zum Beispiel bei Verdoppelung, wird die Zeitspanne, die es dazu

benötigt, immer kürzer. Konkret: Die Weltbevölkerung betrug um 1630 etwa 500 Millionen Menschen, um 1830 etwa 1 Milliarde. Es dauerte also rund 200 Jahre, bis sich die Zahl der Menschen verdoppelte. Bis es 2 Milliarden waren, dauerte es aber nur noch 100 Jahre, nämlich bis 1930, und bis zur nächsten Verdoppelung auf 4 Milliarden sogar nur noch 50 Jahre, also bis 1980. Die Verdoppelungszeit ist nicht - wie bei exponentiellem Wachstum - konstant geblieben, sondern hat sich regelmässig verkürzt, in unserem Falle sogar halbiert. Dieses Verhalten ist typisch für hyperbolisches Wachstum. Es handelt sich um einen positiven Rückkoppelungseffekt, etwa so, wie wenn ein Thermostat statt abzuschalten, wenn es zu heiss wird, bei steigender Temperatur immer noch mehr einheizen würde. Extrapolieren wir den heutigen Trend des Bevölkerungswachstums in die Zukunft, wäre die nächste Verdoppelung auf 8 Milliarden nach 25 Jahren, also um das Jahr 2005, die übernächste auf 16 Milliarden nach weiteren 12,5 Jahren, also noch vor 2020, erreicht.

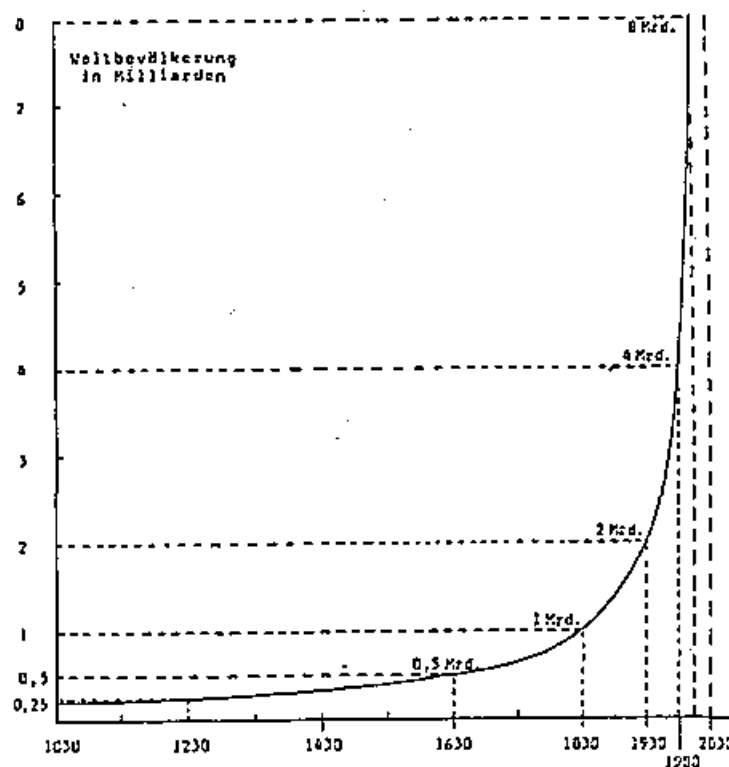


Fig. 2: Das hyperbolische Wachstum der Weltbevölkerung

Viele Gründe sprechen dafür, dass dieses hyperbolische Wachstum in absehbarer Zeit abgeschwächt werden muss. Nach den neuesten Zahlen des United Nations Population Fund hat sich die reale Wachstumskurve in der Tat verflacht. Man rechnet mit einem Bevölkerungsstand von 8,504 Milliarden im Jahr 2025, und die Prognosen für die Jahrhundertmitte liegen bei 10 Milliarden, wobei in optimistischen Schätzungen davon ausgegangen wird, dass sich die Zahl in der zweiten Hälfte des nächsten Jahrhunderts irgendwo zwischen 10 und 12 Milliarden stabilisieren wird.

In unserer an diesem Punkt durchaus neo-malthusianischen Sicht (nach der Bevölkerungstheorie des englischen Nationalökonomen Thomas Malthus, 1766 - 1834, wächst die Bevölkerung schneller als der Nahrungsspielraum, es sei denn, eine strikte Geburtenbeschränkung wäre überall durchsetzbar. Demzufolge müssen wir davon ausgehen, dass das Ausmass der demographischen Verlagerungen letztlich zu einem Raubzug der Völker auf die letzten Reserven der Natur führen wird. Von den gewaltigen und blutigen Auseinandersetzungen, die damit verbunden sein werden, kann man sich wahrscheinlich heute noch kein richtiges Bild machen.

Konfliktsysteme der Gegenwart

Es bleibt uns in Ermangelung einer eigentlichen Theorie der Konfliktursachen nichts anderes übrig, als mit Methoden des ganzheitlichen oder systemischen Ansatzes die Konfliktsysteme der Gegenwart in all ihren Dimensionen zu erfassen und die einzelnen Konfliktlinien empirisch nachzuzeichnen - nicht resignativ, sondern in der stetigen Hoffnung auf weitere sozialwissenschaftliche Fortschritte. Das Hauptproblem bei der Formulierung von Konfliktsystemen liegt in der Auswahl der relevanten Einflussfaktoren. Viele sogenannte "existentielle" Gefahren im ökologischen, wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Bereich entfalten nur eine indirekte Wirkung auf bestimmte Konfliktlinien, was deren Beurteilung besonders schwierig macht. Das gleiche gilt für die Rückkoppelungseffekte zwischen unterschiedlichen systemischen Ebenen, wie zwischen dem machtpolitisch-strategisch-ideologischen Umfeld in Europa und dem Wandel des weltpolitischen Ordnungsmusters oder zwischen den Konfliktlinien in einem System eigener Art, das sich aufgrund der Strukturunterschiede zwischen dem internationalen System als Ensemble von

politisch abgegrenzten Territorien einerseits und dem Ökosystem mit der natürlichen Untergliederung in geographische- oder Ökoregionen andererseits herausgebildet hat. Man könnte es das nationalökologische Konfliktsystem nennen.

In einer ganzheitlichen Konfliktanalyse sollen vereinfacht die folgenden sechs Konfliktsektoren als interaktives System mit verschiedenen Zeitrhythmen, Konflikterscheinungsformen und unterschiedlichen Konfliktintensitäten in Betracht gezogen werden:

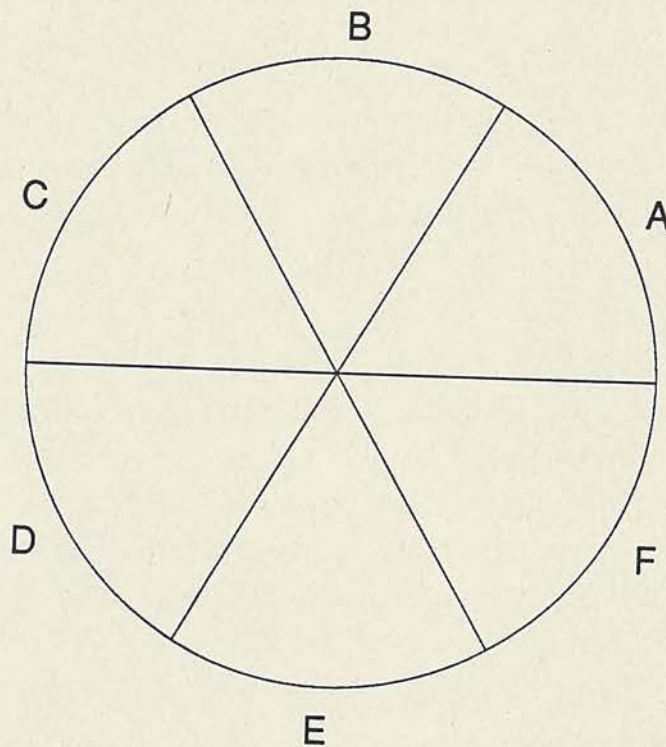


Fig 3: 6 Konfliktsektoren als interaktives System

A: Ordnungs- beziehungsweise machtpolitisches Konfliktsystem

Das markanteste Ereignis ist der Abbau der Hauptkonfliktfront zwischen dem westlichen und dem östlichen Lager. Zwei bedeutungsvolle Abrüstungsverträge (nicht nur Rüstungskontrollverträge) wurden 1987 und 1990 im Bereich der

nuklearen Mittelstreckenraketen und im Bereich der konventionellen Rüstung in Europa abgeschlossen. Diese Verträge sind sichtbarer Ausdruck dafür, dass der Zenit der hegemonialen Auseinandersetzungen zwischen den Grossmächten überschritten ist.

Bereits seit den siebziger Jahren können wir eine Erosion der bipolaren Weltordnung beobachten, die durch die Politik von Gorbatschow seit 1985 noch beschleunigt wurde. Ein multipolares internationales System zeichnet sich seit dem Auseinanderfallen des kommunistischen Lagers (sino-sowjetischer Konflikt) auf der östlichen und der Relativierung der hegemonialen Rolle der USA auf der westlichen Seite ab. Es gewann indessen erst in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre an Konturen.

Herausragendes Moment der Weltordnung, wie wir sie zur Zeit erleben, ist, dass die Sowjetunion aufgrund des Zerfallsprozesses ihren Anspruch auf den Status einer Weltmacht verloren hat. Die USA sind damit zur einzigen Macht geworden, der die Mittel einer Weltmacht zur Verfügung stehen. Die Sowjetunion war nur eine militärische Supermacht, aber in einer Weise, die an Bedeutung verhiert. Deutschland und Japan sind Handels- und Finanzmächte von weltpolitischer Bedeutung. Aber ihnen wie der UdSSR fehlen Eigenschaften, die zum Status einer Weltmacht gehören. Die Verbindung von wirtschaftlichem Erfolg und kulturellem Einfluss an oberster Stelle, verbunden mit der Fähigkeit, überall auf der Welt durch Militär Macht zu projizieren an zweiter Stelle, prägen das Profil einer Weltmacht. Die sowjetische Führung hat längst eingesehen, dass eine auf einen hypertrophen Militärapparat abgestützte reine Machtpolitik nicht ausreicht, um die Rolle einer Supermacht erfolgreich zu spielen. Wirtschaftliche Produktivität, die Fähigkeit zur Innovation und Flexibilität und die davon abhängige Fähigkeit, Städte zu organisieren und Informationen zu verarbeiten, spielen eine grosse und im internationalen Machtkampf bisher wenig beachtete Rolle. Noch ist völlig offen, welche Auswirkungen die veränderte Konstellation der Mächte auf das internationale System wirklich haben wird und welche eventuellen Neugruppierungen von Staaten sich aufgrund der "Ökonomisierung" und gleichzeitigen "Entideologisierung" der internationalen Beziehungen abzeichnen.

Aber auch in Europa haben sich insbesondere aufgrund der Vereinigung Deutschlands die Gewichte verschoben. Deutschland ist für die USA zu einem "partner in leadership" geworden, was nicht nur die politische Bedeutung

Deutschlands in Europa unterstreicht, sondern auch Ausdruck der sich wandelnden transatlantischen Beziehungen in den Bereichen Wirtschaft, Sicherheits- und Weltpolitik ist. Die USA sind in dieser Partnerschaft eine Weltmacht, aber kein Hegemon, während die BRD die europäische Vormacht mit weltpolitischer Bedeutung markiert.

Gegenläufige machtpolitische Tendenzen setzen sich in Europa jenseits der alten Grossmächtekonstellation, die es als solche nicht mehr gibt, fort: Die Vertiefung und Ausweitung des Integrationsprozesses in Westeuropa hat sich seit dem gescheiterten Putsch vom 18. August 1991 in Moskau sowohl synchronisiert als auch beschleunigt. Der Golfkonflikt und der Bürgerkrieg in Jugoslawien haben Brüssel rascher als erwartet vor die Frage gestellt, ob das EG-Europa eine politische Rolle übernehmen oder ob es in grosser politischer Zersplitterung lediglich einen Binnenmarkt zur Verfügung halten soll. Das Vorziehen einer an sich erst für die ausgehenden neunziger Jahre geplanten gemeinsamen Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GASVP) der EG wird auch durch die fortwährenden Desintegrationsprozesse in Osteuropa befördert. Davon zeugen die Unabhängigkeitsdeklarationen verschiedener Republiken der Sowjetunion einerseits und die bis zum Bürgerkrieg sich zuspitzenden ethnischen Rivalitäten in verschiedenen mittel- und osteuropäischen Staaten andererseits. Was in Westeuropa wenig wahrscheinlich scheint, nämlich ein zwischenstaatlicher Krieg, ist in Regionen geringen wirtschaftlichen Wohlstandes, starker Ideologisierung und geringer gesellschaftlicher Vernetzung wohl denkbar, nämlich dass sich ethnisch-nationalistische Differenzen erneut gewaltsam manifestieren - insbesondere in Jugoslawien.

Solange Waffenpotentiale vorhanden sind, ist es denkbar, dass in einer unvorhersehbaren Situation Militär als ultima ratio zum Einsatz gebracht wird, selbst wenn im Moment niemand entsprechende Absichten hegt. Ein Rückfall in die strategische Konfrontation in Europa kann nie völlig ausgeschlossen werden, wird jedoch immer unwahrscheinlicher. Ebenso unwahrscheinlich ist eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen den europäischen Staaten. Der beschleunigte Integrationsprozess und die Dynamik des Zusammenwachsens Europas sowie die rasche Assoziierung der ostmitteleuropäischen Staaten an die EG begünstigen politische Lösungen auf zwischenstaatlicher und supranationaler Ebene.

In diesen Zusammenhang gehört aber auch ein klares Engagement für die Errichtung und Erhaltung einer umfassenden und verlässlichen neuen gesamteuropäischen Sicherheitsstruktur. Für eine europäische Sicherheitsordnung werden weit weniger Streitkräfte als bisher benötigt, da ein Krieg in Europa als sehr unwahrscheinlich gilt. Sicherheitspolitik und Militär sind der veränderten Gefahren- und Bedrohungslage anzupassen. Bereits seit einiger Zeit wird einerseits über politische und völkerrechtliche Möglichkeiten friedlicher Streitbeilegung gearbeitet; andererseits wird über kollektive oder zumindest multinationale Verfügungs- oder Eingreiftruppen diskutiert, die im Rahmen der Nato oder eines anderen künftigen Systems für Einsätze in Krisenregionen geeignet wären. Friedens- und Sicherheitspolitik muss darauf angelegt werden, das sozial, wirtschaftlich und völkisch-nationalistisch begründete Auseinanderdriften von West und Ost zu verhindern. Stattdessen gilt es, zügig einen gemeinsamen Bereich an Rechts- und Sozialnormen in West und Ost im Rahmen gleicher und unteilbarer Sicherheit zu schaffen. Die institutionellen Gefässe, die dazu zur Verfügung stehen, sind jedoch noch nicht mit Inhalt gefüllt. Während die Nato trotz einiger Identitäts- und Legitimitätsprobleme weiter funktionstüchtig bleibt, ist der Warschauer Pakt als funktionslos gewordene Ablage des Moskauer Generalstabes in Warschau zu Recht aufgelöst worden. Die KSZE hat noch zu schwache Konturen, um ihrerseits die machtpolitischen Verhältnisse über den ganzen Kontinent hinweg und unter Einschluss der USA und der Sowjetunion zu stabilisieren. Es ist noch alles andere als sicher, ob die unabhängig gewordenen ehemaligen sowjetischen Republiken die KSZE-Dokumente überhaupt als verbindlich anerkennen.

Insgesamt ist das Bild, das Europa bietet, noch zu verschwommen, als dass man bereits heute wissen könnte, wie der Kontinent in zehn Jahren aussehen wird.

Dem Abbau des grossen Ost-West-Konfliktes entspricht in keiner Weise eine Abnahme der machtpolitischen Konfliktgefahr in Regionen der sogenannten Dritten Welt, wo die virulentesten Formen aktiver militärischer Konflikte auftreten und auch weiterhin zu erwarten sind, so zum Beispiel auf dem indischen Subkontinent, im Mittleren Osten, an verschiedenen Orten Afrikas und Asiens und in Zentralamerika. Positiv zu werten ist indessen die Tatsache, dass sich die indirekt involvierten Grossmächte zusehends an einer gemeinsamen Stabilisierungspolitik interessiert zeigen und offenbar viel daran setzen, überregionale

Eskalationen zu vermeiden. Auch hier kommt den USA aus der Sicht vieler regionaler Vormächte eine besondere Stabilisierungsfunktion zu.

Zwei Gründe sind für die Zunahme von Regionalkonflikten als der heute vorherrschenden Form militärischer Auseinandersetzungen massgeblich verantwortlich: Die fortschreitende Militarisierung der Dritten Welt verhindert, dass traditionelle Krisengebiete zur Ruhe kommen. Aufgrund der geringen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten fehlen zwangsläufig auch regionale politische Strukturen, die tragfähig genug wären, um Krisen eindämmen beziehungsweise Konflikte friedlich lösen zu können. Die Unfähigkeit zur Konfliktbeilegung führt zu noch mehr Instabilität, was wiederum eine Einladung zur Intervention an die Grossmächte und/oder an Nachbarstaaten darstellt. Die Einmischung von aussen, die zu einer Ueberlagerung der eigentlichen Konfliktursachen mit Interessen von Drittstaaten führen kann, erschwert erfahrungsgemäss die Konfliktlösung erheblich.

Im Mittleren Osten treffen verschiedene Krisen- und Konfliktherde aufeinander. Das weitreichendste Ereignis war der Krieg am Golf mit allen Auswirkungen, die zu einer weiteren Destabilisierung in der Region beitragen. Dies gilt insbesondere für die Bürgerkriegssituation in Irak, die Lage der Kurden, das isrealisch-palästinensische Verhältnis und die ökologische Stabilität. Hinzu kommen die verworrene Situation in Afghanistan nach dem Abzug der sowjetischen Truppen und der indisch-pakistanische Rüstungswettlauf mit offenem Ausgang. Möglicherweise wähen sich die Mujahedin in Afghanistan nach einem weiteren Rückzug der Sowjetunion aus der Region siegessicher und entziehen sich jeder Friedenslösung.

Während sich die nuklearen Optionen der Schwellenländer der Dritten Welt verfestigen, nimmt gleichzeitig auch die Gefahr der Proliferation von chemischen Waffen weiter zu. Das Spektrum der in diesem Teil der Welt möglicherweise zum Einsatz gelangenden Waffen weitet sich nicht zuletzt aufgrund der Rüstungsexportpolitik der Industriestaaten weiter aus.

B: Wirtschaftliches Konfliktsystem

Ungeachtet, ob man der Theorie von fünf oder sieben "Weltzentren" anhängt, muss man verschiedene wirtschaftspolitisch kompetitive regionale Gebilde deutlich voneinander unterscheiden: die USA und Kanada, die sowjetischen Republiken, Japan und die "newly developed countries" der Pazifik-Region, die Europäische Gemeinschaft, China, die 46 Mitgliedsstaaten der Islamischen Konferenz, Indien, Lateinamerika und die früheren Kolonien inklusive die AKP-Staaten. Wenn ich hier von "Zentren" spreche, muss ich relativierend hinzufügen, dass es sich dabei um regionale oder kontinentale Zusammenhänge handelt, die in sich ökonomisch und politisch heterogen und inneren Interessenkonflikten unterworfen sind. Man wird beispielsweise kaum von einem "arabischen Lager" im Sinne einer politischen Union, wie sie sich in Europa abzeichnet, sprechen können.

Verschiedene wirtschaftlich begründete Konfliktlinien zeichnen sich dabei ab. Die Uruguay-Runde bei den Gatt-Verhandlungen legt in etwa Zeugnis davon ab, welche Gruppierungen vorhanden sind und um welche Themen gerungen wird; es geht um Anteile von Handelsmächten am Welthandel, angefangen vom landwirtschaftlichen Produkt bis zur "Weltinformation". Hier verstärken sich die wirtschaftlichen Konflikte Nord gegen Nord - zum Beispiel zwischen den USA und den Westeuropäern in bezug auf die Agrarsubventionen im Rahmen des Gatt. Dieser Streit darf jedoch nicht überbewertet werden, ist er doch eher Ausdruck von funktionierendem als von fehlendem Wettbewerb. Schwerwiegend hingegen ist die sich vergrößernde strukturelle Heterogenität zwischen den Industriestaaten einerseits und den Ländern der Dritten Welt andererseits. Diese nimmt je nach Region mit unterschiedlicher Ausgangslage und Geschwindigkeit stetig zu. Insbesondere als 1982/83 die Zinsen in die Höhe kletterten und die Rohstoffpreise rapide fielen, wurde der Mechanismus, der einen problemlosen Schuldendienst ermöglichte - die Zuwachsraten der Exporte waren damals höher als die Zinsen -, zerstört. Der Süd-Nord-Transfer finanzieller Mittel setzte ein, und das Pro-Kopf-Einkommen sank, die Investitionen wurden verringert, und der Lebensstandard der breiten Bevölkerung sank.

Der multipolare, verteilungspolitisch begründete Nord-Süd-Gegensatz ("one world - two lifestyles") bedroht Europa nicht so unmittelbar wie der bipolare, macht- und ordnungspolitisch begründete Ost-West-Konflikt, wohl aber indirekt:

zunächst durch den möglichen wirtschaftlichen und folglich auch sozialen und politischen Kollaps in einzelnen Entwicklungsländern und die sich daraus ergebenden internationalen politischen und militärischen Folgen; zweitens durch den aus der wirtschaftlichen Notsituation in der Dritten Welt resultierenden Raubbau an den natürlichen Ressourcen mit seinen globalen Konsequenzen; und drittens schliesslich durch verstärkte internationale Bevölkerungsmigration. Das führt zum Zusammenrücken des hochindustrialisierten Nordens gegen verschiedene reale oder vermeintliche Gefahren, die aus anderen Weltgegenden drohen. Das tendenziell gemeinsame Interesse an stabilen internationalen Beziehungen, das heute von den USA bis in die Sowjetunion vorhanden ist, fördert die Anwendung einer Strategie gegenüber Unruheherden in sensiblen Regionen, die tendenziell von den Wachstumsregionen im Norden abgekoppelt werden. Ein Aufholen in der Entwicklung wird unter diesen Vorzeichen zu einem aussichtslosen Unternehmen.

Neue wirtschaftliche Konflikte erwachsen zusätzlich aus dem starken wirtschaftlichen und sozialen Gefälle von West nach Ost und den damit zusammenhängenden Wanderungsbewegungen in die Gegenrichtung. Es wird schon seit längerem prognostiziert, dass bei einer Entschärfung des Ost-West-Konflikts oder bei einer Öffnung Osteuropas starke Wanderungsbewegungen nach Westeuropa zu erwarten seien. Die schneller als erwartet eingetretene Liberalisierung im Osten führte in der Tat zu einer seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr dagewesenen innereuropäischen Wanderung von Ost nach West. Auch wenn der vielfach beschworene Massenexodus ausblieb, ist der Andrang an Auswanderern und Arbeitssuchenden aus Osteuropa gross. Dies zeigten als erstes die massiven Flüchtlingsströme aus der DDR in die Bundesrepublik, gefolgt von Polen und den deutschstämmigen Aussiedlern aus der Sowjetunion. Auch die Zahl der Immigranten aus der Sowjetunion in die USA ist weit grösser als in früheren Jahrzehnten.

Wahrscheinlicher als die direkte militärische Bedrohung im Zentrum Europas sind die wirtschaftlichen und politischen Herausforderung in einem Europa, das verschiedene Integrationsgrade aufweist. Die starke westeuropäische Integration mit dem Kern EG wird eine hohe Ausstrahlungskraft auf die osteuropäischen Länder haben, die aber je östlicher, desto weniger Wirkung zeigt. Ein wirtschaftlicher Ausgleich zwischen Ost und West wird Jahre, wenn nicht

Jahrzehnte dauern. Um Rückschläge zu vermeiden, werden die westeuropäischen Länder sehr viel daran setzen müssen, "europäische Entwicklungshilfe" zu leisten.

C: Kulturell-ideologisches Konfliktsystem

Kulturelle einschliesslich religiöser Probleme werden nach dem Schwinden der Grossmächtekonfrontation grosse Bedeutung haben und die neunziger Jahre bestimmen. Vor dem Hintergrund eines wachsenden Berges ungelöster Krisen und Katastrophen - ökologische, demographische, wirtschaftliche und soziale - wird die kulturelle Tradition als schützende Nische aufgesucht. Die wechselseitigen Einflüsse zwischen der Weltinformationsordnung und den technologischen Fähigkeiten wirken sich zwar relativierend auf nationale und kulturelle Unterschiede aus. Dies hindert die breiten Massen jedoch nicht daran, sich angesichts zugespitzter Problemlagen im Rückgriff auf kulturelles oder religiöses Erbe Lebenshilfe zu holen. Werden diese Bestrebungen politisch von machthungrigen Eliten geschickt ausgenützt und verstärkt, dann liegt im "Kulturalismus" eine erhebliche Sprengwirkung. Kulturkonflikte sind im Nord-Nord-Verhältnis kaum und in den Nord-Süd-Beziehungen sicherlich (manifest oder latent) vorhanden, werden jedoch durch Verteilungskonflikte, soziale, ökologische und demographische Konflikte überlagert. Hingegen sind kulturelle Fragen in den Süd-Süd-Beziehungen von existentieller Bedeutung.

Im Libanon resultierte der Bürgerkrieg aus mindestens drei Konflikttypen, die zunehmend auch für andere Staaten der Region charakteristisch werden: aus inneren Spannungen aufgrund der Gegensätze zwischen Christen, Moslems und Drusen (sowie innerhalb dieser Gruppen); aus dem Palästina-Problem und der daraus erwachsenden israelisch-arabischen Feindschaft, die immer mehr auch zu einer generellen Feindschaft zwischen der europäischen und der arabischen Welt beziehungsweise zwischen Islam und Christentum zu werden droht; aus ethnischen, wirtschaftlichen und ökologischen Konflikten.

Häufig wird die Konfliktlage durch eine prekäre Versorgungslage, durch Landflucht und grosse grenzüberschreitende Flüchtlingsbewegungen verschärft. Derzeit wächst zum Beispiel die vierte Flüchtlingsgeneration des palästinensischen Volkes heran. Am 1. April 1987 verzeichnete die UNRWA insgesamt 2'185'117 Flüchtlinge, von denen über 700'000 noch immer in insgesamt 61 Lagern

leben. Ein grosser Teil des Vier-Millionen Volkes lebt in flüchtlingsähnlichen Umständen vor allem in den Golf-Staaten, in Libyen und Ägypten. In Kuwait lebten über 100'000 Palästinenser mit unsicherem sozialem Status; seit dem Golfkrieg müssen sie das Land verlassen.

Einen weiteren kulturellen - und gleichzeitig auch sozialen und politischen - Brennpunkt im Nahen Osten bildet das 20-Millionen-Volk der Kurden, das über die fünf Länder Türkei (10 Millionen), Iran (5), Irak (3), Syrien (0,8) und SU (0,3) verteilt ist. Weitere 500'000 Kurden leben in der Diaspora, vor allem in Ländern des Nahen Ostens und in Westeuropa.

Die Untersuchung der Flüchtlingssituation ist schwierig, denn die oft anzutreffende halbnomadische Lebensweise, also die traditionelle Form von Migration als Kultur und Lebensweise, erschwert exakte Berechnungen von tatsächlichen Flüchtlingsströmen, das heisst modernen Formen der Migration. Die Flüchtlingssituation wurde hier als Beispiel kultureller Konflikte gewählt, weil sie der zur Zeit wohl stärkste und gleichzeitig menschenunwürdigste Ausdruck interkultureller Feindschaften darstellt. Die kulturelle Gewalt setzt sich bis in die Industrieländer fort, wo Konflikte in "multikulturellen Gesellschaften wider Willen" geradezu programmiert sind. Die Multikulturalität ist eigentlicher Ausdruck der Konflikte zwischen den Kulturen. Es sind nicht die grossen Auseinandersetzungen zwischen den Weltkulturen, die die Gesellschaften verunsichern, sondern die alltäglichen und kleinen Probleme im Zusammenleben der Völker, die zu Xenophobie und Rassenhass ausarten können.

D: Soziales Konfliktsystem

"In den zentralen Konflikten der wirtschaftlich am entwickeltsten und politisch am freiesten Gesellschaften stehen sich heute nicht mehr soziale Kategorien gegenüber" (Allain Tourraine). Themen wie die "Neue Armut", die anfang der achtziger Jahren noch für Schlagzeilen sorgten, wurden durch Ökologie, Religion, Ethno-Nationalismus und so weiter verdrängt.

Möglicherweise werden durch die oben angesprochenen kulturellen Konflikte, verbunden mit der Migration, die sozialen Konflikte wieder in die Industrieländer reimportiert werden. Das trifft sowohl für die Süd-Nord- als auch für die Ost-

West-Migration zu, die ihrerseits Ausdruck sozialer Konflikte in den Herkunftsregionen und -ländern sind.

Ein wachsendes Flüchtlingspotential, das für die Einwanderungsländer einiges an sozialem und innenpolitischem Zündstoff enthält, stellen zum Beispiel die Sinti und Roma dar, die aus Rumänien und Jugoslawien kommend vor allem in der Bundesrepublik um Asyl nachfragen. Seit der politischen Öffnung Osteuropas hat sich die Lage der rund vier Millionen Roma drastisch verschlechtert. Es sind nicht in erster Linie wirtschaftliche Gründe, sondern die politische Repression und der wachsende Chauvinismus einzelner Völker der Herkunftsländer, welche die Zigeuner zur Flucht treiben. Anders als die wirtschaftlich bedingte Migration aus Polen und anderen osteuropäischen Ländern kann die Vertreibung der Sinti und Roma aus den Krisengebieten Rumänien und Jugoslawien tendenziell zu einem Massenexodus in Richtung Westen führen.

Die Golfkrise hat auch soziale Probleme in Asien deutlich gemacht und gleichzeitig verschärft. In den letzten Jahrzehnten immigrierten viele aus Süd- und Südostasien in die erdölreichen Staaten am arabischen Golf und fanden dort ein besseres Auskommen. Allein 1,5 Millionen Ägypter leben im Irak, die derzeit massenhaft das Land verlassen. Dazu kamen rund 100'000 Singalesen, ebensoviele Pakistani und Inder. Allein 60'000 asiatische Flüchtlinge warteten zu Kriegsbeginn in der Wüste im Grenzgebiet zwischen Irak und Jordanien auf Rückkehrmöglichkeiten. Insbesondere für das Land am Nildelta, das von einem enormen Bevölkerungswachstum, hoher Arbeitslosigkeit bei starker Urbanisierung (Moloch Kairo) und zunehmend auch Wasser- und anderen Ressourcenproblemen geplagt ist, stellt die plötzliche Rückkehr von über einer Million Menschen eine gewaltige soziale Herausforderung dar, die zusammen mit der ökologischen Degradierung in der Region von erheblicher Sprengwirkung ist.

Überhaupt stellt die Süd-Süd-Wanderung zwischen armen und ärmsten Ländern das zentrale soziale, politische, ökonomische und ökologische Problem in der südlichen Hemisphäre - vor allem in Afrika - dar. Dabei sind zwei Migrationsformen zu beachten: die auf Überwindung von Armut abzielende "Ketten- oder Familienmigration", die meist in Etappen erfolgt und nach dem Schneeballprinzip verläuft. Zum zweiten die durch Katastrophen und Krieg erzwungene spontane Massenmigration. Die überwiegende Wanderungsform mit zwar regional unterschiedlichen, aber tendenziell globalen Ausmassen ist die vom

Land in die Stadt, von der Peripherie in höher entwickelte Regionen, von armen in reiche Länder. In Etappen finden dabei oft in Form einer Stufenleiter ("step by step migration") zuerst innerstaatlich, dann grenzübergreifend-regionale und schliesslich überregionale und interkontinentale Wanderungen statt. Zahlenmässig liegt die binnen- und zwischenstaatliche Migration in Regionen der Dritten Welt mit Abstand an der Spitze, wobei die Zahl 500 Millionen "displaced persons" nur eine Schätzung darstellt.

Der massenhafte Exodus korrespondiert nicht mit dem Wunsch nach sozialer Besserstellung, sondern führt - im Gegenteil - noch vermehrt zu Armut und prekären Verhältnissen (Flüchtlingslager als Dauereinrichtung). So leben heute in den Entwicklungsländern, die die grössten Zuwachsraten bei der Bevölkerung zu verzeichnen haben, nach Angaben der Weltbank mehr als eine Milliarde Menschen in Armut. Ein soziales Problem höchster Dringlichkeit stellen die Kinder und Jugendlichen in den Entwicklungsländern dar. Man rechnet vorsichtig bereits mit 80 Millionen Strassenkindern, die aus jeglichen sozialen Zusammenhängen herausgefallen sind und ein grosses Potential für soziale Spannungen und Gewalt darstellen.

E: Demographisches Konfliktsystem

Über die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung wurde oben bereits gesprochen. Entscheidend ist jedoch nicht die Zahl allein, sondern die Frage der Versorgung, der Produktion und der Umwelt.

Es gibt weltweit drei grosse Regionen demographischen Ungleichgewichts: Amerika, wo der Rio Grande das reiche und kinderarme angelsächsische Nordamerika von dem armen und kinderreichen Lateinamerika trennt. Dann das Pazifik-Becken mit einem wirtschaftlich starken Japan und den vier "asiatischen Tigern", die durch Bevölkerungsrückgang gekennzeichnet sind, einerseits und den bevölkerungsreichen Ländern wie China und Indien mit nach wie vor hohen Zuwachsraten andererseits. Und schliesslich das Mittelmeer, das von allen dreien den tiefsten Graben zwischen Nord und Süd aufweist.

Im engeren südlichen Einzugsgebiet des Mittelmeers (Anrainer und Saudi-Arabien) werden 1995 etwa 230 Millionen Menschen wohnen. Im Jahr 2025

werden es wahrscheinlich rund 450 Millionen sein. Im Vergleich dazu wächst das dünner besiedelte Südeuropa (Albanien, Griechenland, Italien, Portugal, Spanien und Jugoslawien) von nur rund 144 auf 150 Millionen Einwohner an. Vergleicht man diese Schätzung mit den Zahlen der Immigration aus Nordafrika und trägt man ausserdem den ökologischen Veränderungen in Südeuropa Rechnung (bedrohliche Trockenheit), wird das Ausmass der Verlagerungen im Mittelmeerraum deutlich. Nach groben und nicht verifizierbaren Schätzungen (vgl. Hoffmann-Nowotny) sollen in den beiden letzten Jahrzehnten neun Millionen Menschen die Südküsten des Mittelmeeres verlassen haben, um im Norden Arbeit zu suchen. Allein Italien beklagt über eine Million illegale Einwanderer aus Afrika. Die Migrationsproblematik könnte sich bei stagnierender Bevölkerung in Südeuropa und sich verdoppelnder Bevölkerung in Nordafrika mittelfristig stark verschärfen.

Bevölkerungswachstum und Wirtschaftswachstum korrespondieren vielerorts überhaupt nicht, im Gegenteil: In vielen Staaten ist das Bevölkerungswachstum nach wie vor so hoch, dass die Zahl der unter der Armutsgrenze lebenden Menschen weiterhin ansteigt. Die Wachstumskurven kreuzen sich. Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation ist in den Entwicklungsländern rund ein Drittel der Bevölkerung mangelhaft ernährt. Während die Nahrungsmittelproduktion in den grossen Entwicklungsländern Asiens die Bevölkerungszunahme bei weitem übertrifft, ist dies im Nahen Osten und in den Staaten Afrikas nur bedingt oder gar nicht der Fall.

Die Süd-Nord- und die Ost-West-Wanderung haben nicht - vielleicht muss man sagen: noch nicht - die vielfach befürchteten Dimensionen angenommen. Letztere haben bei uns aus naheliegenden Gründen weit grössere Aufmerksamkeit erfahren.

F: Ökologisches Konfliktsystem

Die wirkliche Bedrohung sei nicht der ideologisch-militärische Ost-West-Konflikt, sondern sie liege im Zustand der Seen, Wälder, Flüsse und Atemluft, sagte Gorbatschow schon im Jahre 1986.

Die Universalisierung von demokratischen Werten und Institutionen, die nicht nur in Osteuropa, sondern auch in anderen Weltregionen zur Ablösung autoritärer Regime führte, fällt in eine Zeit, in der die individuelle und politische Freiheit von der Zerstörung der Biosphäre bedroht ist. Das Ökosystem ist gefährdeter denn je. Das eigentlich Gefährliche dabei ist, dass der Prozess ökologischer Zerstörung in den Bereichen von Klima, Wasser und Boden bereits auf die Soziosphäre durchgeschlagen hat und in Zukunft weltweit die gesellschaftlichen Entwicklungen bestimmen wird. Die zerstörte Umwelt kann dabei den Menschen ganz direkt bedrohen, in einem globalen Kontext betrachtet aber auch indirekt, indem Umweltbeeinträchtigungen zu sozialer Unrast und kriegerischen Auseinandersetzungen führen, die zum Beispiel grosse Migrationsbewegungen auslösen können.

Auch die kumulativen Wirkungen zivilisatorischer Fehlentwicklungen, die in absehbarer Zeit existenzgefährdende Dimensionen annehmen können, gehören in dieses Segment. Die Zerstörung unserer biologischen Lebensgrundlagen durch Übernutzung der natürlichen Umwelt, durch Vergiftung bei der Entsorgung oder durch die jahrtausendelang praktizierte "Entsorgung durch Verdünnung" hat ihre Grenzen erreicht. Heute sind sogar die Weltmeere zu klein geworden für dieses Verfahren.

Viele ökologische Probleme haben grenzüberschreitenden Charakter. Das zeigt bereits ein flüchtiger Blick auf verschiedene Regionen des Globus:

- Nahezu in allen Teilen der Welt gibt es Konflikte über die Wasser Nutzung und -verschmutzung zwischen Staaten, die sich in ein Wassereinzugsgebiet teilen;
- Abholzung und Bodenerosion/Verüstung bringen in Afrika, in der Karibik und in anderen Teilen der Dritten Welt "Umweltflüchtlinge" hervor, die ein transnationales Konfliktpotential bilden;
- Treibhauseffekt, Ozonloch und saurer Regen sind grenzüberschreitende, zum Teil global wirkende Erscheinungen, die zu vielfältigen Konflikten im internationalen System führen;
- die Übernutzung natürlicher Ressourcen, zum Beispiel der Fischbestände in den Weltmeeren, ist eine weitere Quelle zwischenstaatlicher Konflikte;

- grenzüberschreitender Giftmülltourismus von Nord nach Süd und die Deponierung von radioaktiven und hochgiftigen Abfällen in den Ozeanen führen zu Spannungen zwischen den Verursachern und den Betroffenen.

Der Kampf um das Wasser kann in Zukunft immer bedrohlichere Formen annehmen. Das UN-Komitee für Entwicklungsplanung bescheinigte in einer Studie 80 Ländern mit etwa 40 Prozent der Weltbevölkerung ernsthafte Wassernöte. Gerade in Gebieten mit grenzüberschreitenden Flusseinzugsgebieten - es gibt weltweit deren 220 - könnte es zu zwischenstaatlichen Auseinandersetzungen zwischen den Nutzern des Ober- und des Unterlaufs kommen. Bestes Beispiel ist der Konflikt zwischen der Türkei, Syrien und Irak um das Euphrat-Wasser infolge des Bau des gigantischen Atatürk-Staudamm-Systems auf türkischem Territorium. Jordanien, Syrien und Israel streiten sich um die Verteilung des Jordan-Wassers. Die Nutzung der knappen Fluss- und Grundwasserressourcen bildet den Hintergrund des Bürgerkriegs zwischen Sikhs und Hindus im indischen Punjab.

Eine weitere ökologische Konfliktdimension stellen Dürre, Überschwemmungen und die Zerstörung der Lebensgrundlagen dar, die manchmal unabhängig, oft aber auch im Zusammenhang mit Krieg oder Bürgerkrieg Millionen in die Flucht treiben. Das anschaulichste Beispiel für kriegsunabhängige Flucht ist der Südrand der Sahara. In Äthiopien liegt eine verhängnisvolle Kombination von kriegs- und katastrophenbedingter Flucht vor.

Schlussfolgerungen

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass politische, wirtschaftliche, kulturelle, soziale, demographische und ökologische Konfliktsysteme vorhanden sind. Dabei sind soziale Sicherheit (Politik, Wirtschaft, Militär und so weiter) und ökologische Sicherheit (Existenzsicherung, Bewahrung der Natur, tragfähige Entwicklung) zumindest theoretisch auseinanderzuhalten, auch wenn die Wechselwirkungen zwischen beiden Ebenen evident sind; das wirtschaftliche Nord-Süd- und das West-Ost-Gefälle, die wachsende Armut, die ökologische Zerstörung unserer Lebensgrundlagen, das Bevölkerungswachstum, die ethnisch-nationalistischen und die religiösen Konflikte sind nicht militärisch "lösbar".

Trotzdem führen diese Faktoren immer wieder zu Gewalt und Krieg. Oft ist es schwierig, bestimmte Phänomene einem Konfliktsystem zuzuordnen. In welches Segment gehört zum Beispiel die Viruskrankheit Aids? Gehört sie in das Feld sozialer Konflikte, etwa wenn in afrikanischen Ländern bis zu 20 Prozent der Bevölkerung HIV-positiv sind? Ist es dann nicht vielmehr ein wirtschaftliches Problem, oder muss man es gar in seinen globalen Auswirkungen auf die Kultur und das Verhalten der Menschheit als zutiefst kulturelles Phänomen erfassen, das unsere alte Denkstruktur mindestens so verändert wie der Fall der Berliner Mauer (so Jonathan Mann, ehemaliger Direktor des Global Aids Program)? Das gleiche gilt für den Drogenkrieg beziehungsweise die Drogenproblematik in den Industriegesellschaften. Trotz der Zuordnungsprobleme im einzelnen dürfte deutlich geworden sein, dass spezielle Konfliktlinien innerhalb der Systeme insbesondere dann zu gewaltsamen Auseinandersetzungen führen, wenn sich die Konfliktsysteme überlagern und einzelne Komponenten interagieren. Dies zu veranschaulichen ist das Anliegen der folgenden Beiträge zu aktuellen Konfliktsystemen.

Dennoch dürfen wir angesichts der Konfliktformationen (Dieter Senghaas) nicht kapitulieren, sondern wir müssen unser am ehesten erfolgversprechendes Instrument, den analytischen Verstand, einsetzen, um durch Erkenntnisse in Teilbereichen und durch Methoden über integrierte vernetzte Problemlösungen schliesslich uns selber wie Münchhausen aus dem Sumpf zu ziehen.

Aus der Sicht der eingangs zitierten modernen Soziobiologie ist sogar Zuversicht angezeigt. Wenn das Individuum, der Phänotyp, lediglich ein Vehikel ist, mit dessen Hilfe sich die Gene des Genotyps replizieren, dann ist jeder Mensch in einem tieferen Sinne gleich. Mit dieser Aussage, die die Achtung vor menschlichen Kulturen impliziert, die anders sind als unsere eigene, gelingt es der Biologie vielleicht glaubwürdiger als den politischen Lehren, das Gemeinsame des Menschseins zu betonen. Nichts bedrohe das Überleben einer Art mehr als das Verschwinden der natürlicherweise vorhandenen genetischen Vielfalt. Aus diesem Grunde ist auch allen Lehren eine Absage zu erteilen, die die Funktion des Krieges in einer gleichsam natürlichen Regulierung demographischer Variablen sehen.

Drei Hauptmerkmale bestimmen nämlich, so Christian Vogel, die ethischen und politischen Massstäbe und Wertschätzungen, die auf der Evolutionsbiologie

gegründet werden können: a) die Achtung vor der menschlichen Individualität und vor den kulturellen Unterschieden, b) die Pflichten der Tugend als Folge sozialer Verbindlichkeit und c) die Sorge um die menschliche Gerechtigkeit.

Prof. Dr. Michael Stürmer

Deutschland, die West-Ost-Beziehungen und die Ausgestaltung des Neuen Europa

Die Welt im allgemeinen, Deutschland im besonderen, ging durch zwei definierende Momente, eines in Zentraleuropa, das andere am Golf. Was sind die Folgen und Folgerungen für Deutschland in der Welt nach dem Kalten Krieg?

Die Krise der Sowjetunion, die am Anfang der grossen Weltenwende stand, geht unerbittlich weiter. Organisierendes Prinzip westlicher Sicherheit ist nicht mehr die Bedrohung durch die Rote Armee. Regionale Konflikte am Rande des Kalten Krieges, bisher von den Supermächten unter Kontrolle gehalten, werden entfesselt. Der Bedarf an Weltmanagement steigt angesichts der Probleme neuer Völkerwanderungen, ökologischer Zerstörung, Ressourcenknappheit und der Schuldenprobleme. Welche Rolle kann Deutschland nach der Einheit in alledem spielen? Die alten Rollen sind ausgespielt. Ihre Drehbücher taugen nichts mehr.

Im Verlauf von "Zwei plus Vier" lautete die grosse Frage im Westen, gestollt durch Margaret Thatcher: "Have the Germans changed?" Unsicherheit kam darin zum Ausdruck, ob die Deutschen, befreit vom Eisernen Vorhang, der sowjetischen Präsenz und der nationalen Teilung, auch in Zukunft noch so freundlich und brav sein würden wie in der Vergangenheit, als es keine Alternative gab und die Deutschen auf den Westen angewiesen waren. In der Tat waren die Deutschen die Musterschüler der europäischen und der atlantischen Klasse, und dies aus guten Gründen.

Inzwischen hat die Golfkrise die Frage gewendet. Wird auf die Deutschen zu zählen sein, wenn es darum geht, europäische Interessen "out of area" zu vertreten? Wenn es darum geht, Alliierte zu unterstützen? Wenn es darum geht, Krisenmanagement und Konfliktbegrenzung jenseits von Europa zu leisten. Bisher jedenfalls hat die deutsche Zahlungsmoral mehr Beifall gefunden als die deutsche Fähigkeit zum internationalen Krisenmanagement.

Deutschland, nicht mehr zu gross für Europa, sieht fast zu klein aus, um sein eigenes Gewicht zu bewegen. 78 Millionen Menschen, im Bruttosozialprodukt an dritter Stelle hinter den Vereinigten Staaten und Japan, das zentrale Land

Europas, die Führungsmacht in der Europäischen Gemeinschaft und - unter den nichtnuklearen Nato-Ländern - die Nummer Eins in Europa. Aber dies reicht nicht als Antwort auf die Frage nach den deutschen Interessen und noch weniger als Antwort auf die Frage nach der deutschen Rolle. Wenn man von dem Prozess der Wiedervereinigung ausgeht, so bleiben sechs Dimensionen, in denen sich die deutsche Rolle bestimmt:

1. Die fortdauernde Krise der Sowjetunion
2. Osteuropa und Südosteuropa auf der Suche nach einer neuen Gesellschaft
3. Die Rolle der Vereinigten Staaten in Europa: Balance und Garantie
4. Nukleare und konventionelle Rüstungskontrolle
5. Die europäische Integration jenseits von 1992
6. Die Institutionen, weiche und harte. In diesem Rahmen wird Deutschland seine Interessen definieren und eine Rolle finden müssen.

Die Einheit Deutschlands

Man muss sich daran erinnern, dass es im Kalten Krieg auf dem zentral-europäischen Schauplatz nicht nur um Ideologie ging, sondern ein Konflikt über die Frage ausgetragen wurde, wem das ganze Deutschland gehören würde. Der Westen versagte Stalin die Chance, Europa sicherzumachen für den Kommunismus, während Stalin dem Westen die Vision der "Yalta-Declaration on Liberated Europe" versagte, Europa für die Demokratie zu öffnen. In Europa war das bipolare und nukleare System des Kalten Krieges auf Deutschland konzentriert. In Berlin und Kuba wurde es in Krisen gehärtet.

Anfang der 80er Jahre indessen scheinen die sowjetischen Herrscher eine imperiale Bilanz eröffnet zu haben, die sie zu der Schlussfolgerung führte, dass sie die Schuldenlast der Osteuropäer nicht tragen würden, dass sie mit Energie und Rohmaterialien die Verlierer waren und dass sie, wenn sie die Reform des Riesenreiches anpacken wollten, langfristige Verständigung mit den Vereinigten Staaten und Deutschland brauchten. Mehr noch, im Zeitalter interkontinentaler Raketen und Nuklearsysteme war das Glacis entbehrlich geworden, das Osteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg bot. Nach alledem war die DDR noch

nicht zum Untergang verdammt, aber das auseinanderbrechende Sowjetimperium konnte nicht zur selben Zeit Stalinismus in Ostberlin und Perestroika in Moskau verkraften. Seit 1985 gab es weiche Signale, dass die Sowjets ihre Position in Deutschland überdachten.

In der Vergangenheit hatten ihre Truppen in Ost-Deutschland, lange Zeit etwa 400 000 Mann erster Qualität, vier Funktionen:

- kommunistische Oligarchien zu unterstützen
- den Westen zu bedrohen
- das innere Imperium durch das äussere zu bewachen
- das Glacis des Mutterlandes zu halten.

Spätestens im Sommer 1989 kamen die Sowjets zur Konklusion, dass Honecker nicht länger dem grossangelegten Kompromiss mit dem Westen im Wege stehen dürfe. Das bedeutete noch nicht, dass man sich auf deutsche Einheit einlassen wollte, eher wohl deutsche Perestroika. Aber als die Ostdeutschen via Ungarn zu Zehntausenden flohen und die Montags-Demonstrationen Hunderttausende auf die Strasse riefen und das Regime wie gelähmt war, da entstand eine Dynamik, die in der Wiedervereinigung endete.

Während aber in den ersten Tagen nach dem Fall der Mauer selbst Kanzler Kohl in einer langen Perspektive dachte, Konföderation der Deutschen und vielleicht, nach zehn Jahren, eine Art von Einheit, wurde die deutsche Wiedervereinigung tatsächlich zu einer Flucht nach vorn. Das hatte drei Gründe:

- die fortdauernde Massenflucht aus dem östlichen Deutschland
- die Angst, dass es sich die Russen noch einmal überlegen könnten, Gorbatschow stürzen oder die Armee das Heft in die Hand nehmen würde
- die Furcht endlich, dass die Krise der DDR West-Deutschland mitreissen würde und dass der Ertrinkende den Retter unter die Wasserlinie drücken würde.

Der "Zwei plus Vier"-Prozess vom Mai bis zum September 1990 formalisierte den Abbruch des Sowjet-Imperiums an der Elbe und, mit seinen Folgewirkungen, in

ganz Osteuropa. Diese Verhandlungsfolge aber war nur der organisatorische Kern einer Phase grosser Gipfeldiplomatie:

Beim Malta- und beim Washington-Gipfel, Dezember 1989 und Mai 1990, zeigte sich amerikanische Führungskraft. Beim Londoner Gipfel offerierte die Nato mehr als nur einen "New Look", tatsächlich eine neue Substanz, Abkehr von "direct defence, deliberate escalation and nuclear response", stattdessen Vorverteidigung und Verzicht auf frühe nukleare Optionen. Die Siebener Gruppe der reichsten Staaten versprach den Sowjets Hilfe, die Deutschen gaben 5 Milliarden Sofort-Kredit und warfen schlechtem Geld gutes nach. Denn es wäre nicht passend gewesen, am Höhepunkt von "Zwei plus Vier" die Sowjets für zahlungsunfähig zu erklären.

Dennoch, in den Anfangswochen des "Zwei plus Vier"-Prozesses scheinen die Sowjets noch drei verschiedene, tatsächlich widersprüchliche Strategien gehabt zu haben:

- einerseits die Idee, den Deutschen zwar die Einheit nach innen zu erlauben, aber ihnen Souveränität und Freiheit nach aussen zu verweigern und mit den Vereinigten Staaten fünf Jahre lang ein Sieger-Kondominium zu bewahren;
- andererseits einen grossen Handel mit den Deutschen auf der Linie des Stalin-Angebots der Einheit in Neutralität von 1952, das noch im Mai 1990 auffallend oft in Moskau gelobt wurde, mit dem Ziel einer strategischen Allianz: Deutschland als Lieferant von Technologie und Kapital, die Sowjetunion als Lieferant von Rohmaterialien, Märkten und nuklearem Schutz;
- endlich aber den tatsächlichen Verhandlungsweg, gekennzeichnet von einem Handel über Bedingungen und Preis der deutschen Einheit - wie es dann auch gekommen ist.

Die deutsche Antwort auf die neuen Ungleichgewichte in Europa, die mit der Einheit verbunden waren, lag darin, mehr Europa zu erstreben und eine tief veränderte Nato. Deshalb hat man auf die 1992er Agenda der Europäischen Gemeinschaft nicht nur Wirtschafts- und Währungsunion aufgesattelt, sondern auch noch Politische Union hinzugefügt. Beides wird gegenwärtig in den Regierungskonferenzen vorbereitet, und beides läuft auf die ursprüngliche

"finalité politique" der Römischen Verträge hinaus. Ausserdem wurde das Problem der europäischen Sicherheitsidentität, ja sogar der europäischen Verteidigung auf die Agenda gesetzt, nicht nur, weil die Amerikaner von Rückzügen sprachen, sondern auch, weil damit Frankreich und Deutschland in eine neue Rolle gezogen würden. Nach dem Golfkrieg gab es zwei Reaktionen: Für die einen war die Politische Union Europas auf absehbare Zeit gescheitert, weil es unübersehbar die Nationen waren, die reagierten. Für die anderen zeigte die Absenz Europas am Golf nur um so deutlicher, was gebraucht wird.

Die Krise der Sowjetunion

Die Krise der Sowjetunion setzt sich fort. Bisher haben wir hauptsächlich die schöne Seite der Perestroika gesehen, und wir haben davon profitiert. Jetzt aber kann kein Wunschdenken mehr die dunkle Seite des sowjetischen Niedergangs und das Scheitern der Perestroika verdecken. Als Aussenminister Schewardnadse zurücktrat, hatte er eine Rede vorbereiten lassen, die das Ende des Kalten Krieges feierte. Stattdessen sagte er: "Genossen Demokraten, Ihr habt Euch in die Büsche geschlagen, die Reform ist gescheitert, die Diktatur ist im Kommen."

Als die Perestroika vor zehn Jahren begann, da war es, wie jede Reform von oben in der russischen Geschichte, die Antwort auf eine Niederlage. Diesmal war es eine kalte Niederlage im Kalten Krieg. Die sowjetische Führung folgte der KGB-Analyse, dass, wenn die Sowjetunion eine Weltmacht des 21. Jahrhunderts sein wollte, sie eine neue Technologie brauchte. Diese Technologie aber brauchte eine neue Wirtschaft, und diese neue Wirtschaft würde nicht entstehen ohne die Dynamik einer neuen Gesellschaft. Unterdessen aber haben Aufstieg und Niedergang der Perestroika zu einer Situation geführt, wo es um eine harte Wahl geht: mehr Reform auf Kosten der Union oder Erhaltung der Union auf Kosten der Reform. Gorbatschow steht für die imperiale Sowjetunion, Gorbatschow-Doktrin bedeutet heute, dass die Sowjetunion in gegenwärtigen Grenzen um jeden Preis zusammenbleiben soll. Jelzin, der russische Parlamentspräsident, steht mehr für eine Commonwealth-Version Russlands, demokratischer und föderaler als in der Vergangenheit. Für die Aussenwelt ist es entscheidend, wie das Power-Play in Moskau ausgeht. Auf lange Sicht wird die Sowjetunion so nicht zusammenzuhalten sein. Es wird einen Kern von vier, fünf oder sechs grossen Republiken geben, aber andere werden sich trennen, allen voran die Baltischen

Republiken, Georgien und Moldavien. Während noch am Donnerstag vor Ostern, als der Rote Platz von 50'000 Soldaten zerniert wurde und 300'000 Demonstranten anrückten, es nach Bürgerkrieg und Diktatur aussah, hat sich inzwischen gezeigt, dass Kompromiss und Grosse Koalition sowie ein neuer Unionsvertrag unter den neuen Kernrepubliken wahrscheinlich die Zukunft bestimmen werden.

Was Mitteleuropa betrifft, so sind die sowjetischen Rückzüge aus Ungarn und der Tschechoslowakei praktisch abgeschlossen, die Rückzüge aus Polen werden verhandelt, der Rückzug aus Deutschland geht mehr oder weniger nach Plan - allerdings etwas teurer. Kein Zweifel, dass die Russen ihre Truppen zurückziehen werden, sobald sie sicher sind, dass sie nicht irgendwo in der Wildnis abgelagert werden. Es gibt eine Reihe von praktischen Fragen, insbesondere Behausungen und Unterkünfte, es gibt soziale Fragen, Fragen des Prestiges und, dies vor allem, die Frage, wer im Kreml am Ende die Oberhand behält. Deutlich sind die Rückzüge der Sowjetunion verbunden mit dem Fortgang der Rüstungskontrolle, der seit dem letzten Herbst ins Stolpern geriet.

Der "Zwei plus Vier"-Prozess hiess nur so. Tatsächlich wurde er schnell zu einem "Eins plus Eins plus Eins"-Prozess: Washington, Bonn und Moskau. Der abschliessende "Zwei plus Vier"-Vertrag war allerdings umgeben von einer Anzahl ausgesprochener und unausgesprochener Bedingungen, die man in der Zukunft nicht vergessen darf. Tatsächlich ging es um einen strategischen Kompromiss historischer Dimension:

- Wenn die Sowjetunion sich reformierte, dann musste der Westen auch Gorbatschow, Perestroika und alle stabilisierenden Massnahmen unterstützen.
- Wenn Deutschland als Ganzes der Nato angehören würde, dann musste die Vorverteidigung fallen und die nukleare Strategie revidiert werden.
- Wenn die Sowjets das äussere Imperium aufgaben, würde der Westen keinen unfairen Vorteil daraus ziehen.

Was die Zukunft für die Sowjetunion bringt, ist ungewiss. Gewiss aber ist, dass dies im Guten wie im Bösen für ganz Europa, vor allem aber für das östliche Mitteleuropa und Deutschland schicksalhaft sein wird.

Ost- und Südosteuropa

Osteuropa nach dem Kommunismus hat das Licht am Ende des Tunnels gesehen. Gegenwärtig sieht es so aus, als sähe man den Tunnel am Ende des Lichts. Das Erbe des Stalinismus ist schwer. Die "alten Dämonen" der 20er Jahre können zurückkommen: ökonomische Rückständigkeit, Zusammenbruch der Demokratie, ethnische Konflikte, Unterdrückung von Minoritäten, Diktatur. Die Idee, dass die Osteuropäer sich zusammenschliessen könnten, ist so realistisch wie eine Gewerkschaft von Arbeitslosen. Osteuropa wird Teil des Westens sein - oder es wird nicht sein. In der Sicherheitspolitik aber werden diese Länder, während sie schon an die Tür der Nato klopfen, weiterhin in der russischen Einflussphäre bleiben, solange es die Sowjetunion gibt. Tatsächlich gehört die Sicherheitslage Osteuropas zu den grossen Unsicherheiten, wahrscheinlich ist Finnlandisierung die beste Option. Die Vorstellung, Osteuropa könne in die Nato eintreten oder explizite Garantien erhalten, ist nicht realistisch. Osteuropa muss von den Vereinigten Staaten gegen alle russischen Revisionen geschützt werden - oder es gibt keinen Schutz.

Die wichtigste Antwort aber muss von der Europäischen Gemeinschaft kommen, und sie wird gegenwärtig im Stabe des Präsidenten Delors vorbereitet. Diese Antwort bedeutet den Weg zur Integration via Assoziation, aber, wie die gegenwärtige Lage der neuen Bundesländer zeigt, es liegen darin enorme Probleme, Schwierigkeiten und soziale Härten. Der "leveraged buy-out" der DDR zeigt die Schwierigkeiten, die Kosten und die ungelösten Fragen. Allerdings gibt es eine feste Überzeugung in Bonn, in Brüssel und jenseits davon, dass Osteuropa an Bord genommen werden muss, oder das Boot Europa könnte kentern.

Die Kosten der ökologischen Aufräumarbeit werden von Experten so hoch geschätzt wie die Kosten der Rüstung in den 80er Jahren. Aber das ökologische Problem ist nur eines unter vielen. Die Begründung des Rechtsstaates, Bildung von Vertrauen, Rückkehr zu realen Preisen und zu echtem Geld, die Veränderung der Mentalitäten, das Schuldenproblem und eine lange Liste anderer Probleme sind auf der Agenda. Vor allem aber ist wichtig, Investoren zu finden, welche, gegen alle Schwierigkeiten, die Chancen in Osteuropa begreifen.

Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn sind für Europa von strategischer Bedeutung. Jugoslawien ist es nicht. Jugoslawien ist wahrscheinlich nicht mehr

reparierbar. Das Land steht am Rande des Bürgerkrieges und des Zerbrechens, das nicht nur mit den kürzlich stattgehabten Auseinandersetzungen zwischen Serben und Nicht-Serben zu tun hat, sondern auf viel ältere Teilungen zurückgeht, die mit der Geschichte von Rom und Byzanz, von Osmanen und Österreichern zu tun haben. Jugoslawien ist ein künstliches Land und nicht mehr lebensfähig, aber sein Zerfall wird die Region tief destabilisieren.

Die USA

Damit kommt es auf die künftige Rolle der Vereinigten Staaten von Amerika an. In der Vergangenheit war diese Rolle bestimmt von Eindämmung der Sowjetunion in der Kombination von Abschreckung und Verteidigung, was zugleich den Europäern ein Sicherheitsgefühl vermittelte. Auch wurden die Europäer durch die amerikanische Supermacht bewahrt vor der Bitternis ihrer Vergangenheit und der Notwendigkeit, gegeneinander zu rüsten.

Als Präsident Ronald Reagan 1981 ins Weisse Haus einzog, tat er alles, um die amerikanische Verhandlungsmacht zu rekonstruieren. Die militärische Anstrengung wurde begleitet vom ökonomischen Aufschwung. Der Preis war hoch: das Budgetdefizit, der schwache Dollar und eine furchterregende "domestic agenda", auf der von den Infrastrukturproblemen, der S&L crisis, den Schwierigkeiten des Bankensystems und der niedrigen Sparrate bis hin zu Aids und drugs und urban crime sich viele Probleme finden. Das alles führte zu dem Gefühl der imperialen Überanstrengung und des Niedergangs, das in vielen Büchern und Artikeln Ausdruck fand, vor allem in Paul Kennedys berühmtem "Decline and Fall of the Great Powers". Aber es gab auch eine Reaktion darauf, nachzulesen in Joe Nyes "Bound to lead", worin Amerika die unabweisbare Führungsrolle noch einmal zugesprochen wird. Tatsächlich ist die Rüstungskontrolle nicht nur von der Politik der Entspannung vorangetrieben worden, sondern auch von ökonomischen Notwendigkeiten. In der Zukunft wird die "domestic agenda" auf lange Zeit den Rahmen amerikanischer Aussenpolitik bilden. Die von Präsident Bush verkündete "New World Order" wird Partner brauchen - oder es wird sie nicht geben. Für amerikanische Alleingänge fehlen die Kraft und der Wille. Der Golfkrieg war nicht Anfang einer neuen Ära, sondern vielleicht das Ende einer alten.

In Zukunft wird die Rolle der Vereinigten Staaten in Europa in vier Funktionen zu finden sein:

- sowjetische Nuklearmacht durch amerikanische Nuklearmacht zu balancieren
- den Osteuropäern Sicherheit zu geben über ihre künftige Sicherheit zwischen Deutschland und Russland
- die Westeuropäer zu balancieren, wie in der Vergangenheit, und sie vor dem Rückfall in die Geschichte zu bewahren
- Führung zu geben für freie Märkte und offene Seewege in der gesamten Welt.

Im grossen und ganzen hat die Golfkrise die Vereinigten Staaten an den Wert der Nato erinnert. Ohne Nato hätte der Krieg eine andere Wendung genommen; er wäre nicht Blitzkrieg geblieben. Der Krieg hat den Vereinigten Staaten auch die Wichtigkeit ihrer europäischen Militärbasen, vor allem Frankfurt und Ramstein, gezeigt. Allerdings hat er auch die Europäer daran erinnert, dass sie möglicherweise nur "staging area" für Kriege der USA sein könnten. Das wird aufgewogen werden müssen gegen die Notwendigkeit, gegenüber der Sowjetarmee eine feste Sicherheitsposition zu haben. Als Schlussfolgerung aus den sowjetischen Ungewissheiten und den Gefahren aus dem islamisch-arabischen Krisenbogen wird das militärische Dispositiv der Vereinigten Staaten in Europa aufrechterhalten werden, wenn auch auf niedrigerem Niveau, gegründet auf eine starke "regeneration capacity": als Basis bleiben 70 000 Mann in einem Korps mit zwei Divisionen, vier Luftgeschwader und eine Trägergruppe im Mittelmeer. Probleme wird es in der technischen Dimension durch die Frage nach der nuklearen Komponente geben, in der politischen Dimension in der Frage, welche Sicherheitsfunktionen die KSZE erfüllen kann. In der wirtschaftlichen Dimension sind erhebliche Spannungen im Gatt vorauszusehen.

Nukleare und konventionelle Rüstungskontrolle

Der Durchbruch der Rüstungskontrolle kam, wenngleich unerwartet, mit dem INF-Abkommen vom Dezember 1987. Die Russen waren beeindruckt von der Festigkeit des Westens, als die Mittelstreckensysteme ab 1983 stationiert wurden, und sie waren noch mehr beeindruckt von Präsident Reagans SDI-Programm. So kehrten sie 1986 an den Verhandlungstisch zurück und gingen von dem

nuklearen Mittelstrecken-Abkommen schnell weiter zu dem Abkommen über konventionelle Stabilität in Europa, das am 19. November 1990 in Paris unterzeichnet wurde - das aber zugleich gegenwärtig durch den Wunsch der Russen nach Nachverhandlung belastet wird. Es ist ein starkes deutsches Interesse, dass das KSE-Abkommen zustandekommt: Es gibt längere Warnungszeiten, es gibt Inspektionsrechte, und vor allem reduziert es die Zahl der sowjetischen Truppen westlich des Ural auf ein Mass, das niemand mehr im Westen um den Schlaf bringen muss.

Die amerikanische Administration hat das Schicksal des KSE-Abkommens an dasjenige des Start-Abkommens gebunden. Washington glaubt, dass die sowjetische Seite weniger interessiert ist an konventioneller Rüstungskontrolle und stärker interessiert an der strategischen, nuklearen Rüstungskontrolle. Tatsächlich sieht es gegenwärtig so aus, als ob beide Abkommen noch in diesem Sommer endgültig die Hürden passieren. Ohne Abkommen wird es keinen Gipfel geben, ohne Gipfel ist die Situation Gorbatschows noch mehr gefährdet als mit den Abkommen.

Die europäische Integration

Bis zu den dramatischen Ereignissen des Sommers 1989 war die Zukunft der Europäischen Gemeinschaft in westeuropäischen Begriffen beschrieben worden, und sie hatte die Form der Einheitlichen Europäischen Akte, des weiten Marktes von 1993 und danach. Die Revolutionen von 1989 haben dieses Programm beiseite geschoben.

Tatsächlich wird beides gebraucht, Vertiefung und Erweiterung der westeuropäischen Strukturen. Vertiefung in Richtung auf Wirtschafts- und Währungsunion und Politische Union, wie es der ursprünglichen "finalité politique" der Europäischen Gemeinschaft entspricht, Erweiterung in Richtung Osten. Kommissionspräsident Jacques Delors hatte, als die Mauer stürzte, keinen Zweifel, dass die Deutschen Hilfe brauchten - und auch ein wenig Kontrolle in ihrem Engagement nach Osten. Tatsächlich gilt dieselbe Logik, nur stärker, bei der Anstrengung, die Osteuropäer zu stabilisieren. Diese Anstrengungen beginnen, aber der Westen lernt erst langsam, wie gross die Probleme sind, um die es geht. Ostdeutschland bietet eine Fallstudie, und das östliche Deutschland zeigt, wie weit der Weg für Osteuropa sein wird.

Während die Wirtschafts- und Währungsunion, gegenwärtig in den Regierungskonferenzen verhandelt, ein klar umrissenes Ziel ist, ist die Politische Union sehr viel offener: eher ein Prozess als ein fester Rahmen. Um was geht es? Mehr Vollmachten für das Parlament, mehr Verantwortlichkeit für die Brüsseler Exekutive, die Schrumpfung des Nationalstaats? Die Golfkrise hat im Gegenteil erwiesen, dass die Nationalstaaten in Krisenzeiten handeln, dass sie unterschiedlich reagieren und dass die Politische Union, wenn es sie gibt, wahrscheinlich nicht die Verteidigungsdimension auslassen muss. Da auch die Efta-Staaten ein Generalabkommen verhandeln, mag es sogar hilfreich sein, Verteidigung beiseite zu lassen. Am Ende werden die Osteuropäer eingeschlossen werden in die westeuropäische Integration. Aber da sie noch auf lange Zeit in der sowjetischen Einflussphäre leben werden, ist es auch ihretwegen nicht weise, Verteidigung zur europäischen Agenda hinzuzufügen. Um die Lücke zu füllen, ist die Westeuropäische Union, seit jeher die schlafende Schönheit, noch einmal wachgeküsst worden. Jetzt wird zwischen Amerikanern und Europäern darum gerungen, ob die WEU eine Form europäischer Willensbildung sein soll, unabhängig von der Nato, oder eine Suborganisation europäischer Prägung innerhalb der Nato. Wahrscheinlich wird die letztere Version vorherrschen, da sie zwischen Washington, London und Bonn konsensfähig ist, allerdings auf Kosten französischer Beteiligung.

Die Institutionen

Unter den weichen Institutionen Europas sind die KSZE und der Europarat. Sie sind nützlich, aber sie können nicht viel tragen. Der Europarat dient als Wartezimmer für die Osteuropäer, die aus der Kälte kommen, am deutlichsten im Falle Ungarns 1989. Tatsächlich nutzten die Ungarn den Europarat als Rückversicherung bei ihrem Versuch, ein Loch nicht nur in den Stacheldraht an der Grenze nach Österreich zu schneiden, sondern auch Ungarn aus dem sowjetischen äusseren Imperium zu befreien - durch den Fall der SED und ihres Staates.

Die KSZE ist vor allem in Deutschland gefeiert worden als künftiges Sicherheitssystem für Europa. Während die Sowjets jetzt in der Rüstungskontrolle langsamer gehen und die KSZE das traurige Schicksal der Balten oder das Auseinanderbrechen Jugoslawiens nicht einmal kommentiert, werden die

Schwierigkeiten und Grenzen der KSZE sehr sichtbar. Sie kann Menschenrechte anmahnen, aber sie hat die vorhandenen Staaten zu respektieren. Wenn beide in Konflikt treten, dann muss die KSZE wegschauen oder ihr Scheitern eingestehen. Tatsächlich kann man eine mildere Form der Sicherheitsrolle für die KSZE sich vorstellen: Wenn es grössere Verwerfungen in Osteuropa gibt, dann muss es ein Forum geben, in dem man mit den Russen diskutiert, was zu tun ist und was man besser vermeidet, da dies nicht länger ihre *chasse gardée* ist und Missverständnisse gefährlich werden können. Man hat kürzlich spekuliert, vor allem in Polen und Ungarn, über Sicherheitsgarantien durch die Nato für die Osteuropäer. Aber es gehört zum stillschweigenden Einverständnis am Rande von "Zwei plus Vier", dass die Nato sich in Osteuropa nicht nur zurückhalten, sondern gar nicht in Erscheinung treten wird.

Anders steht es um die harten Institutionen, die Europäische Gemeinschaft und die Nato. Nach der grossen europäischen Wende und dem Test am Golf sind Nato und EG in ihrer Rolle bestätigt worden. Während von der Roten Armee nicht länger die Drohung der "all out attack" ausgeht, kann die Sowjetkrise doch noch in Bürgerkrieg, Massenexodus, ökologischen Katastrophen enden - oder in jeder Kombination dieser Faktoren. Diese Krisen einzudämmen und zu managen, wird eine sehr viel subtilere Strategie als in der Vergangenheit erfordern. Die Nato wird darüber hinaus wichtige politische Funktionen haben, vor allem aber der Hauptbalance-Faktor der europäischen Sicherheit sein. Man sollte auch nicht übersehen, dass Deutschlands relative Schwäche in der Nato und seine relative Stärke in der Europäischen Gemeinschaft einander entsprechen. Bei allem bleibt die Nato das Hauptverbindungsmitglied zu den Vereinigten Staaten. Innerhalb der Nato werden die Balancen sich dort nicht wesentlich verändern, wo die nukleare Hierarchie noch gilt. Es geschieht durch die Europäische Gemeinschaft und die Nato, dass die Europäer ihre Zukunft definieren, die Westeuropäische Union wird nicht ein unabhängiger Mitspieler sein, sondern eine abhängige Variable.

Seit 1989 ist die deutsche Rolle nicht nur modifiziert, sondern radikal verändert. Im Osten sind der Comecon und der Warschauer Pakt untergegangen. Im Westen blühen die Europäische Gemeinschaft und die Nato, aber in einer neuen Weise. Die Drohung für die europäische Sicherheit kommt nicht länger von der Sowjetunion und der Roten Armee, sondern eher von den direkten und indirekten Konsequenzen des sowjetischen Niedergangs und des Wandlungsprozesses. Eine

andere Unsicherheit kommt aus den Armenhäusern Osteuropas und den "alten Dämonen", die dort hausen. Die Golfkrise hat erwiesen, dass der islamische Krisenbogen vom Atlas bis zum Hindukusch voller Ungewissheiten steckt: keine Staaten, sondern nur Regimes oder Familienunternehmen; keine bodenständige Industrialisierung, keine demokratische Tradition, statt dessen demographische Explosion, ökologische Katastrophen, Saddam-Fieber, anti-westliche Strategien und das Gefühl der Demütigung.

Die nahöstlichen Szenarien gehören zu den Gefahrenlagen, die in der Vergangenheit ignoriert werden konnten, die das Ende des Kalten Krieges aber freigesetzt hat. Endlich gibt es die indirekten Bedrohungen der europäischen Sicherheit: ökologische Kriegführung, ökologische Desaster, demographische Explosion in weiten Teilen der Welt (100 Millionen pro Jahr), Knappheit an Energie, Wasser und Ressourcen. Aus der unmittelbaren Nachkriegskonfrontation entwickelten sich vierzig Jahre strategischer Stabilität, wobei die Europäer allerdings unter permanenter Vorkriegsdrohung zu leben hatten: Das war nur zu ertragen unter dem Schirm amerikanischer Nuklearwaffen. Jetzt aber ist ganz Europa befreit von der alten sowjetischen Bedrohung. Und obwohl es noch immer einen Bedarf an nuklearem Rückhalt gibt, ist die künftige Sicherheit Deutschlands und Europas doch sehr viel mehr eine Frage des politischen Managements und des Gebrauchs der neuen Machtwährungen: Wirtschaft, Technologie, Investitionen und Management. Auf diesen Feldern wird Deutschland seine Interessen, seine Rolle und seine Verantwortung entfalten.

Im Verlauf der Wiedervereinigung ist unter dem Stichwort Verantwortung diese Linie immer wieder nachgezogen worden. Tatsächlich ist dies auch die vorherrschende Analyse der Aussenwelt geworden, nicht zuletzt der Sowjets. Valentin Falin, die klügste Wetterfahne der sowjetischen Politik, erinnert sich an Gespräche mit Michael Gorbatschow über die Deutschen:

"Wir haben oft darüber nachgedacht, welche Garantien es gibt gegen feindliche Aktionen aus Deutschland. Mein Argument war: Deutschland hat die Fähigkeit verloren, Kriege anzuzetteln, auf immer und ewig. Die Entwicklung der Industrie und der Energie, tatsächlich die Gesamtsituation in Europa würde Deutschland zur Katastrophe verurteilen, wenn es zum Krieg käme. In keiner Konstellation gibt es die leiseste Chance zu überleben, und das ist die beste Garantie. In dieser Perspektive wird Deutschland sicherlich einer der wichtigsten Staaten nicht nur

in Europa, sondern der ganzen Welt sein, ob die Deutschen das wollen oder nicht. Wenn aber die Deutschen ihre Verantwortung verstehen, dann können sie ihre Rolle nicht zurückweisen. Wir sollten uns auf diese Rolle vorbereiten. Es ist meine Überzeugung, dass dies eine konstruktive, positive und produktive Rolle sein wird. Ich würde nicht sagen als Grossmacht, aber als eine grosse Nation im besseren Sinne des Wortes."

Wenn dies einer der Hauptberater des sowjetischen Präsidenten sagt, braucht man wenig hinzuzufügen ausser der Erinnerung, dass diese deutsche Rolle ebenso wie in der Vergangenheit, nur auf andere Weise, darauf angewiesen sein wird, dass sie Partner und Verbündete findet. Bündnisfähigkeit bleibt daher Kern des nationalen Interesses und der Staatsräson.

Dr. Urs Schöttli

Politische und ökologische Konflikte auf dem indischen Subkontinent

Aus naheliegenden Gründen - am 21. Mai 1991, am Vorabend der Vorlesung, ist der ehemalige indische Premierminister Rajiv Gandhi während des Wahlkampfes im südindischen Tamil Nadu einem Terroranschlag zum Opfer gefallen - sind dem Vortrag einige aktuelle Ausführungen voranzustellen.

Heute stehen wir wieder vor einem Einschnitt in der Geschichte des modernen Indiens. Im Land, dessen Gründervater sich dem Prinzip der Gewaltlosigkeit verschrieben hatte und in dessen Unabhängigkeitskampf dieses Prinzip auch weitgehend Beachtung fand, scheint politische Gewalt zum Alltag zu gehören. Dennoch, in Indien sind die Verhältnisse stets viel komplexer, als dies Schlagzeilen in den Medien wiederzugeben vermögen. Es ist zu bedenken, dass das Ausmass der politischen Gewalt in Indien im Vergleich zu anderen Teilen der Welt weiterhin bescheiden ist. Die Bevölkerung Indiens entspricht inzwischen dem Total der Einwohnerzahl der Sowjetunion, der EG und der Vereinigten Staaten. Würde man die alltägliche Gewalt dieser drei Gebiete in einer Tageszeitung oder in einer Tagesschau vereinigen, so käme man auf erheblich grössere Opferzahlen als in Indien. Kommt hinzu, dass in Indien die grosse Mehrheit der Bevölkerung unter Bedingungen ihr Dasein fristen muss, die im Westen schon lange Mord und Totschlag hätten endemisch werden lassen.

Die erste Frage ist: Wofür stand Rajiv Gandhi? Er stand sicher mit seinem Namen und seiner Herkunft für den Säkularismus in Indien. Dieses weltliche Staatsverständnis ist heute in vielen Teilen der Welt unter Beschuss, in Indien insbesondere in Kaschmir und im Pandschab. Zum zweiten stand Rajiv Gandhi für das moderne Indien. Schon rein von der physischen Erscheinung her war er jener indische Spitzenpolitiker, der unseren westlichen Vorstellungen am nächsten kam, im deutlichen Gegensatz etwa zum Führer der hinduistischen Bharatiya Janata Partei, L.K. Advani. Zum dritten stand Rajiv Gandhi für den Mittelstand. Er war der erste indische Premierminister, der den städtischen und den rasch wachsenden ländlichen Mittelstand repräsentierte.

Die zweite Frage: Gibt es einen Ersatz? Natürlich gibt es einen Ersatz für jeden Menschen in der Politik. Dieselbe Frage wird in jeder Partei bei einem abrupten Führungswechsel gestellt. Für Margareth Thatcher hat es sehr schnell einen Ersatz gegeben. Es wird ihn auch für Rajiv Gandhi geben, und zwar stellt sich die Frage in zweifacher Hinsicht: in bezug auf die Kongresspartei und in bezug auf das gesamte indische Parteienspektrum. In den heutigen Nachrichten war zu erfahren, dass die Kongresspartei Sonja Gandhi zur Präsidentin ernannt habe. Wenn die Situation nicht so tragisch wäre, müsste man den Entscheid als Scherz abtun. Natürlich gibt es auf dem indischen Subkontinent die Tradition, dass jeweils Familienmitglieder in die Fusstapfen verstorbener Politiker treten. Das hat begonnen - nicht direkt, sondern nach einem zweijährigen Zwischenspiel - mit Indira Gandhi als Nachfolgerin von Jawaharlal Nehru und später mit dem Nachrücken von Rajiv Gandhi nach der Ermordung Indira Gandhis. Ähnliche Familienbande entschieden in Pakistan bei Benazir Bhutto und Nusrat Bhutto, Tochter und Frau des unter dem Regime Zia ul-Haq hingerichteten Premierministers Zulfikar Ali Bhutto, ebenso bei Sirimavo Bandaranaike in Sri Lanka und schliesslich bei Khaleda Zia, der Witwe des ermordeten Staatspräsidenten Bangladeschs, Ziaur Rahman.

Nur gibt es auch da graduelle Unterschiede. Die Ernennung von Sonja Gandhi ist ein politischer Missgriff, der ihrem ermordeten Mann keine Ehre antut. Ganz gewiss steht dahinter keine Zuneigung zu Sonja Gandhi, so wie auch 1984 bei der Nachfolge von Indira Gandhi keine Zuneigung zu Rajiv Gandhi bestand. Hinter dem Vorprellen mit der Ernennung Sonja Gandhis stehen zwei Erwägungen. Zum einen gibt es in der Kongresspartei eine Reihe gliedstaatlicher Führer, von denen jeder verhindern will, dass in diesen dramatischen Tagen ein Rivale einen Startvorteil bei der langfristigen Regelung der Nachfolge erhält. Und zum zweiten gibt es die Erwägung, dass sich der Name Gandhi bei den noch ausstehenden Wahlgängen in Sympathiestimmen für die Kongresspartei umsetzen lassen wird.

Zur Frage nach dem Ersatz Rajiv Gandhis im indischen Parteienspektrum: Hier sieht die Situation nicht so düster aus, wie dies auswärtige Kommentatoren weismachen wollen. Es fehlt nicht an Parteiführern, es fehlt nicht an Politikern, die in die Bresche springen können. Zum ersten Mal in der Geschichte der Indischen Union gibt es auf nationaler Ebene einen Dreieckkampf zwischen der

Kongresspartei, der Bharatiya Janata Partei und dem vom ehemaligen Premierminister V.P. Singh geführten Janata Dal.

Mit Bezug auf das engere Thema dieser Vorlesung stellt sich die Frage, welche Auswirkungen das Verschwinden Rajiv Gandhis auf die Kräfteverhältnisse haben wird. Zunächst ist davon auszugehen, dass die demokratische Kontinuität in Indien durch diesen grausamen Akt nicht unterbrochen wird. Das Land hat immer wieder bewiesen, dass es mit gravierenden Situationen, mit Katastrophen fertig wird - in der den Indern eigenen Art: ein grosser Teil Opportunismus, ein grosser Teil Sich-Durchwursten. Aber die Demokratie ist nicht in Gefahr. In der Mehrheit der Länder in der Dritten Welt würde in einer vergleichbaren Situation die Armee eingegriffen haben. Niemand, der die innenpolitischen Machtverhältnisse Indiens kennt, würde indessen die These wagen, dass solch ein Eingriff überhaupt auf dem Spiel stehen könnte.

Wenn man die Entwicklung in Indien mit jener in Pakistan vergleicht, so fällt auf, dass zwar beide Länder bei Streikkräften und Verwaltung dieselbe, stark britisch geprägte Tradition besitzen. Und dennoch gab es in Pakistan immer wieder Rückfälle in die Militärherrschaft. Der Hauptgrund für diesen tiefen Unterschied liegt in der Komplexität Indiens. Die ethnische, kulturelle, religiöse und sprachliche Vielfalt Indiens erlaubt es nicht, eine Militärdiktatur zu installieren, wie dies im benachbarten Pakistan, wo die Bevölkerung im Prinzip einer Religion und in der überwiegenden Mehrheit einer ethnischen Gruppe, den Pandschabis, angehört, wiederholt der Fall gewesen ist.

Als zweites Element der politischen Stabilität Indiens ist das Stahlskelett der Bürokratie anzuführen. Seit fast zwei Jahren hat Indien keine richtig funktionierende Regierung. Schon V.P. Singh regierte mit einer Minderheit, und Chandra Shekar hatte noch eine unvergleichlich schmalere Basis im Unterhaus. Dennoch hat die Administration weiterhin funktioniert, und ist es auch beim Wirtschaftswachstum nicht zum erwarteten beziehungsweise befürchteten Einbruch gekommen. Nicht dass die Bürokratenherrschaft aus konstitutioneller Sicht ein unumstrittenes Positivum ist, doch hat sie das Land wiederholt über schwierige Phasen hinwegzuführen verstanden.

Das dritte Element ist die nationale Kohäsion. Es war stets falsch, im Falle Nehru/Gandhis von einer dynastischen Herrschaft zu sprechen. Dass diese

Familie eine so wichtige politische Rolle im unabhängigen Indien spielen konnte, erklärt sich daraus, dass sie im Gegensatz zu nahezu allen anderen indischen Politikern als nationale Figuren gesehen wurden. In der Regel werden in Indien Politiker mit einer Region, mit einer Religion, mit einer Kaste und mit einer bestimmten ethnischen Herkunft identifiziert. Bei den Nehru/Gandhis war dies nie der Fall. Kaum jemand hat daran Anstoss genommen, dass Rajiv Gandhi mit einer Katholikin verheiratet war, nur ein kleiner Teil der Wählerschaft wusste, dass er zur Hälfte Parse war, und niemand bezeichnete die Nehrus als Kaschmiri Pandits.

Diesen nationalen Status zu ersetzen, ist natürlich schwer. Dies hängt nur zum Teil mit der Medienlage zusammen, das heisst mit dem staatlichen Monopol des Fernsehens. Auch V.P. Singh hat dieses Instrument während seiner Regierungszeit voll nutzen können, ohne dass es ihm gelungen wäre, das Image eines nordindischen Politikers abzulegen.

Der nationale Status ist insbesondere bei der Gestaltung des Verhältnisses zum benachbarten Pakistan von grosser Bedeutung. Rajiv Gandhi konnte sich hier eine mutigere Politik erlauben als seine Nachfolger, die stets dem Verdacht ausgeliefert sind, nationale Interessen aufs Spiel zu setzen. Es kommt nicht von ungefähr, dass die Organisation für südasiatische Zusammenarbeit (SAARC) unter Rajiv Gandhi florierte, während sie nach seinem Rücktritt wieder in der Versenkung verschwand.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Verschwinden Rajiv Gandhis von der politischen Bühne ein tragisches Ereignis ist, dass es aber am inneren Aufbau der Politik und des Rechtsstaates in Indien nichts ändern wird.

Wenige Regionen sind durch natürliche Begrenzungen so kompakt ausgegliedert wie der indische Subkontinent. Im Norden bildet das Himalaja-Massiv einen natürlichen Schutzwall, der bis zum indisch-chinesischen Grenzkrieg von 1962 als unüberwindlich galt und, falls sich Nehru nicht von den Freundschaftsschälmeien aus Peking (Hindi-Chini Bhai-Bhai; Inder und Chinesen sind Brüder) hätte zu einer sträflichen Vernachlässigung minimaler Sicherheitsvorkehrungen verleiten lassen, auch weiterhin als unüberwindlich hätte gelten können. Im Osten und Westen bestehen für Indien - in den Grenzen des ehemaligen britischen Imperiums - keine ernsthaften Bedrohungen. Weder der Iran noch Burma können

es weder von der Grösse ihrer Bevölkerungen noch ihrer Territorien und ihrer Volkswirtschaften mit einem geeinten Indien aufnehmen.

In diese bukolische Verteidigungslandschaft bricht 1947 mit der Teilung des Subkontinents nach dem Abzug der Briten eine der konfliktträchtigsten Rivalitäten des 20. Jahrhunderts, jene zwischen Indien und Pakistan, ein. Dass es sich bei diesem Aufbrechen der subkontinentalen Einheit nicht um etwas Naturgegebenes, sondern um ein geopolitisches Artefakt handelt, kann jeder bestätigen, der auf dem Landweg von Westen nach Indien gereist ist. Wenn man die Grenze der nordwestlichen Grenzprovinz Pakistan überquert oder die Provinz Belutschistan durchreist hat, kann kein Zweifel mehr bestehen, dass man sich in Indien befindet, ethnisch - kulturell - zivilisatorisch, ein Eindruck, der erst wieder verblasst, wenn man die östlichsten Grenzgebiete Indiens und Bangladeschs bereist.

Die historischen Hintergründe der Teilung des Subkontinents sind bekannt und ausführlich und - vor allem von britischen Geschichtswissenschaftlern - kompetent analysiert worden. Auch gibt es insbesondere in Indien eine Unzahl von Untersuchungen darüber, ob die Teilung politisch nicht zu vermeiden gewesen wäre. Hier interessieren uns die Folgen dieser Teilung für das sicherheitspolitische Klima auf dem indischen Subkontinent. Von den zahlreichen Faktoren der aus der Teilung des Subkontinents erwachsenden Instabilität und Spannung sind zwei von besonderer, in mancher Hinsicht konflikt- und kriegsfördernder Bedeutung:

- 1) Die fundamentalen Unterschiede, die zwischen dem indischen und dem pakistanischen Staatsverständnis bestehen.
- 2) Die Rivalität auswärtiger Mächte - in der Zeit des Kalten Krieges der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten - um Einfluss auf dem Subkontinent und im Indischen Ozean.

Zu den Differenzen zwischen dem indischen und dem pakistanischen Staatsverständnis: Auch wenn Pakistans Staatsgründer, Mohammad Ali Jinnah, als westlich geprägter Liberaler jedem religiösen Fundamentalismus abgeneigt war und in seinem säkularistischen Verständnis Indiens erstem Premierminister, Jawaharlal Nehru, sehr nahe stand, so liess sich der grundlegend religiöse Charakter des pakistanischen Staates nicht vermeiden. Die einzige Basis, auf der

sich im 20. Jahrhundert die nationalstaatliche Identität eines Landes gründen liess, dessen Bevölkerung in zwei luftlinienmässig durch mehrere tausend Kilometer getrennten Gebieten lebte, war die Religion. Nichts, weder Sprache noch Abstammung, weder Geschichte noch Sozialstruktur, verbindet die Bangalen mit den Pandschabis oder den Pathanen und Sindhis - einzig die Religion. Doch, und dies ist die nationale Tragödie Pakistans, diese erwies sich im entscheidenden Moment als nicht tragfähig genug, um die nationale Einheit zu wahren. Die Sezession Ost-Pakistans, die Schaffung von Bangladesch, hatte nichts mit Religion, sehr viel indessen mit politischer und ökonomischer Benachteiligung zu tun. Auf der einen Seite war der Versuch, das durch Indien in zwei einander geographisch und kulturell fernstehende Territorien zerteilte Pakistan zusammenzuhalten, ebenso zum Scheitern verurteilt wie beispielsweise die Idee, Europa allein auf der Grundlage seiner christlichen Identität in einen zentralistischen Nationalstaat zu verwandeln. Im Vergleich zur Sprache, zur Literatur, zur Ausformung eines gesellschaftlichen Konsenses und zur gemeinsamen Geschichte ist Religion eben unweigerlich das schwächste Element.

Zum andern bedeutet das Fiasko des gründerstaatlichen Pakistan, dass letztlich jene, die eine nationale Identität auf religiöser Basis zu errichten suchten - wie zuletzt Präsident Mohammad Zia ul-Haq mit seiner islamischen Demokratie - ein ehrlicheres Verständnis dessen hatten, was Pakistan sein will und sein kann. Allerdings ist auch dieser Versuch des Aufbaus eines Nationalstaats selbst innerhalb der stark reduzierten Ausdehnung des heutigen Pakistan mit gravierenden Handicaps behaftet. Die Polarisierung zwischen sunnitischen und schiitischen Muslimen in Pakistan legt dafür Zeugnis ab. Auch der Generalpräsident Zia ul-Haq hat mit all seinen Vollmachten die Bevölkerung Pakistans nicht zu einen vermocht. In Wahrheit gibt es heute in Pakistan ähnliche Zerwürfnisse und ähnliches Misstrauen zwischen den einzelnen Provinzen, wie dies in Indien der Fall ist.

Über Pakistan hinaus hat indessen die Berufung einer nationalstaatlichen Identität auf die Religion auf dem Subkontinent eine destabilisierende Wirkung gehabt. Zahlenmässig ist Indien heute eine der grössten Muslimnationen der Welt. Gemäss offizieller Statistik sind rund 12 Prozent der 850 Millionen Inder Muslime, das heisst, dass die muslimische Bevölkerung Indiens in etwa der Gesamtbevölkerung Pakistans entspricht. Die Indische Union hat sich, obschon

die Hindus rund 80 Prozent ihrer Bevölkerung ausmachen, bisher stets als weltlichen Staat verstanden. Zwar haben politische und gesellschaftliche Formationen wie die Bharatiya Janata Partei und der Hindu Vishwa Parishad stets die Forderung hochgehalten, dass sich Indien als hinduistischen Staat zu verstehen habe, dass Pakistan ein Hindustan gegenüberzustellen sei. Doch haben sie dafür nie eine Mehrheit der Wähler zu gewinnen vermocht. Offensichtlich gewinnt indessen die Attraktion eines Hindustan an Boden, je virulenter sich die Pakistaner als muslimische Puristen profilieren (das Wort "Fundamentalisten" sollte im subkontinentalen Rahmen vermieden werden, da hier der Islam seit seinen ersten Aussenposten im achten Jahrhundert sich in einer indisierten Version entwickelt hat, welche die Rigiditäten des arabischen beziehungsweise persischen Islam nicht kennt).

Ein zentraler Faktor der Verunsicherung, der die Beziehungen zwischen einem sich als weltlich, im religiösen Sinne pluralistisch verstehenden Land und einem in einer bestimmten Religion, dem Islam, seine Identität findenden Staat belasten muss, ist die Frage der nationalen Loyalität. Die heiligen Stätten und - soweit es diese überhaupt gibt - die religiösen Autoritäten des Hinduismus befinden sich in Indien, extraterritoriale Verpflichtungen gibt es deshalb nicht. Dies ist bei katholischen Christen (Papst, Rom) und bei Muslimen (Mekka) anders. Im Falle Indiens kommt bei den Muslimen noch die Attraktion Pakistans hinzu. Obschon die inzwischen endemischen ethnischen Spannungen im Sindh, insbesondere in Karachi und Haiderabad, haben deutlich werden lassen, dass es - wie im Falle Ost-Pakistans - eine Geschichte und Herkommen transzendierende religiöse, das heisst islamische Solidarität nicht gibt, sehen viele muslimische Inder in Pakistan das verheissene Land, um aus ihrer politisch und sozial marginalisierten Stellung in Indien herauszukommen. Pragmatisch dürfte sich indessen, bald ein halbes Jahrhundert nach der Teilung des Subkontinents, die grosse Mehrheit mit ihrem Leben in Indien abgefunden haben.

Von den Befürwortern eines Hindustans wird dies indessen nicht so gesehen. Jedes Zeichen der Unterstützung für ein pakistanisches Hockey- oder Cricketteam seitens indischer Muslime wird als Indikation dafür gewertet, dass die indischen Muslime sich Islamabad und nicht Delhi verpflichtet fühlten. Während andere religiöse Minderheiten wie die Sikhs und die Christen voll in die indischen Streitkräfte integriert und in hohen Kommandorängen gar übervertreten sind,

besteht gegenüber Muslimen eine Vertrauensbarriere, nicht zuletzt deshalb, weil die indischen Streitkräfte traditionell unter stark pandschabischem Einfluss stehen, viele hohe Offiziere entweder aus dem heute Pakistan zugehörenden Westpandschab stammen und bei der Teilung flüchten mussten oder aus religiös stark durchmischten Regionen des nordwestlichen Indiens kommen und praktisch ein angeborenes Misstrauen gegenüber Muslimen haben.

Gesteigert werden die indisch-pakistanischen Spannungen durch die sowohl von der Regierung als auch unter der allgemeinen Bevölkerung genährte Furcht, dass es sich bei den in Indien verbliebenen Muslimen im Grunde genommen um eine fünfte Kolonne Pakistans handle. Es kann kein Zweifel bestehen, dass insbesondere von Indira Gandhi die Karte der "foreign hand", der pakistanischen Subversion, allzu häufig ausgespielt wurde, um von hausgemachten politischen und sozialen Problemen abzulenken. Tatsache ist jedoch, dass Islamabad sowohl im Falle Kaschmirs als auch des Pandschab den Aufständischen und Terroristen kräftige logistische Hilfe hat zukommen lassen. Auf der andern Seite wirft Islamabad Delhi vor, Unrast in der südlichen Provinz Sindh zu schüren. Es liegt nahe, dass bei der indisch-pakistanischen Erbfeindschaft, wie sie bisher vor allem im innenpolitischen Machtgerangel in beiden Staaten zur Mobilisierung von Unterstützung eingesetzt wurde, beide Regierungen jede sich bietende Möglichkeit, die andere Seite durch die Schürung interner Probleme zu schwächen, nützen müssen. Mehrere Initiativen, das bilaterale Verhältnis zu entspannen, sind in der Vergangenheit daran gescheitert, dass die Falken im eigenen Lager der Regierung Weichheit gegenüber der andern Seite vorwarfen. Die von Benazir Bhutto und Rejiv Gandhi lancierten zaghaften Entspannungsversuche sind daran gescheitert, und unter den Argumenten, die von Benazir Bhuttos militärischen und politischen Gegnern zur Rechtfertigung ihrer Absetzung ins Feld geführt wurden, nahm der Vorwurf, sich Indien gegenüber nicht stark genug verhalten zu haben, einen hohen Stellenwert ein. Ähnliche Argumente waren und sind aber auch in Indien immer an der Tagesordnung, sobald eine Regierung als schwach eingestuft wird, wie dies zuletzt bei der Minderheitsregierung von Premierminister V.P.Singh der Fall war. Die Beschuldigung, nationale Interessen in fahrlässiger Weise aufs Spiel zu setzen, ist dabei rasch zur Hand.

Zusätzliche Nahrung für das inhärente Misstrauen gegenüber Indiens Muslimen verschaffte der seit der iranischen Revolution sich ausbreitende

Fundamentalismus. Auch hier war der Argwohn der Behörden und der politischen Verantwortungsträger bis zu einem gewissen Grade gerechtfertigt. Islamische Stiftungen aus den Golfstaaten und dem Mittleren Osten hatten in den 70er Jahren begonnen, erhebliche Mittel zur Förderung des Islams einzusetzen. Sie machten sich dabei die Achillesferse des Hinduismus, das Kastenwesen, zunutze. Als in Südindien ganze Dörfer zum Islam konvertierten, läuteten bei Delhis politischem Establishment die Alarmglocken. Auf eine sachliche Analyse der Beweggründe der Konvertiten liessen sich nur wenige ein, für die meisten war es selbstverständlich, dass es sich allein um eine Verschwörung der internationalen muslimischen Gemeinschaft, das Zusammenleben der verschiedenen religiösen Gemeinschaften in Indien zu stören und damit die Sache des sich unter der Führung des Generalpräsidenten Mohammad Zia ul-Haq als islamische Republik konstituierenden Pakistan zu betreiben, handeln konnte.

Für ein westeuropäisches Publikum fernab des Geschehens auf dem Subkontinent mag diese Insistenz auf den religiösen und religiös-politischen Hintergründen der indisch-pakistanischen Spannungen überrissen erscheinen. Tatsache ist indessen, dass Politik auf dem Subkontinent innerhalb völlig anderer Parameter betrieben wird als in Europa, nicht zuletzt deshalb, weil hier Religionen mit unterschiedlichem Zeithorizont und in völlig verschiedenen Entwicklungsstadien koexistieren müssen. Im Hinblick darauf, dass in Pakistan die unter Zia ul-Haq bewusst geförderte Hinwendung zu einem puristischen islamischen Staatsverständnis noch nicht überwunden ist und dass in Indien unter der hinduistischen Mehrheit intransigente Kräfte stark an Boden gewonnen haben, ist jedoch dieser interpretatorische Aufwand gerechtfertigt. Die Prognose ist angebracht, dass künftige indo-pakistanische Konflikte stärker als bisher aus der Verhärtung religiöser Fronten genährt werden dürften. Sowohl in Islamabad als auch in Delhi rufen immer mehr Politiker zum religiösen Offenbarungseid der Sharia auf, im Falle einer der einflussreichsten indischen Parteien, der Bharatiya Janata Partei, durch die Forderung nach einem Eid auf nationale Loyalität, der einer mehr oder weniger direkten Abstempelung der religiösen Minderheiten, insbesondere der Muslime in Indien, zu "vaterlandslosen Gesellen" entspricht. Selbstverständlich steht dieses neugefundene religiöse Eiferertum nicht isoliert im Raum. Dahinter verbergen sich soziale, ökonomische und ökologische Veränderungen von Ausmassen, die mehr und mehr die traditionellen Führungskapazitäten der subkontinentalen Eliten überschreiten.

Unverkennbar ist, dass spätestens seit den späten 50er Jahren die intensivierete Rivalität der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion um Einfluss in Südasien die Konfliktgefahr und vor allem das militärische Potential auf dem Subkontinent beträchtlich erhöht hat. Die These, dass der Kalte Krieg zwischen den beiden Supermächten in Südasien zu Heissen Kriegen geführt hat, ist kaum zu bestreiten, obschon es nicht angebracht ist, Indien und Pakistan im selben Ausmass als Klientenstaaten der UdSSR beziehungsweise der USA zu sehen, wie dies beispielsweise in Südostasien und Indochina der Fall war.

Die Frage, wer wen in die Arme einer Supermacht getrieben hat, ist müssig. Das gleiche gilt für Spekulationen über den Beitrag, den kulturell-zivilisatorische Missverständnisse zwischen Indien und den Vereinigten Staaten für die sowjetische Expansion in Südasien leisteten. Tatsache ist, dass für Indien innenpolitische und - bis vor kurzem - aussenwirtschaftliche Gründe für die Freundschaft mit der Sowjetunion massgeblich waren, während auch zu Zeiten des besten Einvernehmens zwischen Moskau und Delhi von kulturellen oder gar systempolitischen Affinitäten zwischen den beiden Ländern nicht die Rede sein konnte. Mit der Orientierung nach Moskau hatte Nehru in der Epoche des von Moskau betriebenen internationalen Klassenkampfes die Neutralisierung des Kommunismus in Indien erreicht, obschon von den sozialen und ökonomischen Voraussetzungen her Indien ein für kommunistische Subversion fruchtbares Territorium hätte abgeben müssen. Hinzu kam, dass in der Aufbauphase der Schwerindustrie und Infrastruktur in Indien die Sowjetunion mit ihrem auf der Basis weicher Währungen abgewickelten Tauschhandel ein überaus wertvoller Wirtschaftspartner war. Auch konnte Delhi in Moskau mit Rupien modernste Rüstungsgüter kaufen.

Der Kalte Krieg, insbesondere die aussenpolitisch expansionistische Breschnew-Ära, war aber auch für Pakistan von grossem Wert. Die Vereinigten Staaten, durch den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan und ein Anfang der 80er Jahre durchaus als möglich erachtetes Vorstossen der UdSSR Richtung pakistanische Warmwasserhäfen am Arabischen Meer alarmiert, zeigten sich willig, ihre grosszügige Waffen- und Wirtschaftshilfe an Pakistan trotz gravierender Menschen- und Bürgerrechtsverletzungen des Militärregimes von General Zia ul-Haq fortzusetzen. Dabei musste Washington klar sein, dass ein Grossteil der Waffenlieferungen nicht primär der Verteidigung von Pakistans Nordwestgrenze

diente, sondern den Rüstungswettlauf zwischen Indien und Pakistan weiter eskalieren liess. Auch in der Zeit der schärfsten Supermachtrivalität wurde in mehreren gravierenden Konfliktsituationen klar, dass Indien in der Sowjetunion den verlässlicheren Partner hatte als Pakistan in den USA. Während die Vereinigten Staaten bei der Sezession Ost-Pakistans, der massive paramilitärische Eingriffe Indiens in Bengalen vorangegegangen waren, Pakistan weitgehend auf sich allein gestellt liessen, hatte Delhi bei diesem für die künftige Gestaltung der Machtverhältnisse auf dem Subkontinent entscheidenden Aufbrechen der pakistanischen Umklammerung die bedingungslose Unterstützung Moskaus.

Nicht zu verkennen ist, dass die USA Pakistan im wesentlichen um dritter Ziele willen unterstützten, beispielsweise um des Zugangs zu Peking oder um der Beseitigung der sowjetischen Besatzung Afghanistans willen, während es der Sowjetunion bei der Unterstützung Delhis um Indien selbst ging. Die Inder haben diese Hilfe durch eine zuweilen höchst einseitige Politik der "Blockfreiheit" vergolten. Dabei war unverkennbar, dass die UdSSR den von Washington chronisch unterschätzten und verletzten Nationalstolz der Inder geschickt den eigenen geostrategischen Absichten dienstbar zu machen verstand.

Stimuliert durch den Erfolg regionaler Kooperation in Europa und Südostasien, begannen Anfang der 80er Jahre Ideen über die Schaffung einer südasiatischen Regionalorganisation auf dem Subkontinent Gestalt anzunehmen. 1985 kam es in Dacca zur Gründung der South Asian Association for Regional Cooperation (SAARC), in der sich Bangladesch, Bhutan, die Malediven, Nepal, Indien, Pakistan und Sri Lanka zusammenfanden. Heute lassen sich einige positive Auswirkungen dieser Regionalkooperation ausmachen, die inzwischen mit einem in Kathmandu stationierten Sekretariat ausgestattet worden ist. Andererseits sind auch überspitzte Erwartungen gründlich gedämpft worden. Anders als der Europäischen Gemeinschaft und der südostasiatischen Asean fehlt SAARC ein Ausgleich der Kräfte unter den Mitgliedern. Indien ist von der Bevölkerungsgrösse, von seinem militärischen und wirtschaftlichen Gewicht, aber auch von seiner kulturellen Stärke her die unbestreibare Vormacht der Region. Hinzu kommt, dass Delhi mit allen übrigen sechs Mitgliedern von SAARC Grenzen zu Land oder zur See und demzufolge potentielle Friktionen hat, während die restlichen SAARC-Mitglieder untereinander keine gemeinsamen Grenzen haben. Es war dies auch ein entscheidendes Motiv für Indira Gandhi, der

Idee einer Regionalorganisation Zeit ihres Lebens ablehnend und kritisch gegenüberzustehen, sah sie doch in solch einem Forum nur eine gemeinsame Fronde unzufriedener Nachbarn gegen Indien. Wie sehr die regionale Kooperation noch in den Kinderschuhen steckt, lässt sich symbolisch daran erkennen, dass zwischen den meisten Kapitalen Südasiens keine direkten Flugverbindungen bestehen.

Die seit Mitte der achtziger Jahre sich vollziehende tiefgreifende Wandlung der sowjetischen Aussenpolitik und die qualitative Veränderung der Beziehungen zwischen den beiden Supermächten hat für den Subkontinent gleich in mehrfacher Hinsicht weitreichende Konsequenzen. Die Präferenzen in Richtung Moskau beziehungsweise Washington können sich sowohl bei den Indern als auch bei den Pakistanern nicht mehr so eindeutig präsentieren. Der Abzug des Gros der Sowjettruppen aus Afghanistan hat für die Amerikaner die Bedrohungslage in Südasien verändert und den geostrategischen Stellenwert Pakistans zumindest in mittelfristiger Perspektive kräftig vermindert. Dass dieses Umdenken bereits seine aussen- und sicherheitspolitischen Auswirkungen hat, zeigt sich beispielsweise in der aggressiveren Haltung Washingtons bei der Kritik von Menschenrechtsverletzungen in Pakistan wie auch von Islamabad's Nuklearpolitik.

Auf der anderen Seite sind auch die Inder gezwungen, einige liebgewordene Konstanten ihrer Aussen- und Sicherheitspolitik einer gründlichen Überprüfung zu unterziehen. Die politische Unbeständigkeit und das wirtschaftliche Chaos in der Sowjetunion haben den als lange Zeit im Vergleich zu Washington als viel beständiger gepriesenen Partner als höchst verletzlich erkennen lassen. Hinzu kommt, dass, was bereits unter der Regierungsführung von Rajiv Gandhi ansatzweise der Fall war, Indien sein Verhältnis zu den USA verbessern muss. Dies ist vor allem im Interesse des Zugangs zu Hochtechnologie erforderlich, welche die Sowjetunion aufgrund eines Entwicklungsstandes, der heute in vielen Industriebereichen weniger fortgeschritten ist als der indische, zu liefern nicht imstande ist. Ein wesentliches Argument für eine drastische Klimaverbesserung zwischen Indien und den USA ist aber auch Indiens Aussenverschuldung. Das Land bedarf dringend bilateraler und multilateraler Finanzspritzen, um seinen Schuldendienst bewältigen zu können, und bei multilateralen Institutionen wie dem IMF, der Weltbank und der Asiatischen Entwicklungsbank ist Indien auf den Goodwill der Amerikaner angewiesen.

Aus pakistanischer Sicht wiederum muss eine indisch-amerikanische Annäherung besorgniserregend sein, dies obschon in den letzten Jahren der latente Antiamerikanismus der Pakistaner wiederholt offen zum Ausbruch gekommen ist, unter anderem im letzten Wahlkampf, als zu den wesentlichen Attacken gegen Benazir Bhutto deren angebliche proamerikanische Haltung gehörte. Im Nachgang zum Golfkrieg, bei dem Pakistan, das in der Vergangenheit in hohem Masse von Söldnerdiensten in Saudiarabien sowie der Entsendung von Gastarbeitern in alle Golfstaaten profitiert hatte, mit einer symbolischen Präsenz im siegreichen Lager der Alliierten vertreten war, während Indien - in diesem Jahr Mitglied des UN-Sicherheitsrats - eine deutlich amerika-kritische Haltung einnahm, könnte Islamabad für Washington als islamisches Land mit mässigendem Einfluss auf den Mittleren Osten neue Bedeutung gewinnen. Der geringe Stellenwert, den der Subkontinent in der arabischen Welt hat, lässt solch eine Entwicklung indessen als recht unwahrscheinlich erscheinen.

Die "Neue Weltordnung", die inner- oder ausserhalb von Präsident Bushs globalpolitischen Strategien unweigerlich im Entstehen ist, hat für Indiens Aussen- und Sicherheitspolitik noch eine spezifische Konsequenz - die Marginalisierung der Blockfreien-Bewegung. Obschon mit der Sowjetunion durch einen Freundschaftspakt verbunden, hatte Indien für sich stets eine Führungsrolle in der Blockfreien-Bewegung reklamiert. Viele auswärtige Beobachter sahen in dieser Doppelorientierung der indischen Aussenpolitik einen Widerspruch, fast im gleichen Ausmasse wie bei der kubanischen Mitgliedschaft in der Blockfreien-Bewegung.

Aus indischer Sicht war indessen Blockfreiheit nie gleichbedeutend mit Äquidistanz zu den beiden Supermächten, konnte eine Absicherung bei einer der Supermächte durchaus mit einer Führungsrolle in dieser Bewegung einhergehen. Nehru pflegte die Blockfreien-Bewegung als "das Instrument armer Länder für internationale, globale Politik" zu beschreiben. Indiens aussenpolitisches Establishment hat seither strikt an dieser Auslegung der Blockfreiheit festgehalten, und es konnte deshalb aus Sicht der Administration Indira Gandhis auch nichts Falsches an der Übernahme des Vorsitzes der Blockfreien-Bewegung durch Kubas Fidel Castro sein. Diese Fixierung hatte sich auch nicht zu lockern begonnen, als in den 80er Jahren immer deutlicher wurde, dass die Blockfreien-Bewegung selbst in der von Delhi lautstark propagierten Süd-Süd-Kooperation

kaum konkrete Erfolge zu verzeichnen hatte. Es sei an das Fiasko beim Versuch, im Konflikt zwischen dem Iran und dem Irak, zwei Mitgliedern der Blockfreien-Bewegung, zu vermitteln, erinnert.

In seinem Buch "Kontinent der Circe" beschreibt der bengalische Autor Nirad Chaudhury den Effekt, den Indien seit Jahrtausenden auf alle Eroberer hat. Über kurz oder lang werden diese absorbiert, fallen sie in den Sack, den - auch in seiner geographischen Form - der Subkontinent darstellt. Ähnliches könnte über die globale Stellung Südasiens gesagt werden. In einer Welt, die von den Vereinigten Staaten, einem sich einigenden Europa und Japan ökonomisch und immer mehr auch politisch dominiert wird, fällt Südasien zwischen den globalen Schwerpunkten in die globale Bedeutungslosigkeit. Indien hat dieser Entwicklung mehrfach gegenzusteuern versucht, nicht nur weil es von seinem eigenen, insbesondere kulturellen und zivilisatorischen Stellenwert eine nicht ungerechtfertigte hohe Meinung hat, sondern auch aus Erwägungen, welche die bilateralen Kräfteverhältnisse zwischen Indien und China beziehungsweise Delhi und Islamabad betrafen.

Indische Aussenpolitiker pflegen europäischen Gesprächspartnern vorzuwerfen, dass die Welt, insbesondere Europa, Indien und China nicht mit denselben Massstäben beurteile, China gegenüber Indien in einem Ausmasse macht- und geopolitisch bevorzuge, das mit den wahren wirtschaftlichen und zivilisatorischen Aktiva der beiden Länder kaum etwas zu tun habe. Tatsache ist jedoch, dass nicht allein die atomare Bewaffnung Chinas, sondern - eine etwas ehrlichere Sichtweise - die lange gemeinsame chinesisch-sowjetische Grenze hinter dieser bevorzugten Einordnung Chinas steht. Aufgrund seiner geographischen Lage kann Indien kein potentiell Ventil für exzessiven Druck der Sowjetunion gegenüber Westeuropa sein, wie dies seit dem Schisma zwischen Moskau und Peking in den strategischen Planungszentren der Nato als Rechtfertigung für den chinesischen Sonderstatus gesehen wurde.

Im Wettbewerb mit Pakistan wiederum erfüllen die globalpolitischen Aspirationen Delhis eine taktische Funktion. Zum einen hat sich Delhi bei amerikanischen Waffenlieferungen an Pakistan stets darüber beschwert, dass Washington bei der Beurteilung der militärischen Kräfteverhältnisse auf dem indischen Subkontinent den weitgreifenden indischen Verteidigungserfordernissen nicht Rechnung trage, sondern die beiden Länder als gleichge-

wichtig einstuft. Zum andern weist Indien bei Vorwürfen der Unverhältnismässigkeit der Waffenbeschaffung stets darauf hin, dass es eine Vielzahl von Bedrohungsszenarien zu berücksichtigen habe, dass demzufolge nicht das militärische Gleichgewicht mit Pakistan ein Ziel sein könne.

Doch gibt es realistische Ansätze, die es erlauben, mittelfristig von einer globalen Rolle Indiens auszugehen? Im Rahmen innovativen geopolitischen Denkens ist diese Frage in bejahendem Sinne zu beantworten, wobei die Anhaltspunkte dafür selbstverständlich nicht auf dem Festland, sondern auf hoher See zu suchen sind. In den späten 70er Jahren und in den 80er Jahren hat Indien den Ausbau seiner Marine drastisch beschleunigt. Auch derzeit sind verschiedene Neubeschaffungsprogramme im Bereich von Fregatten, Unterseebooten und seegängigen Raketensystemen im Gange. Indien besitzt - von den Flotten der beiden Supermächte abgesehen - bereits heute im Indischen Ozean die stärkste Hochwasser-Navy. Es ist im Besitz von zwei Flugzeugträgern und strebt für den Anfang des nächsten Jahrhunderts den Erwerb einer dritten Einheit an. Während von indischen Verteidigungsexperten der Ausbau der Marine mit gesteigerten Sicherheitsbedürfnissen an Indiens langer Küste erklärt wird, kann nicht übersehen werden, dass das Beschaffungsprogramm schwergewichtig auf die Hochseeflotte ausgerichtet ist. Mit Flugzeugträgern und Unterseebooten werden gemeinhin nicht küstennahe Ölbohr-Inseln geschützt.

Indien gehört zu den hartnäckigen Gegnern des amerikanischen Flottenstützpunkts auf Diego Garcia. Es reagierte auch sehr dezidiert, als Anfang der 80er Jahre der Verdacht sich zu erhärten begann, die srilankische Regierung könnte den während des Zweiten Weltkriegs als Basis benutzten, seither jedoch weitgehend stillgelegten Tiefseehafen Trincomalee den Amerikaern für logistische Zwecke zur Verfügung stellen. Offene Kritik an der sowjetischen Marinepräsenz fehlt, doch kann kein Zweifel daran bestehen, dass Delhi gerne den Indischen Ozean in ein "Mare nostrum" verwandeln möchte. In der Tat gibt es, von den Supermächten abgesehen, keinen Staat unter den Anrainern, vom Suezkanal und dem Kap der Guten Hoffnung bis zur südchinesischen See, der mit dem raschen Flottenausbau der Inder Schritt halten könnte. Wenn man die Bedeutung des Indischen Ozeans für die Handelsströme zwischen Europa und Südostasien sowie Europa und Nordostasien berücksichtigt, so fällt es nicht schwer, die geopolitischen Motive hinter dieser indischen Aufrüstung zur See zu erkennen.

Zu den Achillesfersen der ökonomischen und sozialen Entwicklung auf dem Subkontinent gehört das Bevölkerungswachstum. In Pakistan liegt die Wachstumsrate um die drei Prozent, in Indien schwankt sie um die zwei Prozent. Beides ist viel zu hoch, insbesondere wenn man berücksichtigt, auf welcher numerischen Basis dieses Wachstum sich vollzieht. Zwei Prozent bedeuten im Falle Indiens eine Bevölkerungszunahme um jährlich 17 Millionen, drei Prozent im Falle Pakistans machen auch rund drei Millionen Zuwachs aus. Eine radikale Trendwende ist auf absehbare Zeit nicht erkennbar, wobei Delhi - im Gegensatz zu Islamabad - immerhin einige wenn auch ungenügende Massnahmen zur Dämpfung des Bevölkerungswachstums ergriffen hat. Ein Weiterführen der derzeitigen Bevölkerungsvermehrung muss jedoch unvermeidlich zur Katastrophe führen. Wann der Bruchpunkt erreicht ist und welche Formen und Ausmasse diese Katastrophen annehmen werden, gehört derzeit noch ins Reich der Spekulationen, doch sollte dies kein Grund sein, sich nicht mit möglichen Katastrophenszenarien zu befassen. Die jüngsten Verwüstungen in Bangladesch sind ein Indiz dafür, was in der Zukunft regelmässig und mit eskalierenden Opferzahlen zu erwarten ist.

Ich erwähne die Bevölkerungsentwicklung hier, weil sie mit den geopolitischen Absichten Indiens vor allem im Raume des Indischen Ozeans im Zusammenhang steht. Während Bangladesch durch Überbevölkerung verursachte beziehungsweise verschärfte Katastrophen weitgehend hilflos hinnehmen muss, sehen die Verhältnisse im Falle Indiens anders aus. Der rapide wachsende Bevölkerungsdruck braucht hier nicht zur Implosion zu führen, sondern kann in der Massenbewegung von Menschen in andere, weniger dicht bevölkerte Länder enden. Es ist zu bedenken, dass Burma, einzelne Inseln Indonesiens, weite Landstriche Afrikas, aber auch Australien unterbevölkert, ja im Vergleich zu den gangetischen Ebenen menschenleer sind. Massenmigration zur Linderung von Problemen der Überbevölkerung ist selbst in der jüngsten Geschichte nichts Seltenes. Europa hat sich im 19. Jahrhundert seines Bevölkerungsüberschusses durch Auswanderung nach Nord- und Südamerika, nach Australien und Neuseeland sowie in die Weiten des russischen Imperiums entledigt. Ähnliches könnte sich im Falle des Subkontinents wiederholen, weshalb es so unklug nicht ist, über eine starke Hochseeflotte zu verfügen, die im gegebenen Falle der Massenverschiebung von Bevölkerungen auch den nötigen militärischen Rückhalt verleihen, das heisst Drittländer zur Aufnahme der Menschen veranlassen kann.

Entsprechende Befürchtungen werden - im vertraulichen Rahmen - bereits heute von indonesischen Politikern geäussert.

Bevölkerungsexplosion schafft nicht nur Raum- und Beschäftigungsprobleme, sie verschärft auch den Wettbewerb um knappe Ressourcen und beschleunigt die Umweltzerstörung. Die letzteren beiden Auswirkungen beinhalten ein rasch wachsendes Potential an zwischenstaatlichen Konflikten. Zwar sind im Vergleich zu Europa die Energie- und Rohstoffansprüche eines Durchschnittslanders beziehungsweise Durchschnittspakistanis minimal, doch wirkt sich auch hier die Grösse der numerischen Basis verheerend aus. Im Vordergrund des Konfliktpotentials stehen in der absehbaren Zukunft die Zerstörung von Wäldern und Weideland sowie die Nutzung von Gewässern.

Ungeachtet aller Regierungsprogramme schreitet auf dem ganzen Subkontinent die Entwaldung rapide voran. Der Tag, da sich Indien und Pakistan aller grösseren Waldflächen beraubt haben werden, ist nicht sehr fern. Der Grund für diese Entwicklung liegt nicht nur im Bevölkerungswachstum, sondern auch in der extremen Armut, in der grosse Bevölkerungsteile, in beiden Ländern fast die Hälfte der Gesamtbevölkerung, leben müssen. Nicht nur Reichtum, auch extreme Armut führt zu Umweltzerstörung. Mit der Entwaldung gehen Erosion und die Zerstörung von landwirtschaftlich nutzbarem Boden einher, beides Folgen mit zuweilen grenzüberschreitenden Auswirkungen. Die "Inseln" im Golf von Bengalen, auf denen beim jüngsten Orkan in Bangladesch Zehntausende von Menschen umkamen, waren blosse Aufschüttungen, die durch Geschiebe, das vor allem aus den entwaldeten Bergtälern Nepals in die gangetischen Ebenen und in die Flussdeltten geschwemmt wurde, gebildet worden waren. Landflucht und Verarmung, die durch die Zerstörung und Übernutzung von Ackerboden ausgelöst wird, wiederum führt, wie im indischen Pandschab erkennbar, zur Bildung eines Nährbodens für Terrorismus, der wiederum sein Potential an Friktionen und Grenzkonflikten hat.

In zweifacher Weise gehören die grossen Flusssysteme des Subkontinents zu den Lebenslinien aller Anlieger. Zum einen werden sie als Quelle für Trinkwasser und die künstliche Bewässerung von Ackerböden genutzt, zum andern werden sie als Energiequelle ausgebeutet. Sowohl zwischen Indien und Bangladesch als auch zwischen Indien und Pakistan bestehen Streitigkeiten um die Nutzung von Grenzflüssen. Im letztern Falle ist es vor kurzem gelungen, zu einer Übereinkunft

zu kommen, doch ist fraglich, wie lange der Frieden angesichts des unablässig wachsenden Wasserbedarfs halten wird. Die Verknappung von Ressourcen ist meines Erachtens der wichtigste Konfliktgrund der kommenden Dekaden, wobei er bei der Begründung von Konflikten nicht immer so deutlich zutage treten mag.

Weder Indien noch Pakistan haben das nukleare Nonproliferationsabkommen ratifiziert. Spekulationen und wechselseitige Beschuldigungen um den Stand der nuklearen Rüstung werden mit grosser Regelmässigkeit angestellt. Tatsache ist, dass beide Länder innert kürzester Zeit zu Nuklearmächten werden können, wobei Pakistan diesem Ziel etwas näher steht als Indien, ja möglicherweise bereits im Besitz der Bombe ist, jedoch noch nicht über die notwendigen Transportkapazitäten für ihren Einsatz verfügt. Demgegenüber hat Indien in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte in der Entwicklung von Raketen mit verschiedensten Reichweiten gemacht. Die Frage ist, zu welchem Zweck das atomare Potential eingesetzt werden kann. Im wesentlichen kann es beim auf absehbare Zukunft hinaus zu erreichenden Stand der nuklearen Bewaffnung der beiden Länder allein um Instrumente der nuklearen Erpressung, das heisst um die Drohung, grössere Bevölkerungs- oder Industriezentren zu zerstören, gehen. Und hier wiederum kann der aus Umweltzerstörung sich ergebende Bevölkerungsdruck als massgeblicher Auslöser von offenen Konflikten wirken.

Es kann hier nicht darum gehen, die Wahrscheinlichkeit zu berechnen, mit der es in den nächsten beiden Dekaden zu einem erneuten Kriegsgang zwischen Indien und Pakistan kommen kann. Einige Indikatoren sprechen indessen dafür, dass es auf dem Subkontinent ein anhaltend hohes Niveau an Konfliktpotential und Konfliktbereitschaft geben wird. Obschon die beiden Staaten innert vier Jahrzehnten in drei offene Kriege verwickelt waren, hat sich nicht dieselbe Kriegsmüdigkeit oder Kriegsfurcht herausgebildet, wie sie beispielsweise Europa nach dem Zweiten Weltkrieg befallen hat. Der moderne Krieg war auf dem Subkontinent - zumindest bisher - nicht mit apokalyptischen Ausmassen der Zerstörung und des Leidens verbunden. Die indisch-pakistanischen Kriege waren klassische Konflikte auf einem eng begrenzten Schlachtfeld, ohne grössere Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung. Auch handelt es sich bei beiden Armeen um Berufsstreitkräfte, so dass auch Verluste, wie zuletzt im Fall der erfolglosen Indien-Expedition nach Sri Lanka ersichtlich, in der Öffentlichkeit keine politischen Sekundärwirkungen zeitigen.

Zwei gutgerüstete Streitmächte stehen sich im westlichen Raum des Subkontinents gegenüber. Kleinere Friktionen in Kaschmir und Schusswechsel in einem jahrealten Stellungskrieg im Raume des Siachen-Gletschers sind an der Tagesordnung. Gleichzeitig verlaufen, fast in regelmässigen Rhythmen der Aktivitätssteigerung und der Passivität, Gespräche auf unterschiedlichen Ebenen. Derzeit ist die Reihe an den Generalsekretären der beiden Aussenministerien. Bevor eine höhere Ebene erneut betreten werden kann, bedarf es in Delhi erst einer funktionsfähigen Regierung. Schliesslich dürfte es, sofern die bevorstehenden indischen Parlamentswahlen zu einer regierungsfähigen Mehrheit führen werden, zu einem erneuten indisch-pakistanischen Gipfel kommen. Neue Beschwörungen jeder Seite, dass es am guten Willen zur Beseitigung der Spannungen nicht fehle, und - kurze Zeit später - die gegenseitige Verdächtigung beziehungsweise Beschuldigung, es mit der Entspannungspolitik nicht ernst zu meinen, werden folgen. Fraglich ist diesmal jedoch, ob der deutliche Rückzug der beiden Supermächte aus Südasien und die Tatsache, dass ein Kriegsgang auf dem Subkontinent weder in Moskaus noch in Washingtons Interesse liegt, der Sicherung eines traditionell labilen Friedens dienlicher sein wird als die Rivalitäten der Vergangenheit.

Prof. Dr. Jörg Fisch

Konflikte in und um Südafrika

Rassengesellschaft und Klassengesellschaft

Südafrika ist der einzige Staat der Welt mit umfassender gesetzlicher Rassendiskriminierung. Das legt die Annahme nahe, dass seine inneren Konflikte wesentlich Auseinandersetzungen zwischen den Rassen, Rassenkampf, sind. Die Vermutung scheint bestätigt zu werden durch die Kämpfe der siebziger und achtziger Jahre zwischen Schwarzen und Weissen. Nicht in dieses Bild passen hingegen die Auseinandersetzungen unter den Schwarzen, die sich seit der Mitte der achtziger Jahre den Rassenkämpfen überlagert haben. Sie dominieren die Szene mittlerweile fast vollständig und haben bereits mehr Opfer gefordert als alle Konflikte zwischen den Rassen im 20. Jahrhundert zusammengenommen. Findet damit die besonders von weissen Südafrikanern häufig vertretene Ansicht ihre Bestätigung, wonach ethnische Konflikte das Grundproblem Südafrikas seien und dass die Anwesenheit der Weissen zur Verhinderung schwarzer Selbstzerfleischung nötig sei? Diese Auffassung ist kaum haltbar. Es geht nicht nur und noch nicht einmal in erster Linie um ethnische Fragen, ganz abgesehen davon, dass die Weissen ihre Aufgabe längst nicht mehr erfüllen können oder wollen. Ebensowenig überzeugt die Behauptung, die derzeitigen Auseinandersetzungen seien wesentlich das Ergebnis weisser Anstiftung. Dass die Weissen nicht immer nur unglücklich sind darüber, dass die Schwarzen sich gegenseitig in Schach halten, mag durchaus zutreffen. Wer aber annimmt, dass der Konflikt mehr oder weniger nach ihrer Regie abläuft, überschätzt ihren Einfluss. Wäre es so einfach, dann wären wohl auch schon die Architekten der Apartheid auf dieses Mittel gekommen.

Südafrika ist zweifellos eine Rassengesellschaft. Aber es ist mehr als eine Rassengesellschaft. Auch seine Konflikte sind deshalb mehr als nur Rassenkonflikte. Wer sie auf eine einzige Ursache zurückführt, vermag das Besondere der südafrikanischen Situation gerade nicht zu erfassen. Deren Einmaligkeit liegt darin, dass eine Reihe höchst unterschiedlicher und zum Teil widersprüchlicher Faktoren zusammengewirkt hat und noch zusammenwirkt, Faktoren rassistischer, ethnischer, sozialer, wirtschaftlicher und politischer Natur. Ich möchte versuchen, diesen Prozess in der südafrikanischen Geschichte des 20.

Jahrhunderts aufzuzeigen und dadurch auch die aktuelle Situation zwar nicht als notwendiges, aber doch als plausibles Ergebnis daraus verständlicher zu machen. Meine Hauptthese ist dabei, dass in Südafrika derzeit keine radikale Umkehrung der Machtverhältnisse ansteht. Vielmehr wird eine rechtlich definierte, institutionalisierte Rassengesellschaft in eine formal rechtsgleiche Klassengesellschaft umgewandelt, in der die Klassengrenzen zwar nicht vollständig, aber weitgehend mit den Rassengrenzen zusammenfallen.

Plakativ gesprochen: In einer solchen Gesellschaft sind nicht Schwarze arm und Weisse wohlhabend oder reich, sondern Arme sind in der Regel schwarz und Reiche in der Regel weiss, mit gebührenden Ausnahmen als Beweis für die grundsätzliche bürgerliche und politische Rechtsgleichheit.

Die Auseinandersetzungen zwischen den Weissen

Als Ausgangspunkt wähle ich den Burenkrieg von 1899 bis 1902. Das mag unzeitgemäss erscheinen, war der Burenkrieg doch gerade die grosse Auseinandersetzung der Weissen untereinander über die Herrschaft in Südafrika, unter Ausklammerung der Nichtweissen. Und man weiss inzwischen, dass die Weissen, wenn es um die Auseinandersetzung mit den Schwarzen geht, ihre eigenen Konflikte allemal zurückstellen. Trotzdem sollte man die Konflikte der Weissen untereinander nicht unterschätzen. Ohne sie bleiben viele südafrikanische Besonderheiten unverständlich. Ihre Ernsthaftigkeit wird gerade durch den Burenkrieg unter Beweis gestellt, war es doch der mit Abstand härteste und verlustreichste Krieg, der bisher in Südafrika geführt wurde. Die Auseinandersetzungen zwischen Schwarzen und Weissen haben nie ein vergleichbares Ausmass erreicht.

Am Ausgang des Burenkrieges war von Anfang an kaum zu zweifeln. Auf der einen Seite stand eine kleine Zahl von Buren im Landesinnern. Sie kontrollierten die erst kürzlich entdeckten riesigen Goldlager am Witwatersrand, in der Gegend des heutigen Johannesburg, die den wirtschaftlichen Schlüssel zu Südafrika bildeten. Gegen sie stand das britische Weltreich mit seinen gewaltigen Ressourcen. Es kontrollierte sämtliche Küstengebiete. Doch der britische Sieg musste mit grossem Aufwand und hohen Verlusten erkämpft werden.

Der Burenkrieg führte zur Verschärfung eines Gegensatzes, der sich seit der britischen Eroberung der Kapkolonie von den Holländern im Jahre 1795 herausgebildet hatte. Die Buren setzten in Zukunft alles daran, die Schmach von 1902 wettzumachen, doch noch die Führungsrolle an sich zu reißen. Militärisch hatten sie keine Chance. Ein gescheiterter, dilettantischer Aufstandsversuch zu Beginn des Ersten Weltkrieges führte das auch den wenigen Uneinsichtigen vor Augen. Wirtschaftlich hatten sie noch weniger Chancen. Die Wirtschaft wurde von Briten, genauer: von englischsprachigen Siedlern und ausländischen Gesellschaften kontrolliert. Die Buren bildeten die weisse Unterschicht. Sie lebten zu grossen Teilen auf dem Lande, nicht in den aufstrebenden Städten. Damit blieb ihnen nur der politische Weg, der Weg über die Ergreifung und Kontrolle der Staatsmacht. Sie stellten zwar die weisse Unterschicht. Aber sie stellten die deutliche Mehrheit der Weissen. Innerhalb eines fast völlig auf die Weissen beschränkten parlamentarisch-demokratischen Systems musste es ihnen möglich sein, an die Macht zu gelangen. Schon vor 1948 waren burische Parteien zwar immer wieder in der Regierung, aber sie mussten die Macht mit den Briten teilen. Erst 1948 zeitigten jahrzehntelange Mobilisierungsanstrengungen der burischen Mittelschicht Erfolg in Form eines Wahlsieges der noch heute regierenden Nationalen Partei. Diese setzte nun die politische Macht, den Staatsapparat und die Gesetzgebung ein, um die wirtschaftliche Stellung der Buren zu verbessern. Das geschah durch den Aufbau eines grossen staatlichen und halbstaatlichen Wirtschaftssektors, durch eine Personal- beziehungsweise Beschäftigungspolitik, die auf allen Ebenen deutlich die eigenen Leute bevorzugte, und durch die Förderung privater burischer Unternehmen. Obwohl die Buren sämtliche Schalthebel der politischen Macht in ihrer Hand hatten, gelang es ihnen nicht, die Briten aus ihrer wirtschaftlichen Stellung zu verdrängen. Das ist wichtig für die Einschätzung der Brandbreite möglichen friedlichen Wandels auch heute. Während bestimmender Einfluss der Schwarzen in der Politik mittlerweile durchaus im Bereich des Möglichen liegt, ist eine umfassende schwarze Machtübernahme in der Wirtschaft ohne revolutionäre Mittel, insbesondere Enteignungen, mittelfristig kaum denkbar. Den Buren gelang es hingegen, sich neben die Briten zu stellen, in grosser Zahl in die Mittel- und Oberschicht aufzusteigen, einen bedeutenden Teil der Wirtschaft in ihre Hand zu bekommen. Ihr Durchschnittseinkommen kam zwar nach wie vor nicht an das der Briten heran, aber die Differenz wurde entschieden verringert.

Damit war die weisse Gesellschaft seit etwa den siebziger Jahren aus einer primär ethnisch bestimmten zu einer Klassengesellschaft geworden. Man war nicht mehr in erster Linie Bure oder Brite, sondern Angehöriger einer bestimmten Schicht. Der ethnische Gegensatz war durch die klassenmässige Durchmischung entschärft worden. Das galt allerdings am wenigsten für die weisse Unterschicht. Sie war nach wie vor ganz überwiegend burisch, so dass für sie der ethnische Gegensatz seine Bedeutung behielt. Für Buren aus der Mittel- und Oberschicht hingegen lag jetzt, infolge ähnlicher materieller Lage, ein politisches Bündnis mit Briten aus gleichen Schichten näher als mit der burischen Unterschicht.

Die Apartheid

Der Gegensatz der Weissen untereinander prägte nun zu guten Teilen auch das Verhältnis zwischen den Rassen. Dabei bildet ebenfalls der Burenkrieg den geeigneten Ausgangspunkt. In ihm kämpften zwar, wie man heute weiss, auf beiden Seiten schwarze Hilfstruppen. Trotzdem war er, politisch gesehen, ein "Krieg des weissen Mannes". Die Weissen machten untereinander aus, wer Südafrika beherrschen würde. Den Nichtweissen kamen dabei nur Hilfsfunktionen zu. Die Voraussetzung dafür war die vollständige Zerschlagung jeglicher eigenständigen schwarzen Position im Verlauf des 19. Jahrhunderts gewesen. Insbesondere die Briten, als die militärisch stärkere weisse Partei, hatten in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts noch die letzten und stärksten schwarzen Staatswesen unterworfen. Die Schwarzen hatten keine Basis mehr, von der aus sie halbwegs effizienten Widerstand hätten leisten können.

Nur unter dieser Voraussetzung konnten es sich die Weissen leisten, einander im Burenkrieg mehr als zweieinhalb Jahre lang bis aufs Messer zu bekämpfen. Die aktuelle Machtlosigkeit der Schwarzen stand ausser Frage. Dennoch mussten sie, angesichts ihrer mehr als dreimal grösseren Zahl und angesichts ihrer umfassenden Diskriminierung, den Weissen als die potentielle Gefahr schlechthin erscheinen. Man musste darauf achten, dass die potentielle nicht zu einer aktuellen Gefahr wurde. Die Furcht war so ausgeprägt, dass den Schwarzen der Konflikt zwischen den Weissen statt zum Vorteil, wie es zu erwarten gewesen wäre, zum Nachteil gereichte. Es war für beide weissen Parteien zwar verlockend, aber zu gefährlich, sich mit den Schwarzen gegen die weissen Rivalen zu verbünden. Da die Weissen untereinander zerstritten waren, mussten sie sogar

ganz besonders darauf achten, dass die Schwarzen machtlos gehalten wurden. Man konnte ihnen noch weniger Zugeständnisse machen, als wenn man einig gewesen wäre. Ausserdem bestanden zusätzliche Interessenidentitäten: Buren und Briten war zum Beispiel gleicherweise, wenn auch in unterschiedlichen Zusammenhängen, an den Schwarzen als billigen Arbeitskräften gelegen.

Für die Buren hatte sich der Weg über die politische Macht, über den Einsatz der Gesetzgebung und des Staatsapparates, als einzige oder jedenfalls beste Möglichkeit zur Verbesserung ihrer Situation erwiesen. Es musste naheliegen, dieses Mittel auch gegenüber den Nichtweissen zu verwenden. Darin, und nicht in einem von Natur aus besonders ausgeprägten Rassismus, dürfte die Hauptursache dafür liegen, dass in Südafrika die rechtliche Rassendiskriminierung im Gegensatz zu der ja in vielen andern Ländern ebenfalls anzutreffenden faktischen oder sozialen Rassendiskriminierung eine solche Rolle spielt.

Die rechtliche Absicherung der Weissen begann noch im Friedensschluss von 1902, als die Buren für ihre Gebiete den Ausschluss der Nichtweissen vom Wahlrecht auch in einem künftigen vereinten Südafrika durchsetzten. Der nächste wichtige Schritt war die Festschreibung des Landbesitzes nach Rassen durch das Landgesetz von 1913. Andere Gesetze folgten. Die burische Alleinherrschaft seit 1948 zeichnete sich auch hier durch den zielstrebigsten Einsatz von Gesetzgebung und Staatsapparat aus. Es kam, unter dem Namen der Apartheid, zu einer Gesetzeslawine. Hier ging es nicht, wie gegenüber den Briten, um die Gewinnung der Macht von einem zunächst überlegenen Konkurrenten, sondern um die Absicherung der Macht nach unten. Dabei ergaben sich Probleme und Widersprüche.

Die Politik der Apartheid verfolgte zwei Hauptziele. Zur Sicherung der Macht wollte man eine umfassende, auch räumliche Trennung der Rassen durchführen. Zur Sicherung der wirtschaftlichen Prosperität sollten die Schwarzen als billige Arbeitskräfte mobilisiert werden. Das erste Ziel verlangte räumlichen Abstand, das zweite Nähe. Man versuchte, die sich gegenseitig ausschliessenden Ziele durch die Forcierung der Wanderarbeit, die eine feste Niederlassung in den Gebieten der Weissen verhindern sollte, miteinander zu vermitteln. Doch das erwies sich auf die Dauer als unmöglich. Jedes System der Wanderarbeit tendiert zur allmählichen Sesshaftigkeit der Arbeiter. Das liess sich auch in Südafrika trotz gewaltigem Kontrollapparat nicht verhindern. Mit der Zeit trug ausserdem

die Wirtschaftsentwicklung selbst immer mehr dazu bei. Der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften nahm zu. Diese liessen sich immer weniger unter den Weissen rekrutieren. Man musste auf Nichtweisse zurückgreifen. Für qualifizierte Arbeitskräfte mit teurer und langer Ausbildung aber ist Wanderarbeit mit ihrer häufigen Auswechslung aus wirtschaftlicher Sicht unsinnig und aufwendig.

Eine wichtige Funktion des Apartheidsystems hatte zunächst darin bestanden, durch schlechte Lebensverhältnisse in den ländlichen Gebieten möglichst viele Schwarze zur Aufnahme von Wanderarbeit zu veranlassen. Seit den sechziger Jahren beschleunigte sich das Bevölkerungswachstum. Die Schwarzen drängten in immer grösserer Zahl in die Städte. Marktgesetze erfüllten nun mit geringerem Aufwand und grösserem Erfolg als das Apartheidsystem den gleichen Zweck: Das Überangebot an Arbeitskräften hielt die Löhne niedrig. Jetzt erhielt das Apartheidsystem mehr und mehr die Aufgabe, die Schwarzen möglichst von den Städten fernzuhalten durch Zuzugskontrollen, Bekämpfung illegaler Slums und ähnliches. Doch der Staatsapparat war dem je länger je weniger gewachsen. Dazu kam, dass bei vollem Erfolg dieser Massnahmen die Arbeitskräfte wegen Verknappung teurer geworden wären, dass also zumindest die Unternehmer gar kein Interesse daran hatten. Seit Mitte der achtziger Jahre wurden deshalb die Zuzugskontrollen abgeschafft.

Schwarzer Widerstand

Das Apartheidssystem war somit spätestens in den achtziger Jahren aufgrund der Widersprüchlichkeit seiner eigenen Ziele sowie aufgrund der wirtschaftlichen und der demographischen Entwicklung in eine Sackgasse geraten. Es vermochte seine Aufgabe auch in den Augen derer, die es begünstigen sollte, je länger je weniger zu erfüllen. Seine Kosten stiegen ins Unermessliche. Zum Scheitern trug nun aber auch bei, dass die Objekte der Politik, die Nichtweissen, und in erster Linie die Schwarzen, sich ihr zunehmend entzogen und widersetzten. Dafür war eine lange Anlaufzeit erforderlich.

Um 1900 war der Widerstand praktisch bedeutungslos. Die traditionellen schwarzen politischen Einheiten in den ländlichen Gebieten existierten nicht mehr, und es bestand auch keine Chance zu ihrem Wiederaufbau. Für eine eigenständige Politik musste zuerst eine neue Machtgrundlage aufgebaut werden. Dafür kamen nur die Städte in Frage. Neue Formen der Organisation und der

Führung waren zu entwickeln. Zwar zogen rasch und in grosser Zahl auch Schwarze in die Städte. Aber sie bildeten dort eine ausgesprochene Unterschicht, die mehr oder weniger führungslos war. Nur sehr langsam entstand eine schmale Mittelschicht von westlich Gebildeten. Die Distanz, die sie von der Unterschicht trennte, war gross. Organisations- und noch mehr politische Erfolge liessen auf sich warten. In der Zwischenkriegszeit entstanden eigentliche Massenbewegungen nur sporadisch, am ehesten in gewerkschaftlichem Rahmen. Vereinzelt erzielten sie beträchtliche Erfolge, etwa in Streiks. Sonst war die Opposition mehr mittelständisch-gemässigt, ohne wirkliche Massenbasis. Erst der Aufbau der Apartheid führte zu einem raschen Anwachsen des Widerstandes, zu einer engeren und dauerhafteren Verbindung zwischen schwarzer Mittel- und Unterschicht. Die Aktivitäten mehrten sich, ebenso nahm die staatliche Repression zu. Besonders intensiv waren die Auseinandersetzungen in den frühen sechziger Jahren, 1976 und seit 1984.

Krise und Ende der Apartheid

Für die Weissen, und insbesondere für die weisse Führungsschicht, ergaben sich daraus zunehmend Probleme. Die Apartheid als System rechtlicher Diskriminierung hatte in die Sackgasse geführt, und sie wurde angesichts des zunehmenden Widerstands auch immer aufwendiger. Zuweilen wird behauptet, die Apartheid sei in erster Linie aus wirtschaftlichen Gründen aufgebaut worden, zur Sicherung der Versorgung mit billigen Arbeitskräften. Dieser Aspekt dürfte sicher eine wichtige Rolle gespielt haben. Im Mittelpunkt aber stand stets das politische Ziel der Herrschaftssicherung. Ein Mittel zur Herrschaftssicherung, das nebenbei auch noch rentiert, ist aber natürlich auf die Dauer viel eher akzeptabel als ein System, das die Herrschaft nur um den Preis immer grösserer materieller Opfer aufrechtzuerhalten vermag. Man überlegt sich dann eher, ob man nicht das ganze System durch ein anderes ersetzen will. Das war in Südafrika seit spätestens 1976 in zunehmendem Masse der Fall, zunächst sehr langsam und vorsichtig, ja zögerlich, unter Botha, danach unter De Klerk mit grosser Entschiedenheit.

Die erste Phase dieses Prozesses wurde durch den Versuch bestimmt, eine Art Bündnis mit den beiden kleineren Rassengruppen der Mischlinge und der Inder zu schliessen, um so Konzessionen an die Schwarzen vermeiden zu können. Diese

Politik führte zur Verfassung von 1984. Doch sie provozierte heftige Unruhen und scheiterte. Unter De Klerk setzte die zweite, derzeit noch völlig offene Phase ein, in der nun auch die Schwarzen in den Umbauprozess einbezogen wurden. Dadurch verloren die Mischlinge und die Inder ihre relativ hervorgehobene politische Stellung wieder.

Wenn man die Apartheid als ein System rechtlicher Rassendiskriminierung versteht, dann ist sie schon zu guten Teilen entweder zusammengebrochen oder beseitigt und wird in Kürze bald verschwunden sein, und diese Entwicklung dürfte unumkehrbar sein. Die Wiedereinführung von Rassengesetzen würde Südafrika vollends isolieren. Diskriminierungen erfolgen heute weltweit nicht mehr über Gesetze, sondern mittels anderer Mechanismen. Wenn man hingegen unter Apartheid alles das versteht, was aus Südafrika eine ausgesprochen ungleiche Rassengesellschaft macht, dann ist sie noch lange nicht verschwunden. Allerdings muss man dann, konsequenterweise, in bezug auf eine ganze Reihe weiterer Staaten ebenfalls von 'Apartheid' sprechen, denn Südafrika ist nicht die einzige Rassengesellschaft auf dieser Welt, sondern nur die einzige mit umfassender rechtlicher Diskriminierung. Ein solches weites und unbestimmtes Verständnis des Begriffs stiftet nur Verwirrung und verhindert notwendige Differenzierungen. Nach normaler, hier übernommener Auffassung jedenfalls ist Apartheid gerade das, was das Besondere und Einmalige an Südafrika ausmacht beziehungsweise ausmachte.

Für ihre Urheber und Vollstrecker war die Apartheid stets Mittel zum Zweck, nicht Selbstzweck. Zweck war die Sicherung der weissen Vorherrschaft. Das Mittel hat versagt; es ist viel zu aufwendig geworden. Man ist dabei, es aufzugeben. Das bedeutet aber nicht, dass damit auch der Zweck aufgegeben ist. Es wäre einigermaßen naiv, anzunehmen, die Weissen in Südafrika würden nach dem Verzicht auf die Apartheid nur darauf warten, dass sie alle Macht an die Schwarzen als deren rechtmässige Besitzer übertragen könnten, um dann still auf die Anordnungen der neuen Herren zu warten. Hinter solchen Vorstellungen steht ein Modell, das das Verständnis der südafrikanischen Verhältnisse erschwert statt erleichtert. Es ist das Modell der Entkolonisierung, als dessen letzter Anwendungsfall Südafrika gerne betrachtet wird. In den nach 1945 unabhängig gewordenen Staaten Afrikas und Asiens ist regelmässig eine schmale europäische Herrschaftselite durch eine einheimische ersetzt worden, friedlich oder gewaltsam.

In Südafrika hingegen lebt nicht nur eine weisse Herrschaftselite, sondern eine grosse weisse Minderheit, die praktisch alle hohen und mittleren Positionen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft besetzt hält. Ihr Machtpotential ist enorm. Auch wenn der schwarze Widerstand sicherlich die Kosten der Apartheid in die Höhe getrieben und zu deren Abschaffung beigetragen hat, so hat er doch die Grundlagen der weissen Stellung nicht zu erschüttern vermocht. Im Verlauf von drei Jahrzehnten ist es zum Beispiel nicht gelungen, auch nur Ansätze zu einem Guerillakrieg aufzubauen.

Der Übergang zur Klassengesellschaft

Was bedeutet nun der Verzicht auf das Mittel der Apartheid bei gleichzeitigem Festhalten am Ziel der weissen Vormachtstellung? Die Buren haben es in ihrer Auseinandersetzung mit den Briten erprobt: die Aufhebung oder wenigstens Abschwächung des ethnischen Gegensatzes im Rahmen einer Gesellschaft, die primär Klassengesellschaft ist. Die Buren sind nicht mehr die wirtschaftlich schwache Gruppe, die sich nur auf den Staat stützen kann. Das ermöglicht die Abschaffung der gesetzlichen Rassendiskriminierung unter Beibehaltung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Machtverteilung. Diese sichert den Weissen durchschnittlich sehr viel bessere Ausgangsbedingungen als den Schwarzen. Individueller Aufstieg von Schwarzen allerdings wird dabei vorkommen, und er muss auch geradezu vorkommen, soll nicht der Eindruck einer reinen Rassengesellschaft entstehen. Mittel- und Oberschicht wären in einer solchen Ordnung nicht mehr ausschliesslich, wohl aber überwiegend weiss; die Unterschicht wäre ganz überwiegend schwarz. Aber kein Weisser wäre vollständig dagegen gefeit, in sie absteigen zu müssen. Deswegen findet sich auf weisser Seite der meiste Widerstand gegen De Klerks Politik denn auch, verständlicherweise, in den Unterschichten.

Grundsätzlich würde durch einen solchen Prozess die Rassengesellschaft in eine Klassengesellschaft umgewandelt; aber die Klassenlinien würden überwiegend mit den Rassengrenzen zusammenfallen. Doch sie wären nicht mehr identisch damit und würden rassenübergreifende Bündnisse erlauben, insbesondere auf der Ebene der Mittel- und Oberschicht. Damit würde sich die südafrikanische Gesellschaft, als rechtlich nicht diskriminierend, aber durch ausgeprägte faktische Ungleichheit gekennzeichnet, mit einer Vielzahl anderer Gesellschaften,

insbesondere in Amerika, in eine Reihe stellen. Man kann das Prinzip, das auch für die meisten anderen Eroberer-Einwanderergesellschaften gilt, in ein Schlagwort fassen: individuelle Umverteilung, individueller Aufstieg ja, kollektive Umverteilung in grösserem Umfang nein. Die politische Ordnung lässt grossen Spielraum; die wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung steht zumindest in ihren Grundzügen nicht zur Disposition. Ein Beispiel macht das deutlicher. In den USA werden Schwarze zu Generalstabchefs, in Lateinamerika wird immer wieder einmal ein Indianer Staatspräsident, ohne dass sich deswegen die grundlegenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse ändern würden. Das schliesst natürlich Sozialprogramme und Ausgleichsmassnahmen aller Art nicht aus. Vielmehr dürfte sich dergleichen für einen Übergang zur Klassengesellschaft in Südafrika als zentral erweisen, zur Ausgleichung oder zumindest Abschwächung der extremen Gegensätze. Nur darf man dies nicht mit einem umfassenden Wandel der gesellschaftlichen Machtverhältnisse verwechseln.

Konflikte unter den Schwarzen

Das scheint mir die Veränderungsperspektive, die unter den gegebenen Umständen im Rahmen friedlichen Wandels realistisch ist. Ob sie erfreulich ist, ist eine andere Frage. Sicher würde die internationale Verurteilung angesichts einer Vielzahl ähnlich aufgebauter Gesellschaften erschwert. Ein radikaler Wandel würde einen radikalen Umsturz, eine umfassende Revolution erfordern, und eine solche dürfte angesichts der Machtverhältnisse, zumindest ohne direkte äussere Intervention, auf absehbare Zeit ausgeschlossen sein. Dass die wichtigsten Organisationen der Schwarzen sich grundsätzlich auf den Weg des friedlichen, und dadurch begrenzten, Wandels eingelassen haben, deutet darauf hin, dass sie diese Einschätzung teilen. Ein viel schlagenderer Beleg dafür aber sind die aktuellen Auseinandersetzungen unter den Schwarzen. In der Entkolonisierung haben vielerorts rivalisierende Bewegungen bestanden. Doch sie haben ihre Konflikte in aller Regel auf die Zeit nach der Befreiung vertagt. Das war einleuchtend, musste man doch zuerst einmal den gemeinsamen Feind besiegen. Die Bürgerkriege folgten später. Das klassische Beispiel ist Angola.

Ginge es in Südafrika nur noch darum, in einer letzten kurzen Anstrengung die Weissen zu besiegen, dann wären die internen Auseinandersetzungen zwischen den Schwarzen politisch gesehen pervers und selbstmörderisch. Geht man

hingegen davon aus, dass die Weissen, wenngleich zähneknirschend, auch für die Zeit nach der Apartheid als zentraler Faktor akzeptiert werden, dann entbehrt der Konflikt nicht der Rationalität. Die Gestaltung der künftigen Ordnung erfolgt nicht gegen die Weissen oder gar ohne sie, sondern mit ihnen an zentraler Stelle. Die Nichtweissen, und noch nicht einmal die Schwarzen, haben keineswegs in jeder Hinsicht einheitliche Interessen. Also kommt es darauf an, sich vor den Verhandlungen, vor der Aushandlung der neuen Ordnung in eine starke Position zu bringen. Man kann die Auseinandersetzungen nicht auf die Zeit nach der Befreiung von den Weissen verschieben, da eine solche Zeit vorderhand nicht absehbar ist.

Auch im Konflikt zwischen den Schwarzen wirken verschiedene Faktoren zusammen. Die ethnische Komponente, insbesondere der Kampf zwischen Xhosa und Zulu, ist im Verhältnis von ANC und Inkatha sicher nicht zu unterschätzen. Sie dürfte jedoch nicht die einzige Ursache sein. Rein persönliche Machtkämpfe kommen hinzu, ausserdem politische Richtungsunterschiede. Der wichtigste, vielleicht der entscheidende Gegensatz aber scheint mir ein anderer: der zwischen Stadt und Land. Es ist ein in den meisten afrikanischen Staaten zentraler Gegensatz, der in Südafrika zuerst durch die Apartheid und danach durch deren Ende noch verschärft wurde. Die Apartheid führte zu einer Bevölkerungskonzentration in relativ kleinen ländlichen Gebieten, den Homelands, die dieser Bevölkerung kein wirkliches Auskommen zu sichern vermochten. Ein gewisser Ausgleich erfolgte durch die vom System auch bezweckte Wanderarbeit, die es durch eine Art Rotation den meisten Familien ermöglichte, an Einkommen aus der städtischen Wirtschaft heranzukommen. Das Ende der Wanderarbeit und der Zuzugskontrollen führte zu einer rascheren Stadtwanderung. Es hatte aber auch zur Folge, dass die zurückbleibende Landbevölkerung mangels Einkommen aus dem städtischen Sektor noch weiter verarmte. Die Interessen der städtischen Arbeitsplatzbesitzer und die der ländlichen Massen sind nicht identisch.

Der ANC ist von seiner ganzen Geschichte her primär eine städtische Organisation wie die meisten anderen schwarzen Organisationen auch. Die Inkatha hingegen hat ursprünglich eine regionale, ländliche Basis. Sie greift stärker als andere Organisationen auf traditionelle Elemente der schwarzen Staatswesen des 19. Jahrhunderts zurück. Da die politischen Entscheidungen in diesem Jahrhundert stets von den Städten ausgegangen sind, ist für die Inkatha

eine zusätzliche städtische Basis unerlässlich - und darum bemüht sie sich denn zurzeit auch verzweifelt.

Man kann davon ausgehen, dass die Kämpfe zumindest einem Teil der weissen Herrschaftselite nicht ungelegen kommen. Einiges spricht dafür, dass sie punktuell angeheizt werden. Aber es ist unwahrscheinlich, dass sie umfassend geschürt werden, weil die Folgen eines Bürgerkrieges auch für die Stellung der Weissen kaum kalkulierbar sind. Jedenfalls lassen sich die Konflikte nicht einfach auf weisse Anstiftung zurückführen. Nicht nur für die Weissen, sondern auch für die Schwarzen gilt, dass Südafrika bereits heute mindestens so sehr eine Klassen- wie eine Rassengesellschaft ist. Und die heftigen Kämpfe unter den Schwarzen sind ein Zeichen dafür, dass die Apartheid im engen Sinne am Verschwinden ist. Die rechtliche Diskriminierung war bislang das, was alle Schwarzen, teilweise sogar alle Nichtweissen, gleichermassen traf und dadurch einheitsstiftend wirkte, während unterhalb dieser Ebene die Interessen weit auseinandergingen und noch gehen. Konflikte, die durch den gemeinsamen Kampf gegen die Apartheid verdeckt wurden, kommen nun zum Ausbruch. Sie sind durchaus real. Es geht um die Verteilung von Macht und Ressourcen unter den Schwarzen.

Nun bieten allerdings gerade die Buren ein Modell der Mobilisierung einer ganzen ethnisch definierten Volksgruppe weitgehend durch die sozialen Gruppierungen hindurch. Dank ihrer nationalistischen Bewegung vermochten sie den Briten die politische Macht zu entreissen und sie den Nichtweissen vorzuenthalten. Angesichts ihrer zahlenmässig sehr viel grösseren Überlegenheit scheint ein Vorgehen nach dem gleichen Muster für die Schwarzen noch erfolgversprechender. Doch die Bedingungen sind nicht dieselben wie für die Buren vor und nach dem Zweiten Weltkrieg. Gerade die sehr viel grössere Zahl der Schwarzen schliesst einen raschen wirtschaftlichen Aufstieg der gesamten Gruppe aus. Parolen, die auf eine gleichnässige Verteilung des Besitzes zielen, verlieren im Lichte der Praxis und auch der Vorgänge in andern afrikanischen Staaten ihre Wirkung rasch, und die realen Interessengegensätze machen sich um so stärker bemerkbar. Das Geheimnis des Erfolges der Buren lag nicht zuletzt in ihrer vergleichsweise geringen Zahl, dazu in ihrer Stellung zwischen Briten und Schwarzen beziehungsweise Nichtweissen allgemein, die zu besonderen Anstrengungen und zu besonderer Einheit anstachelte. Doch selbst diese Einheit war nie perfekt und verfiel seit den siebziger Jahren zusehends.

Die Rolle der Aussenwelt

Ich habe bisher bewusst nur Konflikte in Südafrika behandelt, nicht solche um Südafrika oder gar um Südafrika herum. Letztere spielten für die Geschichte Südafrikas nie eine entscheidende Rolle. Konflikte in Südafrika waren zumindest in diesem Jahrhundert von grösserer Bedeutung als Konflikte um Südafrika. Nur sehr selten ist Südafrikas Schicksal wirklich von aussen entschieden worden. Das gilt in erster Linie von der britischen Eroberung des Kaps von den Holländern 1795 und endgültig 1806. Im Burenkrieg war zwar das britische Weltreich beteiligt, aber es hatte eine starke Basis in Südafrika. Die eigentlichen Grossmachtkonflikte spielten sich stets weit entfernt von Südafrika ab. Wer die hervorragende strategische Bedeutung des Kaps erwähnt, vergisst in der Regel, dass Südafrika weltpolitisch im Abseits liegt und dass das Kap keine Meerenge ist. Man kann es weiträumig umfahren. Die Portugiesen taten das bereits im 16. Jahrhundert. Der Kampf um den Besitz der Bodenschätze ist im Burenkrieg schon einmal geführt worden. Er zeigt, dass dafür ein gewaltiger Aufwand erforderlich ist, und es ist nicht anzunehmen, dass unter normalen Bedingungen demnächst eine Macht die damit verbundenen Kosten und Risiken auf sich zu nehmen bereit ist.

Die Rolle des Auslandes hat nach 1945 eine andere, in mancher Hinsicht einmalige Gestalt angenommen. Sie äusserte sich in moralischer Verurteilung und in Massnahmen, die der Schwächung der Wirtschaft und damit des Staates dienen sollten. Das Problem war, dass man die Zusatzannahme machen musste, dass dadurch die Herrschenden stärker geschwächt würden als die Unterdrückten, die man ja eigentlich unterstützen wollte, die aber zunächst einmal ebenfalls von den Auswirkungen von Boykotten und Sanktionen getroffen wurden. Ob im Ergebnis die relative politische Stärkung der Schwarzen stärker ins Gewicht gefallen ist als ihre absolute Schwächung im Rahmen ihrer Zugehörigkeit zu Südafrika, ist schwer zu entscheiden. Insgesamt aber dürften die internen Kräfte und Faktoren wichtiger gewesen sein. Gerade die Wirtschaftsentwicklung, die durch Boykotte und Sanktionen aufgehalten werden sollte und es zum Teil auch wurde, führte die Apartheid in zunehmende Widersprüche und immer höhere Kosten. Jedenfalls kann man die Vorgänge und Veränderungen der letzten Jahrzehnte aus dem Wirken interner Faktoren heraus einigermaßen plausibel erklären; nur anhand

der aussenpolitischen Vorgänge beziehungsweise des Wirkens des Auslandes wäre das nie möglich.

Ein Blick in die Zukunft

Wenn sich die Machtverhältnisse nicht grundlegend ändern - und das wäre nur bei einer auswärtigen Intervention der Fall, die derzeit wohl eher unwahrscheinlich ist -, dann besteht auf absehbare Zeit die einzige Chance zu einem Wandel in Südafrika im Umbau der Rassengesellschaft in eine Klassengesellschaft, unter Beibehaltung der grundlegenden wirtschaftlichen und sozialen Machtpositionen. Zur Debatte steht dabei nicht die Übergabe der Macht, sondern der Verzicht auf die rechtliche Diskriminierung. Dieser Umbau ist bereits in vollem Gange. Die relativ klaren Machtverhältnisse zwischen Schwarz und Weiss dürften einen halbwegs geordneten Uebergang erleichtern. Die diffuseren Interessen und die unklaren Machtverhältnisse unter den Schwarzen enthalten demgegenüber ein viel grösseres Konfliktpotential, für Konflikte, die vor der umfassenden Regelung zwischen Schwarzen und-Weissen beigelegt werden müssen. Da sie aber letztlich der zentralen Regelung zwischen den Rassen untergeordnet sind, dürften sie diese kaum auf Dauer zu verhindern imstande sein. Südafrika ist aller Wahrscheinlichkeit nach nicht auf dem Wege zur Entkolonisierung, sondern auf dem Wege zu einer normalen Eroberer-Einwanderergesellschaft.

Dr. Christoph Mühlemann

Narko-Terrorismus in den Anden

Es herrscht Krieg in den Anden Kolumbiens, Perus, Boliviens, auch die angrenzenden Gebiete Brasiliens sind bereits darin verwickelt, und kürzlich hat der argentinische Generalstaatsanwalt in eindringlichen Worten vor einem Übergreifen der Drogenmafia auf sein Land gewarnt. Einer seiner kolumbianischen Amtskollegen, Carlos Mauro Hoyos, der seinen Versuch, den Drogenkartellen Einhalt zu gebieten, 1988 mit dem Leben bezahlte, beschrieb den Gegner in diesem Krieg so: "Wir kämpfen gegen einen Superstaat, dessen Einfluss von Kolumbien aus nach dem übrigen Lateinamerika, in den karibischen Raum, in die Vereinigten Staaten und nach Europa ausstrahlt. Wie jeder andere Staat verfügt auch dieser Superstaat über eine Aussenpolitik, die wie bei anderen Staaten Mittel der Wirtschaft, der Gewalt, der Propaganda und der Diplomatie einsetzt, um mit dieser, wie jeder andere Staat, Legitimität zu erlangen."

In Nordamerika und vor allem auch in Europa wissen wir noch herzlich wenig über die Ursprünge, die Grundlagen und die Auswirkungen dieses Krieges. Wir sehen zwar die traurigen Opfer des Kokainkonsums, wir sehen die Beschaffungskriminalität, wir sehen die nicht sehr erfolgreichen Versuche, in den USA und in Europa den Handel und den Konsum mit rechtsstaatlichen, polizeilichen und gerichtlichen Waffen zu unterbinden. Aber wir hören kaum etwas von den Kriegsschauplätzen in Lateinamerika, vom Elend und von der Armut der Tausenden und Abertausenden von Campesinos und Barrio-Bewohnern, die das Fussvolk der Feldherren von Cali und Medellín bilden, von der ökonomischen und ökologischen Zerstörung, die mit der Gewinnung von Kokain einhergeht, von der Aushöhlung ganzer Staats- und Gerichtssysteme, die für diesen Krieg nicht gewappnet sind.

Unternehmen wir also einen Annäherungsversuch, setzen wir uns, so gut es in der Kürze möglich ist, über die lateinamerikanischen Schlachtfelder ins Bild, und beginnen wir dort, wo alles begonnen hat: an den östlichen Abhängen der peruanischen Anden, in der Selva ceja, dem hügeligen Urwaldland, das allmählich ins amazonische Tiefland übergeht und wo seit Jahrtausenden der Coca-Strauch wächst. Um diesen harmlosen, nicht sehr auffälligen Strauch geht es im Grunde

genommen, denn ohne ihn gäbe es kein Kokain. Er wird etwa anderthalb Meter hoch, hat olivgrüne, mandelförmige Blätter, kleine weisse oder cremefarbige Blüten und kleine, rote, eiförmige Samenkapseln. In Südamerika sind an die hundert Varianten des Coca-Strauches bekannt. Im warmen, aber nicht feuchten oberen Urwald (bei Durchschnittstemperaturen von 18 bis 20 Grad Celsius) gedeiht der Strauch prächtig und rüstet sich mehrere Male im Jahr mit einem neuen Blättergewand aus. Seine Blätter enthalten über ein Dutzend verschiedene Alkaloide, unter ihnen dasjenige, das man auch Cocain nennt - und zwar etwa ein Prozent. Die Bestandteile des Blattes unterdrücken das Hungergefühl und erhöhen die Arbeitsleistung. In Peru und Bolivien werden die Blätter seit etwa viertausend Jahren gekaut; man kannte die schmerz- und hungerstillende Wirkung, und die Blätter fanden Verwendung bei religiösen Zeremonien, Begräbnisriten und in der Medizin. Noch heute wird vor dem Kauen der Blätter ein Gebet gesprochen, Gott angerufen. Das Coca-Kauen ist Bestandteil der sozialen Tradition der andinen Indio-Bevölkerung, die sich in den schwer zugänglichen Gebirgstälern und auf dem Hochland bis heute in Kleidung, Bodenbearbeitung, Nahrung und bei Festen erhalten hat. Weil der Genuss von Coca durch strenge gesellschaftliche Riten geregelt ist, gibt es kaum Missbrauch. Coca trägt zur inneren Harmonie und zur Gruppensolidarität bei, es ist ein Gastgeschenk, und kein Indio kann sich Arbeit ohne Coca-Kauen vorstellen. Es wird geschätzt, dass heute in Peru jährlich zwischen sechs und acht Millionen Tonnen Coca-Blätter legal gehandelt und konsumiert werden. Coca ist kein Rausch-, sondern ein Lebensmittel. (Als eigentliches Rauschmittel hat sich mit verheerenden Folgen im Zuge der Verwestlichung der städtischen Gebiete der Alkohol durchgesetzt.) Coca-Blätter werden übrigens offiziell von der staatlichen Coca-Behörde aufgekauft und auch zur Herstellung von Kokain zu medizinischen Zwecken exportiert.

Doch heute wird im legalen Handel noch gerade ein Zwanzigstel der gesamten Produktion umgesetzt. Was ist passiert? Zuerst muss mit aller Deutlichkeit festgehalten werden, dass Coca seit Jahrtausenden Teil der andinen Kultur ist, dass darüber hinaus seit 1860 aus dem Blatt Kokain chemisch isoliert wird, dass Sigmund Freud sich intensiv mit der euphorisierenden Wirkung des Alkaloids beschäftigte, dass Ende des letzten Jahrhunderts eine erste Welle des Kokainismus Europa und eine zweite Frankreich während des Ersten Weltkrieges überschwemmte, dass Kokain in den Goldenen Zwanziger Jahren unter deutschen

Künstlern und Intellektuellen, aber auch in der Unterwelt eine Rolle spielte, aber nichts geschah, das auch nur annähernd dem heutigen Kokainhandel, dem heutigen Kokainkonsum entsprach. (An diesem kann auch nicht Coca Cola schuld sein, denn seit 1903 enthält das Getränk kein Kokain mehr; sein Name wäre nach amerikanischem Recht deshalb eigentlich auch illegal; die möglicherweise anregende Wirkung des Coke geht, wenn schon, auf das aus Kola-Nüssen gewonnene Koffein zurück.) Nein, die Ursprünge der heutigen Kokainwelle gehen zum einen darauf zurück, dass in den siebziger Jahren Kokain in einem alternativ angehauchten Teil des amerikanischen Wohlstandsbürgertums recht eigentlich zur Modedroge wurde und dass andererseits vor allem die kolumbianischen Haschischhändler, weil die Vereinigten Staaten auf diesem Gebiet zum Selbstversorger geworden waren, sich nach einem neuen Produkt und nach einem neuen Markt umzusehen begannen. Sagen wir es salopp einmal so: Nicht den Marketingkünsten peruanischer Cocaleros, sondern den Bedürfnissen des amerikanischen Marktes verdanken wir die Entstehung des gegenwärtigen Kokainproblems. In allen politischen Diskussionen über Lösungsmöglichkeiten sollte man sich dieser Tatsache bewusst bleiben.

1970, vor der "Entdeckung" des Kokains in den USA, wurden in Peru rund 20'000 Hektaren mit Coca-Sträuchern bebaut, 1980 waren es etwa 80'000 Hektaren, und heute sind es zwischen 200'000 und 250'000 Hektaren. Besonders dramatisch verlief die Cocalización im Alto Huallaga, dem Zentrum des peruanischen Coca-Gürtels: von genau 2228 Hektaren (legalen Anbaus) im Jahre 1973 expandierte das Tal auf über 80'000 Hektaren 1988. Hier sind die klimatischen Bedingungen auf 800 bis 1000 Metern über Meer besonders günstig, pro Strauch sind bis zu fünf Blätterernten jährlich möglich. Der topographische und klimatische Vorteil fällt zusammen mit der wirtschaftlichen Rückständigkeit der Selva ceja, der Armut ihrer Bewohner; die ausgedehnte Cocalización war aber nur möglich, weil verarmte, arbeitslose Hochlandbewohner hier ein Auskommen fanden, eines zudem, das ihnen zum erstenmal auch Zugang zu den Errungenschaften der Industriegesellschaft verschaffte. Von einem volkswirtschaftlichen oder entwicklungspolitischen Nutzen des neuen Reichtums kann trotzdem keine Rede sein; das Geld wird vorzugsweise in Autos, Fernsehapparate und andere Luxusgüter investiert.

Wenn die peruanische Regierung nicht mehr in der Lage ist, den Bauern den produzierten Reis abzukaufen (wie in den letzten drei Jahren), wenn auf dem Weltmarkt die Kaffeepreise stürzen oder die Kakaopreise, dann ist es verständlich, dass die Campesinos am einzigen Produkt festhalten, das einen gesicherten Markt findet und hohen Erlös bringt. Die Zahlen fluktuieren (und sind, wie alle anderen, die ich noch nennen werde, Schätz- und Annäherungswerte), aber als Vergleichsbasis taugen sie: Pro Hektare Coca-Sträucher konnte vor zwei Jahren ein Erlös von 2000 bis 3000 Dollar erzielt werden, bei Reis waren es 600, bei Kaffee etwa gleichviel, bei Kakao 450 Dollar. Der peruanische Cocalero gewinnt pro Hektare etwa eine Tonne Blätter, aus denen nach der Trocknung und anschließenden Prozessierung mit Wasser und Chemikalien (unter anderem Kerosen und Schwefelsäure) die sogenannte pasta básica entsteht (etwa vier Kilogramm aus einer Tonne Blätter). Die pasta básica wird mit Kleinflugzeugen, die auf den Hunderten von improvisierten Urwaldpisten landen, nach Kolumbien gebracht und erst dort in Labors zu Kokain verarbeitet, wobei ein Kilo Pasta rund 50 Gramm reines Kokain ergibt. Preise: 1 Tonne Coca-Blätter 2000 - 3000 Dollar, daraus 4 Kilo Pasta, insgesamt 8000 - 10'000 Dollar. Das sind im Vergleich zu den Kokainpreisen (1990 in Miami 13'000, in New York 20'000 Dollar pro Kilo) relativ bescheidene Beträge, aber man nimmt an, dass in Peru aus der Coca- und der Pasta-Produktion jährlich immerhin an die zwei Milliarden Dollar erzielt werden. Aber, wie die Zahlen andeuten, das eigentliche Drogenproblem beginnt erst in Kolumbien, bei der Kokainproduktion.

Gewiss, auch in Peru gibt es inzwischen einige Kokainlabors, auch mafiose Erscheinungen sind bekannt, die Festnahme eines Generals mit einigen Kilo Kokain im Gepäck lässt auf Verwicklungen des Militärs schliessen, aber im Vergleich zu Kolumbien und zeitweise Bolivien handelt es sich eher um Randerscheinungen. Perus existentielle Herausforderung kommt vom sogenannten Narko-Terrorismus, von der verhängnisvollen Koalition zwischen dem Drogenhandel und dem "Leuchtenden Pfad" (Sendero Luminoso), der seit 1980 aktiven Terrororganisation.

Am 18. Mai 1980, dem Wahltag, der die Ablösung einer zunächst linksnationalistischen, dann moderaten Militärdiktatur durch den liberal-konservativen Belaúnde brachte, stürmte eine Gruppe Maskierter das Wahllokal von Chuschi im Departement Ayacucho und verbrannte Wahlurnen und Wahldokumente. Der

Gewaltakt wurde kaum zur Kenntnis genommen, bildete aber den Auftakt zu einer auch in der Geschichte Lateinamerikas ziemlich beispiellosen Terror-tätigkeit, der bis heute etwa 18'000 Menschen zum Opfer gefallen sind und die, alles in allem, dem Lande einen wirtschaftlichen Schaden in der Höhe von über 15 Milliarden Dollar zugefügt hat (was, zum Vergleich, fast der Auslandverschuldung Perus entspricht). Zwei Fünftel des Landes stehen inzwischen unter militärischem Ausnahmerecht, aber eine sichtbare Eindämmung des Terrors hat nicht stattgefunden. Man hat den Sendero Luminoso vor Jahren eine einsame Guerilla genannt; niemand in Peru, von ein paar Linksintellektuellen abgesehen, hat das Grüppchen rabiater Terroristen anfangs ernst genommen; zu erratisch, zu verrückt, zu fremd erschien und erscheint heute noch das Ideengut, das aus den primitiven Pamphleten und Flugblättern der Bewegung hervorgeht. Der Gründer des Sendero, der Philosophiedozent Abimael Guzmán aus Arequipa, ist an sich ein typisches Produkt des Selbstzerfleischungsprozesses der peruanischen Linken in den sechziger und siebziger Jahren, ein mittelmässiger kleinstädtischer Intellektueller, der aber andererseits an der Universität Huamanga in Ayacucho im indianischen Hochland von der alten Mythologie und vom andinen Messianismus ergriffen wurde, in einem Ausmass, das für einen Weissen, einen Ladino, denn doch erstaunlich ist. In Arequipa wurde er von der Universität geworfen, weil er sich im Zeichen des sowjetisch-chinesischen Schismas für den Weg Maos entschieden hatte, und ein völlig realitätsferner Maoismus prägt noch heute das, was man mit einigem guten Willen als senderistische Philosophie bezeichnen könnte.

Aber Mao und die indianischen Erlösungsmythen gingen eine hochexplosive Mischung ein, deren Quintessenz in steinzeitlicher Folgerichtigkeit lautet: Alles, was ist, muss zerstört werden, damit das, was sein soll, entstehen kann. Mit diesen Ideen zog der Sendero aus, um, wie er selbst sagte, der indianischen Hochlandbevölkerung den Weg in die Freiheit zu leuchten. Aber was sollten die armen Indios in den abgelegenen Tälern auf 4000 Metern Höhe mit Parolen anfangen, die etwa lauteten: "Vivan los cuatro de Shanghai" (Es lebe die Viererbande). In der rückständigen Region von Ayacucho wurden weder die verkündete Ideologie des Maoismus noch die Slogans gegen Kapitalismus und Imperialismus verstanden. Zunächst waren die Aktionen des Sendero Luminoso zwar noch darauf angelegt, die Sympathien der Campesinos zu gewinnen: Lebensmittel wurden Zwischenhändlern abgenommen und verteilt, unbeliebte

Vertreter der Staatsmacht und der Landoligarchie, Bürgermeister, Polizisten, Verwalter gezüchtigt und immer häufiger ermordet. Unter dem wachsenden Druck von Armee und Polizei geriet diese Taktik aber bald in Vergessenheit, Bauern wurde der Marktbesuch verboten, das Vieh gestohlen, Zwangsrekrutierung unter ihnen durchgeführt, wer aufbegehrte als Verräter oder Spitzel bestraft, gefoltert, getötet. Mitte der achtziger Jahre glaubte man für kurze Zeit, der Leuchtende Pfad sei erloschen, unter der zugegebenermassen brutalen Gegengewalt des Militärs in Finsternis beendet worden. Aber dann begann etwa um 1986/87 eine neue Phase des blindwütigen Terrors, und dieses Mal unter noch gefährlicheren Vorzeichen als 1980, als Peru über die Verrückten um Guzmán noch lachte. Das Lachen ist inzwischen jedermann in Peru gründlich vergangen, auch wenn alle gesellschaftlichen, staatlichen und politischen Kräfte des Landes geeint gegen den Sendero stehen. Aber dieser hat einen mächtigen Bundesgenossen und vor allem eine unerschöpfliche Geldquelle gefunden: die Drogenmafia.

Als ich im Dezember 1989 zusammen mit Kollegen aus anderen Ländern unter der Obhut des peruanischen Heeres das Herzland des Coca-Gürtels, das Obere Huallaga-Tal besuchte, und dort unter anderem das Städtchen Uchiza, war es gerade acht Monate her, dass ein Trupp von etwa 300 Senderistas auf mehreren Lastwagen in den Ort eingefahren war und mit Mörsern, Granaten und Maschinengewehren den Posten der Nationalpolizei überfallen und den Ort nach einem fünfständigen Gefecht eingenommen hatte. Auf dem Dorfplatz erschossen die Terroristen, nachdem sie die ganze Stadtbevölkerung zusammengetrieben hatten, die drei überlebenden Polizeioffiziere, dann plünderten sie Geschäfte und die Bank und sprengten zum Schluss die Einrichtungen des Kapitalismus in die Luft. Neu am Auftritt des Sendero in Uchiza und anderswo war die Ausrüstung, Lastwagen und moderne Waffen, neu war zwar nicht die brutale Gewalt, aber das fast konventionell anmutende militärische Vorgehen. Die Ereignisse in Uchiza lösten zwar landesweit Entrüstung und Unruhe aus, die überforderte Nationalpolizei wurde auch im Alto Huallaga durch Militär abgelöst, und die Regierung, wie auch der uns betreuende Brigadegeneral, sprach plötzlich von einer neuen Offensive gegen den Terror, von einem politischen, ja entwicklungspolitischen Ansatz zur Lösung des Problems. Neu beim Überfall auf Uchiza war allerdings auch, dass die Senderistas von Söldnern der Drogenmafia begleitet wurden, und neu war ausserdem, dass zwei Wochen vor unserem Ausflug

ins Coca-Gebiet auf der Landepiste von Uchiza ein amerikanischer Journalist von Sendero-Kämpfern erschossen wurde, nachdem diese, wie sich später herausstellte, bei einem örtlichen Drogenboss nachgefragt hatten, was sie mit ihrem Gefangenen tun sollten.

Die Konfrontation im Urwald enthält einen für Peru geradezu existenzgefährdenden Ansatz: Auf der einen Seite steht eine Allianz zwischen fanatischen Gewalttätern und finanzstarken Drogenkartellen, die zusammen bereits so etwas wie einen Staat im Staate unterhalten, auf der andern Seite findet man eine schlecht motivierte und noch schlechter ausgerüstete Armee, die den Gesetzen der fernen Hauptstadt Nachachtung verschaffen sollte. Wie es heute aussieht, kann Peru nur verlieren. Der Sendero bietet den Narcos militärischen Schutz und erhält dafür Geld und Waffen, der Sendero sorgt aber auch für die Cocaleros, indem er ihnen zu anständigen Preisen für ihre Coca-Blätter verhilft. Natürlich würden die zerstörerischen Geschäfte der Drogenmafia und des Sendero bei weniger kritischen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen auf weniger fruchtbaren Boden fallen; aber ebenso klar ist, dass sie ihre Ziele ohne die geringste Rücksicht auf den Zustand der peruanischen Gesellschaft verfolgen. Insbesondere dem Sendero geht es in seiner ideologischen Verblendung nicht um eine Verbesserung, sondern um die Zerstörung der Ordnung. Das macht andererseits den Kampf gegen den Narko-Terrorismus so schwierig. Soziale und wirtschaftliche Massnahmen können nur greifen, wenn auch der militärische Sicherheitsaspekt berücksichtigt wird. Doch die peruanischen Streitkräfte sind denkbar schlecht auf eine Subversionsbekämpfung vorbereitet.

Die Militärregierungen der siebziger Jahre haben insbesondere Luftwaffe und Marine erheblich aufgerüstet, mit Waffensystemen, die für einen konventionellen Krieg, aber nicht für den Einsatz gegen Urwaldkommandos und gegen Hit-and-run-Aktionen einer Guerilla taugen. Unter den nachfolgenden Zivilregierungen wurden dann die Streitkräfte generell auf Sparkurs gebracht, weshalb heute moderne Infanteriewaffen, Helikopter und sogar Munition für den Kleinkrieg fehlen. Dazu kommt, dass im verarmten Land auch Soldaten und Polizisten Hungerlöhne beziehen; unser Brigadegeneral in Uchiza kann monatlich umgerechnet etwa 100 Dollar erwarten. Das wirkt erstens kaum motivierend und macht zweitens korruptionsanfällig, und dass höhere Militärs in das Coca-Geschäft verwickelt sind, ist eine gängige, wenn auch nur in Ausnahmefällen

bewiesene Annahme. Hauptschwäche in der Terrorbekämpfung ist allerdings etwas ganz anderes: das gestörte Verhältnis zur Indio-Bevölkerung der Sierra, der die vor allem in den Städten und der Küstenregion rekrutierten Ordnungskräfte mit Unverständnis und abgrundtiefem Misstrauen begegnen. Die tiefe Spaltung zwischen Ladino- und Indio-Bevölkerung, das Bestehen von zwei Kulturen, zwischen denen es kaum Berührungspunkte gibt, erweist sich als das eigentliche Haupthindernis im Kampf gegen den Sendero und die Narco-Mafia. Der latente, in Stress-Situationen offen ausbrechende Rassismus ist auch eine der Wurzeln der unbestreitbaren Brutalität des Armee-Einsatzes; für die Campesinos wird die Lage zwischen Sendero-Gewalt und Armee-Gegengewalt aussichtslos. Der Staat verliert nicht nur Territorium an den Narco-Terrorismus, er verliert auch die Indios, die sich zwar gegenüber den Avancen des Leuchtenden Pfads weitgehend als immun erweisen, die sich aber völlig in ihre eigene Welt zurückziehen. Ohne die Mitarbeit der Landbevölkerung ist aber der Kampf aussichtslos. Wie der peruanische Staat, der sich seit Jahren in der tiefsten Wirtschaftskrise seiner Geschichte befindet, die Auseinandersetzung mit der kombinierten Störkraft von Terror und Drogengeschäft überleben kann, ist heute eine offene Frage.

Etwas überspitzt kann man sagen, dass Peru heute aus einem Teil besteht, der Küstenregion, in dem die Zentralregierung, wie schwach und ungenügend auch immer, die Kontrolle ausübt, und einem anderen, in dem sie nur mit militärischen Aussenposten vertreten ist, in der Sierra und im Urwald. Andererseits können dort die Terroristen und die Coca- und Kokain-Mafiosi relativ frei agieren, während sie in der anderen Hälfte des Landes noch kaum über nennenswerten Einfluss verfügen, als Drogenhändler im Verborgenen operieren und als Senderistas einige Zellen an den Universitäten (nicht aber beispielsweise in den Gewerkschaften) unterhalten und ab und zu einen Anschlag ausführen. Die Lager stehen sich territorial getrennt gegenüber. In Kolumbien ist es viel schlimmer; dieser wirtschaftlich und strukturell weit höher als Peru entwickelte Staat ist vom Krebsgeschwür des Narcotráfico, der Drogenmafia, bereits in seinem Zentrum befallen. Mafiagewalt und Staatsgewalt sind bereits in unauflösbarer Weise ineinander verschlungen, darum auch das Wort des Generalstaatsanwaltes Mauro Hoyos vom Drogensuperstaat, das ich eingangs zitiert habe. Vergegenwärtigen wir uns das Ausmass der Zerstörung an folgenden Zahlen: Im Verlauf der letzten zehn Jahre (die Katastrophe begann in Kolumbien wie in Peru um 1980) sind den Killern der Drogenkartelle über 1000 Staatsangestellte, 12 Richter am Obersten

Gerichtshof, etwa 70 weitere Richter und fast 200 Justizangestellte, 1 Chef der Drogenpolizei, 1 Generalstaatsanwalt und 3 Präsidentschaftskandidaten zum Opfer gefallen, und ich möchte aus Gründen beruflicher Solidarität hinzufügen, 1 ausserordentlich mutiger Chefredaktor und Dutzende von anderen Journalisten. Zweimal, 1984 und 1989/90, hat der herausgeforderte zivile Staat mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zurückgeschlagen, recht eigentlich Krieg geführt gegen die Kartelle, zweimal musste er sich nach vor allem 1984 spektakulären Anfangserfolgen zurückziehen, und zweimal schlugen die Kartelle in blinder Wut zurück. Die Lage muss als Zustand gegenseitiger Duldung bezeichnet werden, was politisch und psychologisch natürlich einer schweren Niederlage der zivilen Autorität gleichkommt.

Die Anfangsstadien des Konfliktes gleichen sich in Peru und in Kolumbien: Man erkannte die ersten Krebsstadien nicht, oder man nahm sie nicht ernst. Die Geschichte, die schliesslich am 18. April 1981 mit der offiziellen, man kann das ruhig so sagen, Gründung des Kokainkartells von Medellín in einen einzigartigen Höhepunkt der Schattenwirtschaft mündete, ist eine eminent politische, auch wenn das bis heute nur einige wenige Terrorismus- und Drogenspezialisten wahrgenommen haben. Bis 1973, bis zum Putsch General Pinochets, wurde das vergleichsweise wenige Kokain, das in der Illegalität Absatz fand, zur Hauptsache in chilenischen Laboratorien hergestellt. Pinochet räumte in seiner totalitären Art nicht nur mit dem Terrorismus, sondern auch mit der Drogenfabrikation auf. Das eröffnete den bolivischen Militärs, die 1974 unter General Banzer die Macht ergriffen, die Übernahme des Geschäfts in geradezu idealer Kombination von Basisproduktion (Bolivien ist der zweitgrösste Lieferant von Coca-Blättern und Pasta básica nach Peru, wenn auch heute weit abgeschlagen) und neu eben von Weiterverarbeitung bis zum Endprodukt. Die bolivianischen Obersten und Generäle waren zwar in arttypischer Weise korrupt und auf primitive Art geschäftstüchtig, von modernem Business und marktpolitischen Strategien hatten sie aber keine Ahnung. Andererseits war in den siebziger Jahren der amerikanische Markt noch nicht wie im späteren Ausmass für Kokain offen und zugänglich. Als dies schliesslich der Fall war, traten die Politiker in Uniform ab, und die Geschäftsleute traten auf die Bühne. (Die Militärs in Bolivien mussten 1982 einer Zivilregierung Platz machen.)

Das einzige Land in Lateinamerika, das den Sprung ins Industriezeitalter quasi ohne Anstösse von aussen, mit eigenen Ideen und weitgehend eigenem Kapital schaffte, ist Kolumbien. Ort des kolumbianischen Wirtschaftswunders war Medellín, die Stadt in den mittleren Anden, im Kaffeegürtel, die schon zuzeiten der spanischen Kolonie Neugranada zum Schicksal des Zweitgeborenen, des armen Veters verurteilt war, die aber dafür, was ihr an kulturellem Glanz (Bogotá wurde das Athen Lateinamerikas genannt) und politischem Einfluss abging, mit Arbeitswillen und Geschäftstüchtigkeit wettmachte. Die Paisas, wie das Establishment der Hauptstadt die Antioqueños verächtlich nannte, hatten dank klugen Investitionen ihres im Bergbau und im Kaffeeanbau gewonnenen Kapitals Medellín bis zur Mitte dieses Jahrhunderts zu einem nationalen Industriezentrum entwickelt. Der Gerechtigkeit halber muss beigefügt werden, dass die Paisas immer auch ausgemachte Schlitzohren waren, wenn es ums Geld ging. Mindestens ebenso tüchtig wie als Cafeteros waren sie als Schmuggler. Nachdem sie Ende des 19. Jahrhunderts mit Zigaretten und Whisky aus den Vereinigten Staaten begonnen hatten, wurde später das ganze Warenangebot der Zollfreizonen am Panama-Kanal nach Kolumbien geschafft. Der Einstieg in Schmuggelgeschäfte in umgekehrter Richtung gelang ihnen schliesslich in den sechziger Jahren mit Marihuana, der Kultpflanze der Hippies und Blumenkinder, und damit konnten auch weit bessere Gewinne gemacht werden als etwa mit Kühlschränken oder Autos. Einige besonders initiative Medellínier Geschäftsleute wagten später eher per Zufall den Sprung ins wesentlich kompliziertere Kokaingeschäft, etwa ein später vorübergehend ganz Grosser im Kartell, Carlos Lehder, der heute für zwanzig Jahre in einer amerikanischen Zelle sitzt, weil Kolumbien an ihm ein Exempel statuierte und ihn auslieferte. Der Hitler-Fan Lehder begann tatsächlich als Autodieb und Autodealer, und er flog zusammen mit einem Partner mehr zum Spass und zur Abwechslung einmal zwei oder drei Kilo Koks in die USA. Als er sah, wie leicht sich das verkaufen liess (er hatte ein gutes Beziehungsnetz aus der Zeit des Autoschmuggels), hatte er das Geschäft seines Lebens gefunden. Seinem logistischen Genie entsprang das ganze ursprüngliche Transportnetz zwischen Medellín und Florida. Doch bevor es soweit war, vor dem Frühjahr 1981, kam es zu einer blutigen Flurbereinigung unter den guten alten Schmuggler-Cliquen und den aufstrebenden Kokain-Managern.

Rücksichtslose Gewalt sollte fortan den Weg der Kartelle zu immer mehr Macht, immer mehr Einfluss und immer mehr Geld prägen. Aber genauso wie das

organisatorische Flair und die Fähigkeit zum Big Business gleichsam eine Fortsetzung von Medellín's Weg zur Handels- und Industriestadt sind, genauso gehören Blutrünstigkeit und Gewalt als wesentliches Merkmal zur kolumbianischen Tradition, zur Politik wie zum wirtschaftlichen Ambiente des Landes. Kolumbiens Geschichte seit der Emanzipation von Spanien ist eine von Generation zu Generation fortschreitende Abfolge blindwütiger Gewalt. Wer heute erschrickt über die Tausenden von Toten, die als Opfer von Guerilla, Todesschwadronen, Mörderbanden der Kartelle von Medellín und Cali, Streitkräften und gewöhnlichen Kriminellen Jahr für Jahr in die Statistiken eingehen, der sollte sich erinnern an die Jahre der Violencia nach 1948, die der Ermordung eines liberalen Politikers durch einen Killer der Konservativen Partei folgten. Bis zur Machtübernahme eines Generals 1953 fielen dem Wüten zwischen Liberalen und Konservativen, deren alte Animositäten sich in einem wahren Blutausch entluden, nach unterschiedlichen Schätzungen zwischen 200'000 und 250'000 Menschen zum Opfer. Zynisch würde man sagen, dass sich seit 1980 in bester kolumbianischer Manier jetzt eben die nächste Generation selbst zerfleischt. Neu ist nicht das Morden an sich, neu sind allenfalls einige der auslösenden Momente, unter anderem - und ich sage ausdrücklich: unter anderem - das Kokaingeschäft.

Wenn heute Grossgrundbesitzer ihre angeheuerten Killerkommandos auf Landarbeitergewerkschaften hetzen, wenn Todesschwadronen, die nicht selten aus Polizisten und Soldaten bestehen, gegen Angehörige des linken Parteienbündnisses, der Unión Patriótica, vorgehen, wenn, wie 1985, eine Guerillagruppe das Oberste Gericht besetzt (und im anschliessenden Gefecht mit dem Militär fast alle Richter ums Leben kommen), dann hat das alles irgendwie mit Kokain zu tun: die Grossgrundbesitzer sind Drogenbosse, die Todesschwadronen stehen häufig in ihrem Sold, und die Guerilleros liessen sich auch von der Narcomafia kaufen, weil im Obersten Gericht das über die Jahre angehäuften Belastungsmaterial zerstört werden musste und die linksextremen Guerilla-Söldner gewissermassen falsche Spuren legen sollten. Zur Allianz der Narcomafia mit der Guerilla, wie in Peru, ist es trotzdem nicht gekommen, weil die kolumbianischen Linksextremisten anders als der Sendero Luminoso ihren politischen Idealen doch mehr Wert zumessen. Die M-19-Gruppe, die das Oberste Gericht überfiel, hat sich heute sogar am linken Rand in den parteipolitischen Prozess integriert. Die marxistisch-leninistischen Fuerzas Armadas

Revolucionarias de Colombia (FARC) allerdings haben sich auf andere Weise von ihren Bewachungsdiensten losgemacht, die sie im Amazonas-Urwald der Mafia leisteten: sie scheinen nach letzten Erkenntnissen selbst ins Kokaingeschäft eingestiegen zu sein und müssen sich jetzt vor der Rache der Kartelle hüten.

Lassen wir es bei diesem kurzen und logischerweise etwas oberflächlichen Einblick in das teuflische Panoptikum bewenden. Details, die heute in einer reichen Literatur nachzulesen sind, tun wenig zur Sache, sie lassen sich in ihrer grauenhaften Fülle ohnehin nur mehr statistisch erfassen. Das Allerschlimmste an der ganzen kolumbianischen Blutgeschichte ist für den Aussenstehenden die Abgestumpftheit und Gleichgültigkeit der Bevölkerung, aus der diese zusammen mit ihren Politikern jeweils nur für kurze Zeit erwacht, wenn ein besonders prominentes Opfer zu beklagen ist, 1984 ein Justizminister, 1989 ein Präsidentschaftsanwärter. Dann kommt es zu rhetorischen Höhenflügen, zu Kampfansagen oder gar Kampfmassnahmen der Regierung gegen die Kartelle, die kurz zurückschrecken und dann um so blutiger zurückschlagen, worauf die Regierung das Auslieferungsabkommen mit den USA, das die Bosse tatsächlich fürchten wie der Teufel das Weihwasser, bis zum nächsten Mal suspendiert. Und alles nimmt wieder seinen Lauf: das Blut, das Kokain und die wohlgesetzten Reden.

Der Parallelstaat des Narko-Terrorismus in Peru und der Superstaat der Kokainkartelle in Kolumbien - gehen sie uns überhaupt etwas an? Eines ist sicher: Als Erscheinungen der politischen Folklore Lateinamerikas lassen sich die Drogenbarone und ihr Gefolge nicht abtun. Sie sind nicht vorübergehende Erscheinungen wie die Caudillos der Vergangenheit, die auf einen Balkon stiegen, eine zündende Rede an das versammelte Volk hielten und dann Wahlen gewannen, aber nach ein paar Jahren der Gewalttätigkeit und der Bereicherung wieder von der Szene verschwanden. Die Drogenmafia wird bleiben, solange Geschäfte mit Drogen zu machen sind. Wie jede erfolgreiche Firma wollen die Kartelle zwar nicht den Staat okkupieren, innerhalb dessen Grenzen sie tätig sind, aber sie möchten von ihm nicht gestört, nicht beschränkt und auch nicht besteuert werden. Sie benehmen sich nach innen und nach aussen, wie wenn sie mindestens eine autonome Regierung wären. Auch das könnte von hier aus quasi politologisch noch als neue Erscheinungsform der politischen Aktivität in Lateinamerika verbucht werden, mit der nüchternen Anmerkung, dass politische

Akteure Lateinamerikas, einmal von Fidel Castro abgesehen, selten oder nie über die Schwellen des Subkontinents ausgreifen und Weltpolitik machen. Genau das, nämlich zunehmend Weltpolitik, macht aber die Drogenmafia. Sie exportiert ein Produkt, das die sozialen Strukturen der Abnehmerländer intensiv beeinflusst, schädigt und, wenn man an gewisse Innenstädte der USA denkt, zerstört. Den Wirtschaften der Ursprungsländer mag kurzfristig der Drogenexport nützen, weil er fast der einzige Wachstums- und Devisenbereich ist. Man schätzt, dass in den kokainproduzierenden Anden-Ländern heute rund ein Drittel des Bruttoinlandprodukts im Drogensektor erwirtschaftet wird. Den Wirtschaften der Importländer, heute noch vor allem den Vereinigten Staaten, wird jedoch grosser Schaden zugefügt. Der Volkswirtschaft werden jährlich auf kriminelle Weise Milliardenbeträge entzogen, die nützlicher investiert werden könnten - ganz abgesehen von den sozialen Folgekosten des Drogenkonsums. Ich will nicht den Teufel an die Wand malen, aber die amerikanische Regierung hat etwa 1985 begriffen, dass sie in einen Krieg verwickelt ist, in einen Krieg ganz neuer Art. Sie hat noch nicht herausgefunden, wie er am besten und wirksamsten geführt werden kann; aber ganz sicher schliesst sie die militärische Option heute nicht mehr aus. Das hiesse im Endeffekt auch direkter Einsatz von Special Commando Units im südamerikanischen Dschungel.

Machen wir uns aber, und damit komme ich zum Ende, keine Illusionen. Seit ungefähr drei Jahren wird auch Europa ganz allmählich zu einem neuen Kriegsschauplatz, und wie Anfang der achtziger Jahre die USA scheint auch Europa heute nicht darauf vorbereitet zu sein.

Prof. Dr. Curt Gasteyger

Das Mittelmeer als Konfliktregion

Es gibt wenige Regionen auf dieser Erde, die dank ihrem kulturellen Reichtum und ihrer landschaftlichen Schönheit mehr zur Entspannung einladen als das Mittelmeer. Es bedarf schon einer beruflich bedingten Anstrengung oder eben einer freundlichen Einladung von Professor Spillmann, um in diesem selben Mittelmeer auch den Herd vielfacher Spannungen tatsächlicher oder möglicher Konflikte zu sehen. Natürlich wissen wir um die bewegte Vergangenheit dieses geschichtsträchtigen Raumes. Ihn haben Poeten und Schriftsteller von Homer bis Camus besungen. Theodor Mommsen fragte sich in seiner Geschichte Roms, was wohl geschehen wäre, wenn Hannibal, anstatt mit seinen Elephanten den mühsamen Landweg über Spanien und Frankreich nach Italien zu nehmen, per Schiff ins Zentrum des Römischen Reiches - also nach Rom - vorgestossen wäre. Admiral Mehan, einer der Väter der Seestrategie, sorgte sich darum, dass das Mittelmeer unter die Herrschaft einer einzigen Macht fallen oder sonst zum Schauplatz eines permanenten Konfliktes werden könnte. Churchill nannte das Mittelmeer, wir wissen es alle, etwas despektierlich "den weichen Unterleib Europas".

Das Mittelmeer als Konfliktregion - es hat Tradition. Es kannte Rivalitäten, Seeschlachten, Krisen, Spannungen, an all dem hat es nie gefehlt. Heute wissen wir um den griechisch-türkischen Streit um Zypern, der, wie so vieles Ungelöste, erneut aus der Spalte "Verschiedenes" zur Tagesaktualität aufzusteigen droht. Vielleicht eine der vielen indirekten Folgen des Golfkrieges, die dem türkischen Präsidenten Oezal die Brust geschwellt haben und ihn wieder viel stärker auch im Mittelmeerraum auftreten lassen.

Wir sind auch besorgt und bestürzt über die scheinbare Unlösbarkeit des Nahost-Konfliktes und sehen in Oberst Ghadhafi, einem weiteren schwierigen Anrainer, die Inkarnation des Bösen. Es fehlte und fehlt zu keiner Zeit an autoritären Figuren ringsum: Als ich mich in den sechziger Jahren mit dem Mittelmeer zu beschäftigen begann, reihte sich gerade General Franco an Marschall Tito, Enver Hodscha an die griechischen Obersten, Präsident Nasser an seinen Kollegen Bourguiba, der eben an die Macht gekommene Ghadhafi an den ersten Präsidenten des unabhängig gewordenen Algeriens, Ben Bella. Niemand

wusste so recht, ob diese Alleinherrscher Garanten der Stabilität oder nicht eher Vorläufer künftiger Instabilität waren. Die Bilanz ist gemischt: In Spanien und Griechenland feierte die Demokratie ihre willkommene und entspannende Rückkehr; Jugoslawien und Albanien dagegen, die beiden kommunistischen Küstenländer, befinden sich heute im vollen und krisenhaften Umschwung; an der arabischen Südküste mehren sich die Zeichen an der Wand für Unruhe, wenn nicht Umsturz und mannigfache religiöse und soziale Spannungen.

Damit ist schon - stark verkürzt - das Umfeld gekennzeichnet, mit dem wir es dieser Tage und ganz sicher erst recht morgen zu tun haben werden. Es ist schwer fassbar in seiner Ganzheit und ungemein komplex im Einzelnen. Zu sagen, dass der Mittelmeerraum eine Konfliktregion ist, heisst zugleich alles und nichts sagen. Im Einzelnen, im sachlich oder regional Abgegrenzten liegen die Probleme, die Ursachen von Spannungen und vielleicht - hoffentlich - auch die Ansätze zu Lösungen. Anders ausgedrückt: Wir tun uns schwer mit dem Mittelmeerraum als einer in sich geschlossenen Region, wie es etwa der Balkan oder meinetwegen Mittelamerika sein mag.

Wer gehört zu diesem Mittelmeerraum, wer gehört gerade noch dazu? Jordanien, Iran? Kaum mehr. Italien? Sicher. Aber bereits bei der Schweiz wird es wahrscheinlich schon problematisch, jedenfalls vielleicht nicht so sehr hinsichtlich des jetzigen Klimas. Das einzig verbindende Element ist das Mittelmeer selber, also die geographische Lage. Aber auch hier gibt es schon Schwierigkeiten bei der Abgrenzung. Lässt sich beispielsweise Jordanien, kein Küstenland, oder gar der Golf völlig von dem trennen, was im Mittelmeer und seinen arabischen Küstenstaaten passiert. Oder umgekehrt: Hat das, was in diesen Staaten passiert, keine Auswirkungen auf das Mittelmeer? Sollten sich die EG-Mitgliedstaaten, die nicht ans Mittelmeer grenzen, nicht auch für dieses interessieren?

Angesprochen sind mit andern Worten die Identität des Mittelmeers und seine Besonderheit mit dem Anspruch auf eine ihm angepasste Behandlung. In der Tat kann man das Mittelmeer und seinen Stellenwert in der Geschichte und in der internationalen Politik unter recht verschiedenen, ja sogar gegensätzlichen Gesichtspunkten sehen. Als da sind: das Mittelmeer als verbindender Mittelpunkt einer wichtigen Weltregion; oder das Mittelmeer als trennende Front, an der seit jeher gegensätzliche Kräfte und Ideen aufeinanderstossen. Griechen und Perser, Römer und Karthager, Christentum und Islam, Araber und Europäer, Franzosen

und Engländer, die Achsenmächte und die westlichen Demokratien und, last but not least, die Amerikaner und die Russen.

Oder schliesslich, um mit Fernand Braudel zu sprechen: das Mittelmeer als Brücke, als Kreuzung der Kulturen und Zivilisationen, als Treffpunkt von drei Kontinenten - Europa, Asien und Afrika - und von drei Religionen - Christentum, Islam und Judentum. Alle diese drei Funktionen und Rollen - Zentrum, Front, Brücke - finden sich hier vereint in einer Dichte und Intensität, wie sie es wohl kaum irgendwo auf der Welt sonst tun. Das macht unsere Aufgabe interessanter, aber gewiss nicht leichter. Wir werden uns deshalb auf zwei Schwerpunkte beschränken müssen, die, sich gegenseitig verstärkend, ihrerseits das Mittelmeer als eine Region alter und neuartiger Konflikte erscheinen lassen. Der eine Schwerpunkt betrifft - wie könnte es anders sein? - die politisch-strategische, der zweite die wirtschaftspolitische Bedeutung des Mittelmeers. Gemeinsam zwingen sie uns, das Mittelmeer ernster zu nehmen, als die meisten es bisher getan haben; gemeinsam lassen sie uns auch die Vielfalt der sich dort in fast einzigartiger Weise häufenden Probleme in ihren Dimensionen und Proportionen besser erkennen. Das bringt zwar noch lange keine Lösungen. Es hilft uns aber, das Mittelmeer in seiner ganzen Bedeutung für unsere Zukunft, und damit meine ich Europas Zukunft, zu sehen.

Die politisch-strategische Bedeutung des Mittelmeers wurde bereits angedeutet. Was der englische Geopolitiker Halford Mackinder vom europäischen Russland sagte - es sei das Herzstück, "the heartland", der Welt, von dem aus in sich erweiternden Kreisen die Welt beherrscht werden könne - das galt wohl bis ins Mittelalter, wenn nicht sogar darüber hinaus auch für das Mittelmeer: Wer das Mittelmeer beherrschte, der beherrschte den für das damalige Abend- und Morgenland massgebenden Raum. Die Entdeckung Amerikas und die Ausdehnung nach Asien führten dann zu einer Verschiebung und Erweiterung der Gewichte. Kaum ein Ereignis hat aber die Bedeutung des Mittelmeers wieder stärker betont als die Eröffnung des Suezkanals am 17. November 1869.

Das Mittelmeer verwandelte sich damit mit einem Schlag von einem Binnenmeer in eine Durchgangsstrasse, und der Seeweg zwischen Europa und Asien verkürzte sich um Tausende von Kilometern. Dieser hatte, wie Sie wissen, um Afrika und um das Kap der Guten Hoffnung, das seinen Namen nicht zu Unrecht trägt, herum geführt. Mit einem Schlag verschärften sich zugleich auch

die Rivalitäten unter den europäischen Mächten, vor allem zwischen Frankreich und England. Der Mittlere Osten, genauer: der Zugang zu ihm und wenn möglich die Kontrolle über ihn, dieser Mittlere Osten wurde zur strategischen Priorität ersten Ranges. Der Ausdruck "East of Suez" war unendlich viel mehr als nur eine geographische Bezeichnung. "East of Suez" war das weltpolitische Programm des britischen Imperiums, und dieses wiederum gab den Anlass zum Aufbau militärischer und handelspolitischer Stützpunkte und verlieh ihm erst eigentlich die strategische Bedeutung. Wie eine Perlenkette begannen sich, dieser Logik folgend, Britanniens Stützpunkte, beginnend in Gibraltar, durch das ganze Mittelmeer aneinanderzureihen: Malta, Zypern und schliesslich Suez und Aden. Das Mittelmeer als Basis und als Durchgang. Für eine weit über Europa hinauszielende Politik erhielt es eine ganz neue und diesmal weltpolitische Bedeutung. Damit einher ging die technische Revolution in der Weltschifffahrt, die diesen globalen Dimensionen das notwendige materielle Rückgrat verschaffte. Das Ende des Osmanischen Reiches 1918 einerseits und die Entdeckung scheinbar unerschöpflicher Erdölreserven in der Golfregion andererseits erhöhten zusätzlich die Bedeutung des Mittelmeers, sie verschärften aber auch die Rivalität zwischen Frankreich und Grossbritannien, die sich um das Erbe des Osmanischen Reiches stritten. Es ist nicht ohne Ironie, dass die beiden selben Mächte Frankreich und Grossbritannien knapp 90 Jahre danach - bitte zählen Sie mit - nach der festlichen Eröffnung des Suezkanals ausgerechnet im Suezkonflikt von 1956 das Ende ihrer kolonial begründeten Präsenz im Mittelmeer vor sich sahen. Englands stolze Basen in Zypern und Malta wurden unabhängig, England verlor im Suezkonflikt 1956 den direkten und von ihm kontrollierten Zugang zum Kanal und damit zum Pazifischen Ozean. Algerien seinerseits setzte den blutigen Schlusspunkt hinter Frankreichs nicht minder bedeutsame Besitzungen in Nordafrika. Eine in vielem gloriose Epoche westeuropäischer Vorherrschaft im Mittelmeer ging zu Ende. Die neue Seemacht hiess jetzt Vereinigte Staaten. Mit andern Worten oder genauer: deren mächtige Sechste Flotte.

Seit Ex-Präsident Truman kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges Stalins Drängen nach einem ungehinderten Zugang zum Mittelmeer durch den Bosphorus Paroli geboten hatte, bestand kein Zweifel mehr daran, wer den seestrategischen und politischen Ton im Mittelmeer angab. Die Truman-Doktrin fand ihren Ausgangspunkt - erinnern wir uns - in Griechenland und in der Türkei. Es war der Streit zwischen Grossbritannien und den Vereinigten Staaten, welche von

beiden Mächten nun den Befehlshaber der zu gründenden Mittelmeerflotte stellen sollte. Es war dieser Streit, der nicht gelöst wurde, der dann das Ende der britischen Mittelmeerherrschaft nicht nur beschleunigte, sondern gleichzeitig entgegen aller geographischen Logik zur Eingliederung der Türkei und Griechenlands in den Nordatlantikpakt führte. Griechenland und die Türkei waren keine problemlose Mitglieder der Allianz, doch zumindest im Golfkonflikt erwies sich die türkische Mitgliedschaft als ein Vorteil, denn die Türkei war der östlichste Vorposten der westlichen Allianz, Stützpunkt und Basis in diesem Golfkonflikt, und damit sicher von strategisch erstrangiger Bedeutung.

Praktisch lief die Eingliederung Griechenlands und der Türkei in die Nato auf eine Ausdehnung des Ost-West-Konfliktes auf den Mittelmeerraum hinaus. Von jetzt an war es zumal die eben erwähnte Sechste Flotte der Amerikaner, unterstützt von den europäischen Verbündeten, die die Brücke zwischen der europäischen Nato und den sich im Mittleren Ostern aufbauenden Schutzwällen gegen die sowjetische Expansion bildete. 1967 geschah dann das Befürchtete und Unerhörte: die sowjetische Eskadra, die sowjetische Flotte, brach im Gefolge des arabisch-israelischen Blitzkrieges Juni 1967 in das Mittelmeer ein. Das entsprach der damals expansiven Flottenpolitik Moskaus. Die Sowjetunion war dabei, ihre Flottenverbände weltweit auszudehnen. Das Mittelmeer war der erste testing ground, der Prüfstand. Die Suche nach Flottenstützpunkten begann so, wie es hundert Jahre zuvor die ebenfalls aushäusigen Engländer getan hatten. Nur hatte Moskau weniger Erfolg als die Engländer, wie so oft. Merce! Kebir in Algerien, Alexandrien in Aegypten, Latakia in Syrien hiessen die wahrscheinlich längst aus dem Gedächtnis verschwundenen Anlaufstellen sowjetischer Schiffe. La Méditerranée rouge wurde plötzlich zum Schreckgespenst vieler aufgeregter Politiker im Westen. Sie übersahen, dass man mit Schiffen zwar Eindruck machen, aber keine Länder kontrollieren kann. Trotzdem, die Tatsache, dass die Sowjetunion es gewagt hatte, in ein "westliches" Gewässer vorzudringen, fuhr manch einem Strategen in die Knochen. Denn schliesslich besaßen das Mittelmeer und seine dem Neutralismus zuneigenden südlichen und östlichen Anrainerstaaten nicht nur politisch-strategische Bedeutung; die natürlich in erster Linie, damals im Kalten Krieg. Der wirtschaftliche Stellenwert des Mittelmeers als Seeweg für Rohmaterialien ist stetig gewachsen. Länder wie Italien - es ist gut, sich daran zu erinnern - wickeln noch heute einen überwiegenden Teil ihres Aussenhandels auf dem Seeweg ab. - Gestatten Sie mir die

Fussnote: Solang wir bei unserer Transitpolitik bleiben, werden sie es auch weiterhin tun.

Europas Aengste vor einer sowjetischen Oberherrschaft wuchsen noch, als es im Gefolge des nächsten arabisch-israelischen Krieges von 1973 seine Abhängigkeit vom mittelländischen und nordafrikanischen Öl und Gas entdeckte. Wie leicht konnten sowjetische Schiffe und Streitkräfte Pipelines und Öltransporte unterbrechen und Europa politisch erpressen oder wirtschaftlich strangulieren. Europas Sicherheit erhielt fast unversehens, jedenfalls unbedacht, eine südliche Komponente. Aber sie war und blieb es bis in die jüngste Zeit fast nur eine Verlängerung des Ost-West-Konflikts: die Auseinandersetzung also mit der Sowjetunion, nur dass man es diesmal mit der Sowjetunion als aufsteigender Seemacht und nicht als grösster Landmacht zu tun hatte. Die Befürchtungen erwiesen sich als übertrieben. Moskau zeigte kein Interesse, Europas Wirtschaft zu gefährden. Es wäre ja noch schlimmer, denn heute beruhen Moskaus Hoffnungen in allererster Linie auf dieser westeuropäischen Wirtschaft. Und noch weniger zeigte Moskau Lust, sich auf einen Machtkampf mit der überlegenen Sochsten Flotte einzulassen. Seine Stellung im Mittelmeer, politisch, militärisch und wirtschaftlich, blieb prekär und abrufbar. Die Rote Gefahr kam nie zum Tragen. Heute hat sie, zusammen mit dem Ende der kommunistischen Welt als überzeugendes Gegenmodell zur westlichen Demokratie, heute hat sie Abschied von der Geschichte genommen.

Das Ende des Ost-West-Konfliktes bleibt nicht ohne tiefgreifende Wirkungen auf die Art und Weise, wie wir das Mittelmeer, seine Bedeutung und seine Gefahrenherde heute sehen. Vom Schatten der politischen, ideologischen und militärischen Konfrontation befreit, können wir endlich auch den Mittelmeerraum wieder als Region eigenen Rechtes sehen. Als eine Region mit ihren eigenen Problemen anstelle von solchen, die oft genug nur eine Verlängerung ost-westlicher oder sowjetisch-amerikanischer Auseinandersetzungen waren. Kaum eines der Mittelmeerprobleme, die uns damals schon beschäftigten und heute wiederum beschäftigen, kaum eines dieser Probleme war genau gesehen ein Problem, das mit dem Ost-West-Konflikt direkt zusammenhing. Und das gilt, und das wird Sie überraschen, auch für den arabisch-israelischen Konflikt. Dieser war von vorherein ein Ost-West-Konflikt. Er wurde sehr bewusst und sehr geschickt von Israel als ein solcher dargestellt, denn damit konnte man ja die amerikanische

Hilfe und die Hilfe des Westens viel eher mobilisieren, als wenn es nur ein lokaler, ein regionaler Konflikt eigenen Rechtes zwischen Israel und den arabischen Staaten gewesen wäre. Immerhin, wir lösen uns damit von der bisherigen einseitigen Fixierung auf die Ost-West-Achse und können nun mit einer Schwenkung um 90 Grad unsere sicherheitspolitische Aufmerksamkeit von Osten aus in Richtung Südosten und Süden verstärken und erweitern. Der Sicherheitsgürtel Europas erhält mit andern Worten eine mediterrane Dimension neuer Art.

Das Mittelmeer ist, das wurde bereits angedeutet, keineswegs eine einfache Region, ganz im Gegenteil. Es ist Schauplatz fast aller Variationen traditioneller Konflikte. Es geht auch hier, wie anderswo, um Vorherrschaft. Denken Sie an das bereits erwähnte Aegypten unter Nasser, denken Sie an Ghadhafi, denken Sie an den ebenfalls erwähnten Präsidenten Oezal in der Türkei. Es geht zweitens - ein traditioneller Konflikt - um Territorialansprüche. Sicher steht hier zuoberst die Existenz, die umstrittene territoriale Existenz und damit auch politische Existenz Israels, es geht um Ressourcen oder Ressourcenverteilung oder Zugang zu Ressourcen. Ich habe das Oelproblem erwähnt. Lassen Sie mich hinzufügen: den Zugang zu Wasserressourcen, eines der ganz grossen und sich zunehmend verschärfenden Probleme im Nahen Osten, und es geht schliesslich um Minderheitenprobleme, für die wiederum in allererster Linie der Nahe Osten und hier vor allem der Libanon steht. Aber wir können auch die in der Türkei lebenden Kurden dazunehmen oder die Albaner in Jugoslawien. All das sind Konflikte, wie wir es nennen, traditioneller Art.

Daneben aber enthält das Mittelmeer in einer wohl einzigartigen Konzentration praktisch alle Probleme, die weltweit von erstrangiger Bedeutung sind oder sein werden. Der Nord-Süd-Konflikt in seinen Ungleichgewichten wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung, das Bevölkerungswachstum mit seinen sich erweiternden Diskrepanzen, die Wahrscheinlichkeit wachsender Migrationsbewegungen, Umweltprobleme aller Art, nicht nur der bereits erwähnte Wassermangel, nicht nur im Nahen Osten, auch an der europäischen Küste, die Verbreitung von Waffen und Waffenträgern einschliesslich Massenvernichtungswaffen, sei es als Folge ungelöster Spannungen oder sei es als deren Auslöser.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen einige Zahlen nicht ersparen. Sie sollen nicht alarmieren. Auch wird man diese Zahlen mit der nötigen Dosis an

Vorsicht und Unterscheidungsvermögen zur Kenntnis nehmen müssen. Sie geben aber doch - meine ich - eine Vorstellung von den Grössenordnungen, um die es hier geht. Vielleicht mehr noch von der dahinterstehenden Dynamik, eine Entwicklung, die, falls sie nicht gesteuert oder gebremst wird, dem Mittelmeer noch die letzten Reste seiner Idyllyk nehmen kann.

Ich habe hier einige Zahlen aufgeführt. Es sind die Streitkräfte im Mittelmeer. Sie sehen: Blau sind die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft: Spanien, Frankreich, Italien, Griechenland, dann kommt Jugoslawien, irgendwie als Sonderfall, wenn Sie so wollen, die Türkei - ich brauche nicht alle herunterzulesen. Dann kommen, vielleicht nicht ganz zufällig in grüner Farbe (der Farbe des Islams), Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen, Aegypten, Jordanien, Libanon - ein Fragezeichen, wir wissen nicht, wieviele Streitkräfte Libanon hat und von wem und von welcher Gruppe, Syrien und schliesslich der Sonderfall Israel.

Das Wichtige sind wiederum nicht die Zahlen - ich habe vorhin schon angedeutet, mit Zahlen kann man spielen, wir haben das spätestens im Irakkrieg erlebt, wie hier Fehlschätzungen möglich sind - trotzdem: das Wichtige scheinen mir eigentlich diese Nummern 1 und 2 zu sein, die ich auf der südlichen Küste, also Länder der südlichen und östlichen Küste, angedeutet habe, das heisst: Zunahme der Streitkräfte zwischen 1980 und 1990 im Mittleren Osten. Insgesamt eine 95prozentige Zunahme der Streitkräfte in den Maghreb-Staaten, das sind Marokko, Algerien und Tunesien. Wenn Sie sehr grosszügig sein wollen, können Sie vielleicht noch Libyen dazunehmen. Immerhin eine 45prozentige Zunahme der Streitkräfte. Und das zu einer Zeit, in der sich die Nato-Verbündeten, zu denen alle rechts aufgeführten Länder mit Ausnahme Jugoslawiens gehören, zur konventionellen Abrüstung anschickten. Mit andern Worten: Wir haben hier bereits eine erste Diskrepanz in der Entwicklung festgestellt, in der Entwicklung der Streitkräfte, auf die ich dann kurz nochmals zurückkommen werde.

Hier eine der sichtbarsten Aeusserungen von Streikräften oder von militärischer Macht: die Panzer. Die Streitkräfte in denselben Ländern, wiederum Spanien, Frankreich, Italien, Griechenland, mit einem Total von 5656 Panzern. 1990 die Türkei mit einer beachtlichen Anzahl von Panzern, auch das nicht uninteressant. Gewisse Vormacht- und Dominanzvorstellungen, Griechenland und die Türkei zusammen, das wiederum ist ein Spiegelbild ihres eigenen Konfliktes mit

immerhin 5645 Panzern, also ein ganz deutliches Schwergewicht, wenn Sie so wollen, der Panzerstreitkräfte der Nato in der östlichen Mittelmeerhälfte. Hier nun die doch sehr unterschiedlichen und damit auch sehr bezeichnenden Zahlen der arabischen Küstenländer mit wiederum dem Schwergewicht, sprich: arabisch-israelischer Konflikt ab Libyen, Aegypten, Syrien und Jordanien mit Israel als dem von dieser Panzermacht umringten Land mit einer sehr beachtlichen Zahl von Panzern. Immerhin auch hier - wir sehen eine ganz eindeutige Diskrepanz zwischen den Ländern rechts und den europäischen Industrieländern links, fast das Doppelte an Panzern oder in etwa das Doppelte auf der rechten Seite. Ich sage es noch einmal: Es gilt zu differenzieren, und wir sehen ja sehr deutlich auch den Unterschied zwischen den mehr oder weniger konfliktfreien Ländern Marokko, Algerien, Tunesien einerseits und den sich im Konflikt glaubenden oder befindenden andern arabischen Ländern andererseits.

Ich komme damit zur dritten Tabelle. Die Bevölkerung im Mittelmeer, die wiederum eine gewisse Diskrepanz anzeigt, ich komme dann darauf nochmals zurück, denn die Diskrepanz liegt wiederum weniger in den Zahlen von heute, wie Sie sie vor sich sehen, sondern sie liegt in der künftigen Entwicklung. Sie sehen, dass die europäischen Länder, die Länder der europäischen Nordküste, heute eine Bevölkerung von schätzungsweise 190 Millionen Menschen zählen. Dazu kommt die sehr stark wachsende Türkei mit heute immerhin 56 Millionen, jedenfalls waren es gestern so viele. Die rechte Seite mit den arabischen Ländern, die 130 Millionen zählen, und Israel mit 4,5 Millionen, also wiederum eine kleine Insel in einer grossen arabischen Welt, was doch vieles aussagt über die Situation der Israeli hinsichtlich ihrer Sicherheit und ihrer Zukunft.

Und schliesslich eine Tabelle, die Ihnen sozusagen das alles in einer kurzen Zusammenfassung zeigt, was an Problemen und an möglichen, denkbaren oder tatsächlichen neuen Konflikten auf uns zukommt. Sie sehen den Mittelmeerraum. Sie sehen im Süden und im Osten die Länder mit einer arabischen oder islamischen Bevölkerung, dazu können wir die Türkei zählen. Wiederum ist die "Insel" Israel ausgelassen. Das Interessante sind die paar Zeichen, die ich hier angefügt habe. Das grüne Viereck bedeutet den Anteil an der Bevölkerung von Menschen, die unter 24 Jahre alt sind. Ich lese Ihnen diese Zahlen, nicht alle, aber einige wichtige. Sie sehen, dass in Syrien der Anteil dieser jungen Menschen bis 24 Jahre 67 Prozent beträgt. Sie sehen, dass es in Libyen 65 Prozent, in Algerien

65 Prozent, im Sudan 64 Prozent sind und so weiter. Es schwankt zwischen 55 und 67 Prozent. Dieser Versuch, ein Schwert, nicht ein Damoklesschwert, zu zeichnen, bezeichnet fundamentalistische Strömungen in einigen dieser Länder, zu denen Jordanien und Iran gehören. Ich würde heute auch Aegypten Sudan und Tunesien dazuzählen und neuerdings auch wieder Algerien. Und schliesslich diese Raketensignatur. Damit sind die Länder bezeichnet, die über kürzer- oder weiterreichende Raketen verfügen. Dazu gehören Syrien, Iran, Irak, Israel selbstverständlich auch, Yemen, Saudiarabien, Aegypten und Libyen. Sie haben hier noch die chemischen Waffen, die sind in etwa in denselben Ländern, die ich eben genannt habe. Sie haben hier mit andern Worten in einer Nusschale, in a nutshell, die grossen Probleme, die sich im Mittelmeerraum einzigartigweise zusammenballen oder zusammenballen werden.

Zusammenfassend wird man deswegen bei aller abwägenden Vorsicht doch einige bemerkenswerte Trends festhalten können oder müssen. Zunächst einmal die Rüstung, die in den arabischen Staaten im Unterschied zu derjenigen in den europäischen Ländern noch nicht unbedingt eine Höchstgrenze, einen Plafond, erreicht hat. Sie mag bestenfalls stagnieren und tut es auch in dem einen oder anderen Land. Glücklicherweise. Aber es besteht wenig Aussicht, dass sie in absehbarer Zeit spürbar zurückgehen wird. Das hat nicht nur mit den ungelösten Konflikten und Spannungen in dieser Region zu tun, das hat auch mit der inneren Verfassung in diesen Staaten selber zu tun. Zweitens: Gelingt es nicht, der Verbreitung grosser Waffensysteme, ich habe einige davon angeführt: Raketen, chemische Waffen, vielleicht sogar Nuklearwaffen, gelingt es nicht, der Verbreitung dieser Waffen Einhalt zu gebieten, so wird es am südlichen und östlichen Rand des Mittelmeers bald mehrere Länder mit Massenvernichtungswaffen und Raketen geben, wenn es sie nicht heute schon gibt. Dem hat Europa vorläufig nichts Gleichwertiges entgegensetzen. Der Aufbau einer Raketenabwehr, the strategic defense initiative, SDI sozusagen auf europäisch, ein solcher Aufbau wird heute schon interessierten Spezialisten und Lobbyisten in Europa empfohlen. Drittens: Das Bevölkerungswachstum oder die Bevölkerungssituation hat uns gezeigt, dass heute in etwa auf europäischer Seite 55 Prozent der Mittelmeervölker leben und ungefähr ein Drittel auf der arabischen Seite. Die Türkei nehme ich wiederum aus. Im Jahre 2025 wird es, wenn die Berechnungen in etwa stimmen, genau umgekehrt sein. Mit andern Worten: Das Verhältnis der Bevölkerungszahlen verändert sich genau im

umgekehrten Sinne zugunsten dieser arabischer Länder, einschliesslich der Türkei. Die Bevölkerung in der Türkei, in Algerien und Aegypten wird sich dann, 2025, nahezu verdoppelt haben. Sie erinnern sich an die Zunahme der Bevölkerung Aegyptens: von 56 Millionen auf 100 Millionen. Wie diese Menschen zu ernähren sind im Niltal, ist eine andere Frage. Bis im Jahre 2000 wird die Bevölkerung dieser arabischen Küstenländer und der Türkei um 50 Millionen zugenommen haben, diejenigen der EG-Mitgliedländer am Mittelmeer um 2,4 Millionen. Sie sehen hier wiederum eine Dynamik, die bereits in vollem Schwung ist. Aehnlich verhält es sich mit dem Wachstum der Städte und der daraus folgenden Zersiedlung genau jener Küstenregionen, die heute eigentlich die fruchtbaren Regionen in diesen Ländern sind.

Damit sind wir auch schon beim zweiten Teil, bei der wirtschaftspolitischen Bedeutung des Mittelmeers, oder genauer: beim wirtschaftlichen Nord-Süd-Gefälle. In der Tat sind auch hier die Diskrepanzen eklatant. Während die Nicht-EG-Länder des Mittelmeers, die arabischen Länder vor allem, fast 50 Prozent ihres Aussenhandels mit der Europäischen Gemeinschaft abwickeln, gehen nur 4 Prozent des EG-Aussenhandels in das südliche Mittelmeer. Fast alle Aussenhandelsbilanzen dieser Nicht-EG-Länder sind deshalb negativ. Und wiederum deutet der Trend abwärts. Die Defizite wachsen, die Handelsdefizite, aber auch die Verschuldung. Das Ergebnis ist - wen könnte es noch überraschen? - zunehmende Verschuldung. 1987 standen die Mittelmeerländer mit 16,7 Prozent der internationalen Verschuldung aber weltweit gut. Der Beitritt Spaniens, Portugals und Griechenlands, scharfe landwirtschaftliche Konkurrenten der südlichen Mittelmeeranrainer, in die Europäische Gemeinschaft hat den Wert präferenzialer Handelsabkommen gemindert. Kein Wunder, dass die Attraktivität der Europäischen Gemeinschaft gerade in diesem Raum ständig gewachsen ist. Die Türkei, Zypern, Malta und Marokko haben bereits an die EG-Türe geklopft und ihre Mitgliedschaft beantragt. Wo Diskrepanzen in Wirtschaft und Wohlstand zwischen Nord und Süd auf engem Raum wachsen, wächst auch die Sogwirkung der reicheren Nachbarn, also von uns. Diese Sogwirkung dürfte in dem Masse zunehmen, in dem das demographische Wachstum entweder zur Schaffung neuer Arbeitsplätze oder zur Auswanderung zwingt. Um die Jahrtausendwende müssen in diesen Nicht-EG-Ländern 22,4 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden, wenn man das Niveau der jetzigen Beschäftigung in etwa halten will. In Westeuropa, und die Schweiz ist damit also

eingeschlossen, stehen jährlich etwa eine Viertelmillion Arbeitsplätze für Ausländer zur Verfügung, bis 2000 werden es vielleicht, wenn es gut geht, 2 Millionen sein. Setzen Sie das ins Verhältnis zu den 22,2 Millionen neu zu schaffenden Arbeitsplätzen in den arabischen Ländern. Es ist sicher nicht genug, um das überquellende Angebot aus dem Süden aufzusaugen. Es reicht noch viel weniger aus, wenn dieses Angebot aus dem Süden mit dem aus dem Osten, aus Osteuropa und der Sowjetunion, zu erwartenden Migrationsstrom konkurriert. Wirtschaftliche Probleme sind oft die auslösenden Faktoren politischer Krisen. Diese Krisen werden um so gewichtiger, je weniger stabil und widerstandsfähig die tragenden politischen Strukturen sind. Genau aber hier liegt wohl eine der grössten Sorgen, mit denen wir es zu tun haben. Kaum eines der arabischen Küstenländer, von den anderen arabischen Staaten ganz zu schweigen, kann als etablierte Demokratie bezeichnet werden. Unter Druck gesetzt, sei es durch Armut, Arbeitslosigkeit oder soziale Unterschiede, werden sie verletzlich gegenüber extremen Kräften. Wo Religion noch eine so dominierende Rolle in Gesellschaft und Staat spielt, können sich religiöse, wenn nicht fundamentalistische Kräfte an diesen Uebelständen nähren und profilieren. Genau das war in Iran der Fall. Genau das scheint sich nun in den Maghreb-Ländern, bald wohl auch in Aegypten anzudeuten. Manche dieser Bewegungen haben zudem einen deutlich antiwestlichen Unterton. Innere Schwäche oder auch nur die Angst vor innerer Schwäche sucht nach Kompensation gegen aussen. In der stets wachsenden Verbindung und Verbrüderung mit Nachbarländern, mit Bündnissen aller Art, vom Maghreb über den Maschrec, von der Arabischen Liga zum Arabischen Kooperationsrat (Arab corporation council), überall spielte sich hier die Suche nach Selbstbestätigung und Stabilität dieser arabischen Länder ab. Wenig oder gar nichts hat sich bis heute als stabil oder dauerhaft erwiesen. Der Begriff Staat, wie Ihnen Arnold Hottinger sicher viel besser erläutern wird, der Begriff Staat hat im Islam keine Verankerung, die Idee zwischenstaatlicher Bindung steht damit auf schwachen und sehr unstabilen, wechselnden Füßen.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, ich komme damit zum Schluss. Wir stellen fest, der Mittelmeerraum mitsamt den ihm zugewandten Orten ist kein ideales, kein tragfähiges Terrain zur Konfliktbewältigung. Die Diskrepanzen unter seinen einzelnen Teilen sind gross, vielleicht sogar zu gross für einen Dialog. Sie versprechen noch grösser zu werden, ich habe es versucht anzudeuten. Es fehlt vielfach an der innerstaatlichen Stabilität und der erfolgreichen Tradition

zur zwischenstaatlichen Konfliktlösung. Wie soll, wie kann dieser Vielfalt von Konflikten begegnet werden? Muss es, kann es eine besondere Mittelmeerpolitik, eine regionale Konfliktverhütungspolitik geben, trägt Europa hierbei eine besondere Verantwortung? Die Antwort wird kaum eindeutig ausfallen. Gewiss, es gibt allerlei Versuche, Spannungen zu entschärfen, Streit beizulegen oder doch einzufrieren. Es gibt oder gab den Anlauf zu einem europäisch-arabischen Dialog. Es gibt Assoziations- und andere Verträge zwischen der Europäischen Gemeinschaft und anderen Mittelmeerländern. Die politisch wache Europäische Gemeinschaft bemüht sich um eine Rolle bei der Lösung des Nahost-Konflikts. Es gab auch Versuche, Mittelmeerländer am KSZE-Prozess (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) zu beteiligen. Wenn Sie so wollen eine Art Vorzimmer für Erziehung in Menschenrechten und politischen Verhaltensregeln. Viel hat das alles nicht ergeben. Jetzt geistern Vorschläge für eine KSZM, eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeer, oder eine KSZMO, eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren Osten, in den Kanzleien einiger westlicher Aussenministerien herum. Das sind, wenn es gut geht, lobenswerte Ansätze. Jedermann wird sich dabei bewusst, dass sich eine in Jahren mühsam erworbene KSZE-Erfahrung nicht ohne weiteres auf andere Regionen und Traditionen übertragen lässt. Sei es das Mittelmeer oder der Mittlere Osten. Einen Versuch ist eine solche Idee immerhin wert. Im übrigen wird man die Probleme und Konflikte bescheidener getrennt angehen müssen. Jugoslawien ist ein Problem für sich, wir wissen es. So ist es Zypern, so ist es die Rüstung, so ist es das Nahost-Problem, so sind es die Wirtschaftsprobleme. Das Klima dafür scheint günstig. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion sind keine Rivalen mehr. Wenn sie im Golf zusammen marschieren konnten, besteht kein Grund, weshalb sie das nicht auch im Mittelmeer tun sollten.

Die grösste Verantwortung fällt aber Europa, das heisst der Europäischen Gemeinschaft und ihren zukünftigen Assoziierten, zu. Sie haben, jedenfalls dort, wo es um ihre erweiterte Sicherheit geht, ein ureigenes Interesse daran, sich vermehrt und gezielt um den Mittelmeerraum zu kümmern. Das fängt beim Schutz des Meeres an, geht über eine Entwicklungs- und Migrationspolitik und hört bei der Rüstungskontrolle auf. Das sind zweifellos gewaltige Aufgaben. Sie sind um so grösser, als sie nur im Dialog mit den übrigen Mittelmeerländern, vor allem mit den arabischen Staaten, angepackt werden können. Wenn wir uns in die Gesundheit Osteuropas als Teil unseres Kontinentes kümmern müssen und

sollen, dann gilt ähnliches für das Mittelmeer als südlicher Anrainer und Ausgangspunkt europäischer Geschichte und Kultur. Lassen Sie mich mit einem Zitat von dem bereits kurz erwähnten Albert Camus schliessen. Es wird Ihre Französischkenntnisse etwas auf den Prüfstand stellen, was nichts schaden kann. Camus schreibt sehr schön: "Il y a certes dans le peuple russe de quoi donner une force de sacrifice à l'Europe. Dans l'Amérique une nécessaire puissance de construction. Mais la jeunesse du monde se trouve toujours autour des mêmes rivages, bassin international traversé par tous les courants, la Méditerranée est de tous les pays le seul peut-être qui joigne les grandes pensées orientales et occidentales, le seul qui favorise l'homme au lieu de l'écraser." Geschrieben 1937, heute und erst recht morgen gültig.

Erich Gysling

Der israelisch-palästinensische Konflikt

Der Historiker Walter Laqueur gab in seinem Buch "Der Weg zum Staat Israel" einem Kapitel die Überschrift: "Die übersehene Frage". Er schildert darin die Probleme des Zionismus anhand der Tatsache, dass auf jenem Territorium, wo eines Tages der Staat Israel gegründet werden sollte, entgegen der in jüdischen Kreisen gängigen Meinung eine grosse Zahl von Arabern lebte. Für uns mag es absurd erscheinen, dass man sich vor nicht mehr als 70 Jahren überhaupt Gedanken um dieses Thema machen konnte - so selbstverständlich ist es für uns, dass die Region zwischen dem Sinai und dem Litani-Fluss, zwischen Mittelmeer und Jordan, vor der Gründung Israels von Palästinensern bewohnt worden ist, so eindeutig scheint uns, dass es ein palästinensisches Volk gibt. Aber wir können nicht über die Tatsache hinwegsehen, dass dieses Wissen in den frühen zwanziger Jahren, als die Besiedlung Palästinas durch jüdische Pioniere stark zunahm, nur bei einer jüdischen Minderheit halbwegs ausgeprägt vorhanden war.

Laqueur schildert in dem erwähnten Werk die Unruhen vom Mai 1921, bei denen 95 Menschen getötet und mehr als 200 verletzt wurden. Er führt dazu wörtlich aus: "Die Unruhen vom Mai 1921 schockierten und verwirrten die Zionisten. Viele von ihnen erkannten zum erstenmal die Gefahr eines ernststen Konfliktes zwischen den beiden Völkern. Es wurde behauptet, Schuld daran wären die Zionisten mit ihrer Unwissenheit und Ungeschicklichkeit, denn zur Zeit der Balfour-Deklaration seien die mohammedanischen Araber den Juden durchaus wohlgesinnt gewesen, hätten aber bei ihnen kein Verständnis und keine Kompromissbereitschaft gefunden. Infolgedessen hätten sie mit den christlichen Araberführern gemeinsame Sache gegen die "zionistische Gefahr" gemacht. Was auch die Ursachen der Tumulte von 1921 gewesen sein mögen, welche Erklärungen dafür auch angeboten und akzeptiert wurden, von damals an spielte die arabische Frage eine wachsende Rolle in den Diskussionen der Zionistenkon-gresse, in internen Streitigkeiten und natürlich in der zionistischen Diplomatie."

Soweit Laqueur. Die Zionisten verhielten sich in jenen Jahren offenkundig weitgehend so, als wäre Palästina ein menschenleeres Land. So war es natürlich nicht. Die Bevölkerung Palästinas, damals unter türkischer Herrschaft, betrug vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges etwa 700'000. Davon waren 85'000 Juden.

Eine jüdische Mehrheit andererseits hatte Jerusalem: von den 60'000 Einwohnern der Stadt waren damals rund 40'000 Juden, die anderen muslimische und christliche Araber. Will man Antworten auf die Frage finden, wie der Konflikt zwischen Palästinensern und Juden begonnen hat, so muss man versuchen, sich die Zeit kurz nach der Jahrhundertwende in Erinnerung zu rufen. In den Dörfern jener Region, die man Palästina nannte, sahen sich viele arabische Dorfbewohner zum Verkauf ihrer Ländereien gezwungen - aufgrund einer wachsenden Verschuldung. Jüdische Siedler kauften das Land, oft durch Mittelsmänner, und halfen so auf der einen Seite, das Schuldenproblem der lokalen Bevölkerung zu lösen, trugen aber andererseits, zunächst oft ohne eigenes Wissen, zu den wachsenden Spannungen bei. Einen arabischen Nationalismus gab es zwar, aber er konnte unter der Herrschaft der Türken nicht offen zum Ausdruck kommen - im Osmanischen Reich gab es keine Erlaubnis zu politischer Tätigkeit. Das änderte sich, als die Jungtürken den Sultan stürzten. Die Jungtürken erklärten, das Osmanische Reich würde inskünftig konstitutionell regiert, und somit sollte auch die Meinungs- und Pressefreiheit rasch vorankommen. Man gründete auch in den noch von der Türkei dominierten arabischen Ländern Zeitungen (das Osmanische Reich brach bekanntlich erst am Ende des Ersten Weltkrieges zusammen), und in ihnen wurden nun plötzlich jene Forderungen radikal erhoben, die wahrscheinlich schon vorher unterschwellig im Denken der politisch wachen Gruppierungen beherrschend gewesen waren. Der Kampf gegen den Zionismus, also gegen die jüdische Einwanderung und den Landkauf, wurde in kurzer Zeit zu einem Hauptthema der arabischen Politik in Palästina. Flugblätter forderten dazu auf, an Juden kein Land mehr zu verkaufen, und an die Behörden erging die Forderung, die jüdische Einwanderung zu unterbinden.

Auf der Seite der jüdischen Einwanderer nahm man das Anwachsen des arabisch-palästinensischen Widerstands erst sehr zögernd wahr. Die Warner vor einem grossen Konflikt blieben vorerst noch isoliert. Einer von ihnen war Jizchak Epstein, der 1905 erklärte, die arabische Frage sei das wichtigste aller Probleme, vor denen der Zionismus stehe, und gelöst werden könne dieses Problem nur, wenn die Zionisten ein Bündnis mit den Arabern eingingen. Die Juden, so Epstein, seien formal zwar im Recht, aber aufgrund der zionistischen Landkäufe hätten eben doch viele arabische Kleinbauern ihre Existenz verloren, und daher gebe es beim Landkauf auch einen politischen und einen moralischen Aspekt.

Man darf selbstkritische Stimmen wie jene Epsteins allerdings nicht ohne die folgende Anmerkung zur Kenntnis nehmen: Die Anzahl der Bauern, welche direkt aufgrund der von jüdischen Einwanderern aufgekauften Ländereien ihren Grund und Boden verloren, war relativ klein. Die Zionisten kauften ja meistens Grossgrundbesitz, der auswärts Lebenden gehörte. Ein Viertel der nachmals jüdischen Ländereien in den Jahren vor 1920 wurde von einem einzigen Besitzer verkauft, von der in Beirut lebenden christlich-arabischen Familie Sursuq. Aber es gab eben auch indirekte Folgen, und die hingen mit der mit dem Sozialismus verwandten Grundeinstellung der zionistischen Pioniere zusammen. Sie vertraten mehrheitlich die Ansicht, man sollte die Araber nicht als abhängige Lehnempfänger einsetzen, das heisst, man sollte sie nicht als Landarbeiter auf den eigenen Gemeinschaftsgütern anstellen. Eine auf den ersten Blick uneigennützigte Idee zeitigte in diesem Fall sehr problematische Resultate.

In den Jahren zwischen etwa 1910 und 1920 teilte sich die zionistische Bewegung in eine kleine und im allgemeinen unpopuläre Gruppe, welche die arabisch-jüdische Annäherung als wesentliche Aufgabe der Einwanderung nach Palästina betrachtete, und eine Mehrheit, die einerseits einen gewissen nationalen Egoismus als notwendig erachtete und anderseits davon ausging, dass die Palästinenser auf längere Sicht freiwillig mit den jüdischen Einwanderern zusammenarbeiten würden, weil dies ihnen sowohl wirtschaftliche als auch soziale Vorteile bringen würde. Die Zionisten waren davon überzeugt, dass die Mehrheit der Araber die traditionellen Lebens- und Herrschaftsformen loswerden wollte, dass das westliche progressive Ideal auch das Ihrige sei...

Noch einmal, zur Zusammenfassung der Debatte jener Jahre, der Historiker Walter Laqueur. Er analysierte: "Die Zionisten waren einfach nicht willens, die Existenz einer halben Million Nichtjuden in Palästina als unüberwindliches Hindernis zu betrachten, das sie hätte veranlassen können, ihre Träume von einer Rückkehr des jüdischen Volkes in sein Heimatland aufzugeben."

Zwei Dokumente, beide westlich-europäischen Ursprungs, verschärften die Auseinandersetzungen zwischen Arabern und Juden. Das eine war das Sykes-Picot-Abkommen, in dem sich Briten und Franzosen im Jahr 1916 die Machtsphären im sogenannten Orient aufteilten. Der arabische Nationalismus wurde in der Folge, als Reaktion auf das Sykes-Picot-Abkommen, antibritisch und antifranzösisch und dafür germanophil. Nicht ganz übersehen sollte man übr-

gens, dass das Sykes-Picot-Abkommen zwischen den beiden Westmächten und dem zaristischen Russland abgeschlossen wurde, dass es aber von den Bolschewisten, nach der Oktoberrevolution von 1918, bekanntgemacht und diskreditiert wurde.

In noch stärkerem Masse wurde das arabische Selbstbewusstsein durch die Balfour-Deklaration vom November 1917 geweckt, in der den Juden das britische Mandatsgebiet Palästina als "nationale Heimstätte" versprochen wurde. Arnold Hottinger schildert die Folgen so: "Die jüdische Emigration nach Palästina wuchs unverhältnismässig; grosse Mittel zum Aufbau des Nationalen Heimes wurden in der ganzen jüdischen Welt aufgebracht. Zionistische Kreise in Palästina begannen, systematisch Land von den arabischen Grundbesitzern zu erwerben, mit dem deutlich sichtbaren Ziel, ein zusammenhängendes 'jüdisches' Territorium in Palästina aufzubauen. Da die zionistischen Interessen als zusammenhängende, zentral geleitete Finanzblöcke operierten, während die arabischen Grundbesitzer diesen Interessen zuerst vollkommen uneinig und unkonsolidiert gegenübertraten, ist der Erfolg der Zionisten bei diesen Landkäufen zu verstehen."

Man sollte die Folgejahre nicht als Zeit eines sich verschärfenden Konflikts von einer in sich geeinten gegen eine andere, ebenfalls in sich geeinte Seite verstehen. Bei den jüdischen Pionieren gab es verschiedene Strömungen, die sich für eine Verständigung mit den Arabern einsetzten. "Brit Schalom", der Friedensbund, gehörte dazu. Er wurde 1925 gegründet und wurzelte philosophisch im jüdischen Humanismus von Martin Buber. Der Friedensbund warb für einen bi-nationalen Staat, womit er sich allerdings in scharfen Gegensatz zur Bewegung der sogenannten Revisionisten unter der Führung von Wladimir Jabotinsky setzte. Jabotinsky glaubte, dass die Juden ein Anrecht auf die Errichtung eines eigenen Staates in Palästina besäßen, da sie in der Diaspora nicht nur sozial und wirtschaftlich, sondern auch in ihrer physischen Existenz bedroht würden. Dieses Überlebensrecht der Juden wiege moralisch schwerer als das Heimatrecht der einheimischen Araber. "Jabotinsky propagierte nicht nur eine Vertreibung der eingeborenen Palästinenser - er forderte die Masseneinwanderung von Juden und einen militärisch organisierten Selbstschutz. Erst wenn die wahrhaften Zionisten die Mehrheit in Palästina erreicht hätten, könnten sie mit ihrem "ehernen Wall" die Araber zum Nachgeben, zur Anpassung und schliesslich zur Absorption in

einem jüdisch beherrschten Staat zwingen." (Friedrich Schreiber: Die Palästinenser, München 1983).

Rückblickend ist es oft nicht möglich, Ursachen und Wirkungen in der sich steigernden Auseinandersetzung zwischen jüdischen Pionieren und Palästinensern zu unterscheiden. Beide Gemeinschaften wollten ihre nationale Identität verwirklichen, beide wollten die Autonomie von den damals in der Region herrschenden Mächten, beide strebten letzten Endes die Gründung eines unabhängigen Staates an. Die Logik hätte es eigentlich geboten, dass beide ihre Kräfte vereinen, sich über Grenzen und Möglichkeiten der eigenen Zielsetzungen hätten klarwerden sollen. Aber so war die Realität nicht; es gibt wahrscheinlich keine Parallele zur Feindschaft, die sich gerade zwischen zwei Gemeinschaften herausbildet, welche zur gleichen Zeit ähnliche - aber nicht gleiche - Ziele verfolgen.

Drei grosse Wellen von Unruhen, von Gewalt zwischen Palästinensern und jüdischen Einwanderern gab es vor der Zeit des Zweiten Weltkrieges: jene von 1921, von 1929 und von 1936. Anfänglich wurden die Unruhen jeweils durch vereinzelte Zwischenfälle ausgelöst, aber 1936 war es anders. Die jüdische Einwanderung in Palästina erreichte nach Hitlers Machtergreifung Rekordhöhen. Mitte der dreissiger Jahre stellten die Juden bereits 30 Prozent der Gesamtbevölkerung des Gebiets Palästina. Der Widerstand der Palästinenser wurde allmählich permanent, und auf der jüdischen Seite übten Organisationen wie Hagana und Irgun Zvai Leumi ab 1937 teils gezielte Vergeltungsschläge, teils wahllosen Terror aus, wie er auch von der anderen Seite angewendet wurde. Die britischen Truppen versuchten bisweilen, Gewaltakte zu verhindern, und das führte zu antibritischen Gefühlen sowohl bei den Arabern als auch bei den Juden. Kurz vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges versuchten die Briten dann noch, ihre Politik im Mandatsgebiet Palästina zu verändern: durch das sogenannte Weissbuch schränkten sie die Einwanderung von Juden ein, und der Landkauf wurde untersagt. London hatte die Araber als die schwächere Seite in einem immer bedrohlicheren Konflikt erkannt und wollte diese Seite schützen. Grossbritannien versuchte nun, den status quo künstlich aufrechtzuerhalten.

Was bei der Betrachtung der Geschichte der dreissiger Jahre in Palästina oft übersehen wird, ist, dass die Art des Landerwerbs durch die jüdischen Einwanderer sich nun änderte und dass dies soziale und politische Folgen hatte,

die sich von den Resultaten der früheren Landkäufe unterschieden. In den dreissiger Jahren kauften die Immigranten zu 63 Prozent Land von palästinensischen Grossgrundbesitzern, also nicht mehr von Auswärtigen, und zu mehr als 22 Prozent von palästinensischen Kleinbauern. Jetzt trat bei der palästinensischen Landbevölkerung eben doch das ein, was die palästinensische Intelligenzija vorher schon befürchtet hatte, nämlich eine allgemeine Verarmung. Die gab es allerdings, das muss erwähnt werden, auch in anderen nahöstlichen Regionen, und dort nicht aufgrund einer Fremd-Einwanderung, sondern aufgrund von wirtschaftlichen Umschichtungen. Ägypten und die Gebiete Syriens und des Iraks waren davon betroffen.

Der Zweite Weltkrieg brachte zunächst eine Kampfpause zwischen den jüdischen Einwanderern und den Palästinensern, aber die relative Stille war trügerisch. Amin al-Husseini, Grossmufti von Jerusalem, versuchte, der palästinensischen Bewegung eine deutschfreundliche Note zu geben. Es gab ein Treffen zwischen Husseini und Hitler, und ein paar Wochen später beschlossen die Nazis die "Endlösung der Judenfrage". Auf der anderen Seite beschlossen die amerikanischen Zionisten, den Kampf gegen die von den Briten durch das Weissbuch verfügte Beschränkung der jüdischen Einwanderung nach Palästina zu bekämpfen - sie taten dies durch das sogenannte Biltmore-Programm und forderten, 1942, die Gründung eines sogenannten jüdischen "Commonwealth".

Die Zeit nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war gekennzeichnet durch den Kampf der jüdischen Einwanderer gegen die noch immer präsenten britischen Truppen einerseits und durch immer mehr Bombenanschläge, Überfälle und Vergeltungsaktionen von der palästinensischen gegen die jüdische und von der jüdischen gegen die palästinensische Bevölkerung andererseits. Die Briten versuchten, Waffenimporte zu unterbinden, was zu einem blühenden Schwarzhandel für Kriegsmaterial führte. Sie unterbanden ausserdem die jüdische Einwanderung, und dies obwohl die Weltöffentlichkeit den Überlebenden des Holocaust wenigstens die Möglichkeit zuerkennen wollte, nach Palästina auszuwandern. Als die jüdische Untergrundorganisation Irgun im Juli 1946 das King-David-Hotel in Jerusalem in die Luft sprengte, breitete sich bei den Engländern immer deutlicher der Wunsch aus, dem Chaos in Palästina zu entfliehen und Araber und Juden sich selbst zu überlassen. Die britische

Regierung beschloss schliesslich, die Verantwortung einer anonymen Instanz zu übergeben, der damals noch jungen und von Schwungkraft erfüllten Uno.

Eine Mehrheit der Mitgliedstaaten befürwortete im November 1947 die Teilung Palästinas in zwei unabhängige Staaten, einen jüdischen und einen palästinensischen. Der eine Staat war gedacht für die damals 650'000 Juden, der andere für die damals 1,2 Millionen Palästinenser. Die Juden nahmen den Plan an und gründeten den Staat Israel, die Palästinenser lehnten ab, und als Israel seine Unabhängigkeit erklärte und 1948 zum Staat wurde, versuchten die Armeen der arabischen Staaten, diesen Gründungsakt durch Gewalt rückgängig zu machen - mit den bekannten Folgen.

Was stand bei diesem Ausbruch von Gewalt hinter den Taten? Die Araber waren überzeugt davon, dass die Briten mit den Zionisten ein hinterhältiges Manöver ausgeheckt hatten, um durch die Gründung Israels einen westlichen Brückenkopf in Nahost zu errichten.

Die Debatte darüber, ob Palästinenser während des von den Arabern entfesselten Krieges massenweise von den Israelis vertrieben wurden oder ob die Auswanderung einem Appell von arabischer Seite entsprach - diese Debatte ist bis heute nicht abgeschlossen. Es gab beides: eine Einschüchterungstaktik und eine Vorwegnahme von Angst bei den Palästinensern, welche die kollektive Rache der Israelis fürchteten. Es gab absichtlich gesteuerte Fehlinformationen, um die Palästinenser zum Auszug zu motivieren, aber es gibt auch dies: die Feststellung, dass diese Tragödie sich nicht vollzogen hätte, wären die Araber mit der Teilung Palästinas einverstanden gewesen. Aus ihrer Sicht allerdings sah das ganz anders aus: die Teilung war in der arabischen Sicht ein Landraub, ein international manipuliertes Implantieren einer Schöpfung des Kolonialismus im arabischen Gebiet.

Die palästinensische Frage wurde nach der arabischen Niederlage gegen Israel in den Hintergrund gedrängt. Arabische Länder, in denen Palästinenser als Flüchtlinge Aufnahme gefunden hatten, nutzten die Absichten der Immigranten für die eigenen politischen Zwecke. Die Palästinenser ihrerseits konnten sich jahrelang nicht auf eine gemeinsame Vertretung einigen. Der ägyptische Präsident Gamal Abd el-Nasser prägte 1959 das Wort von der "palästinensischen Einheit", die in einer in Kairo stationierten und somit kontrollierbaren Exil-

regierung ihren Ausdruck finden sollte. Die irakische Regierung unter General Kassem sprach von der Gründung einer "Republik Palästina" im Gebiet Cisjordaniens, das damals von der Haschemiten-Dynastie kontrolliert wurde, und im Gaza-Streifen.

Die Anliegen der Palästinenser wurden für Jahre zu einem Spielball innerarabischer Rivalitäten. Die Wende begann erst 1963: damals herrschte in der arabischen Welt weitherum Aufregung wegen jener Pläne Israels, das Jordan-Wasser für die Bewässerung der Landwirtschaft in Galiläa nutzbar zu machen. Abd el-Nasser motivierte damals die Arabische Liga, bei der Schaffung einer allumfassenden palästinensischen Organisation aktiv zu werden. Im Januar 1964 erklärten die Monarchen und Präsidenten der Teilnehmerländer der ersten Gipfelkonferenz der Arabischen Liga in Kairo ihre Bereitschaft, eine "palästinensische Einheit" anzuerkennen. Ahmed Shukeiry, damalige Führungspersönlichkeit bei den Palästinensern, erklärte: "Der bewaffnete Kampf ist der einzige Weg, Palästina zu befreien. Daher ist er die übergeordnete Strategie, nicht nur eine taktische Phase. Das palästinensische arabische Volk stellt seine absolute Entschlossenheit ... fest, den bewaffneten Kampf fortzusetzen und für eine bewaffnete Volksrevolution zur Befreiung seines Landes und seiner Rückkehr zu arbeiten."

Es war damals umstritten, wieviel Militanz sich diese PLO leisten sollte, und umstritten war noch etwas anderes: Sollte zuerst die Einheit der arabischen Nation verwirklicht werden - das forderten damals die Nasseristen und die Baathisten - , oder sollte Vorrang haben, was als Befreiung Palästinas bezeichnet wurde? Im übrigen wurde nicht klar, welche Gebiete man zu Palästina zählen wollte. Die Widersprüche in dieser Hinsicht trafen sich mit jenen Widersprüchen, welche bei den Juden, zumindest bei den Aktivisten vom rechtsstehenden Gush Eminentum, viel später erkennbar wurden: sie ihrerseits konnten und können sich nicht darüber einig werden, welches Gebiet als das "verheissene Land" betrachtet werden soll. In der Bibel gibt es drei territoriale Auslegungen: Einmal wird ein Gebiet bezeichnet, das etwa dem seit 1967 besetzten Cisjordanien plus das Territorium Israels entspricht; ein andermal ist von einem Israel vom Euphrat bis zum Nil die Rede; gemäss einer weiteren Stelle würde Israel gar bis zum Persischen Golf reichen.

So weit auseinander klafften die Vorstellungen der Palästinenser in bezug auf Palästina geografisch allerdings nie. Zur Diskussion stand und steht, ob man einen Palästinenserstaat in den jetzt von Israel besetzten Gebieten errichten sollte oder ob die Staatsgründung von Anfang an auch auf jenes Gebiet abzielen sollte, das den Palästinensern durch die Gründung Israels abhanden gekommen ist. Eine Klärung dieser Frage zeichnete sich erst bei Yassir Arafats Rede in Genf im Dezember 1988; so lange brauchte die Spitze der PLO, um sich auf ein Palästina-Staatsgebiet im Rahmen der 1967 von Israel besetzten Gebiete - und auf eine Aussage zugunsten der Anerkennung Israels - festzulegen. Die palästinensische Territorial-Festlegung ist seither fast schon klarer als die israelische, denn in Israel breitet sich mehr und mehr die Meinung aus, die 1967 besetzten Gebiete Cisjordanien, Golan-Höhen und allenfalls auch Gaza-Streifen seien auf immer und ewig israelisches Gebiet, während in nicht allzuferner Zukunft Jordanien, also Husseins Königreich, den Palästinensern übergeben werden sollte. So sähe das Ei nicht des Kolumbus, sondern jenes von Ariel Sharon aus, und man stellt in Israel fest, dass diese Konstruktion allmählich auch über das Spektrum der Rechtsausen hinaus eine steigende Zahl von Verfechtern zu finden beginnt.

In den sechziger Jahren sah die nahöstliche Welt in den Köpfen der Aktivisten noch anders aus: verschiedene arabische Regierungen versuchten damals, die radikalen Kräfte bei den Palästinensern in einer sogenannten Palästinensischen Befreiungsarmee (PLA) zu bändigen, welche den nationalen Kommandostrukturen Ägyptens, Iraks und Syriens unterstellt werden sollte. Aber die radikaleren Kräfte in der PLO (Arafat, Kaddumi, Abu Iyad und Abu Jihad) setzten sich über diese Tendenzen hinweg und begannen Ende 1964 mit Guerilla-Aktionen auf israelischem Territorium. Ägypten versuchte in mindestens einem prominenten Fall, die Guerilleros zurückzuhalten, und verhaftete einige palästinensische Freischärler. Die PLO-Leute waren damals, in den sechziger Jahren, sowohl Drahtzieher wie Gezogene. Syrien benutzte die Palästinenser immer wieder, um Ägypten in Verlegenheit zu bringen. Vor dem Juni-Krieg von 1967 provozierte das syrische Regime, mit der von Damaskus gewollten Hilfe von Palästinensischen Guerilleros, Israel durch Terrorangriffe in der Nähe der damaligen Golan-Grenze. Und Ahmed Shukeiry, noch PLO-Chef (aber bei arabischen Politikern schon schwer diskreditiert), rief aus: "Die Juden werden aus Palästina verschwinden müssen. Wir werden ihre Reise in ihre frühere Heimat

erleichtern. Wenn alte palästinensische Juden überleben, können sie bleiben - aber ich habe den Eindruck, dass keiner von ihnen überleben wird."

Nach dem Sechstagekrieg vom Juni 1967 und seinen verheerenden Folgen für das Selbstverständnis der Araber (der aus dem Libanon stammende Politologe Fuad Ajami hat diese Phase in seinem Buch "The Arab Predicament" anschaulich analysiert) und dem Prestigezuwachs Israels wurde die PLO umgebildet. Das Exekutivkomitee erzwang unter dem Einfluss der Guerilla-Organisationen und der PLA den Rücktritt Shukeirys, und in einem bis ins Jahr 1969 dauernden Verhandlungsprozess übernahm die "Fatah" und mit ihr Yassir Arafat die Führung innerhalb der Palästinensischen Befreiungsorganisation. Diese neugeformte PLO konnte von den arabischen Frontstaaten die Zusage erringen, dass die palästinensischen Guerilleros volle Bewegungsfreiheit in den betreffenden Territorien erhalten sollten. Dieses Versprechen wurde durch die politische Praxis Ägyptens, Syriens und Jordaniens allerdings wesentlich eingeschränkt.

In Jordanien insbesondere führten palästinensische Guerilla-Ansprüche und die Ziele des Königs zum Konflikt. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung Jordaniens war nach dem 67er Krieg palästinensischer Herkunft - die Herrschaft aber wurde und wird, wenn auch unter kontrollierter Beteiligung der palästinensischen Oberschicht, von einheimischen Kräften ausgeübt. 1968 ergriff König Hussein erstmals einschneidende Massnahmen gegen die palästinensischen Aktivisten, aber weitere Guerilla-Aktionen trieben die Spannungen wellenweise immer wieder in die Höhe, bis zum Ausbruch des grossen Konflikts zwischen der PLO und der jordanischen Armee im September 1970, dem sogenannten Schwarzen September. Die jordanische Zielsetzung, einen weiteren Krieg mit Israel zu vermeiden, spielte im Vorfeld des Schwarzen Septembers die wesentliche Rolle: König Hussein hatte im Juni 1970 seine Zustimmung zum Nahost-Plan des damaligen amerikanischen Staatssekretärs Rogers gegeben, in dem eine Waffenruhe zwischen Jordanien und Israel festgeschrieben wurde. Den Guerillaverbänden sollte die Möglichkeit bewaffneter Aktionen über die Grenze hinweg inskünftig verwehrt bleiben. Die PLO setzte sich jedoch über die Vereinbarung hinweg und attackierte weiterhin israelische Siedlungen im Jordantal. Israel antwortete mit Vergeltungsangriffen durch seine Luftwaffe.

Der Schwarze September forderte nach PLO-Angaben 3400 Todesopfer und gegen 11'000 Verwundete. Die Niederlage der Palästinenser führte zum

Übersiedeln der wesentlichsten Teile der PLO-Infrastruktur und zur Verlegung von militärischen Ausbildungszentren der Palästinenser in den Libanon. Die PLO konnte ihre Machtbasen insbesondere im Süden des Landes so stark ausweiten, dass sie dort zu einem Staat im Staate wurde. Und die Obrigkeit des Libanon war, im Gegensatz zu jener Jordaniens, zu schwach, um sich gegen die Ansprüche der Palästinenser auf Lebens- und Bewegungsraum klar abzugrenzen. Kam hinzu, dass die libanesische Regierung schon seit der Unterzeichnung des "Kairoer Abkommens" vom November 1969 keine Handhabe mehr hatte, um der PLO Direktiven auf dem Gebiet des südlichen Libanon zu erteilen. Im Abkommen war festgehalten worden, dass die Palästinenser sich bei ihren Aktivitäten in den Städten Libanons zurückhalten sollten, dass sie andererseits aber weitgehende Vollmachten in der Grenzregion gegen Israel erhalten würden.

Der Krieg von 1973, ausgelöst durch Ägypten und getragen vom Willen auf arabischer Seite, die Resultate des 67er Krieges rückgängig zu machen, schien die Chance in sich zu bergen, dass Israel und die Palästinenser sich nach der Beendigung des Konflikts in kooperativem Sinne würden annähern müssen. Die israelische Führung schien anzuerkennen, dass die spannungsgeladene Situation nur aufgrund politischer Kompromisse gelöst werden könnte. Aber nichts Wesentliches geschah: der Terror von palästinensischer Seite ging weiter, und auch wenn man erkennen konnte, dass die Gewalt je länger desto deutlicher das Werk von Randgruppen der palästinensischen Bevölkerung war, so unterliess man es auf israelischer Seite dennoch nicht, die angeblich voll auf Terror konzentrierte Strategie der PLO anzuprangern. Die Verweigerungshaltung Israels in bezug auf Konzessionen wurde ab 1977 klar erkennbar: in der Wahl jenes Sommers siegte Menachem Begin mit seinem Likud-Block, in der Wahlkampagne tauchten erstmals Flugblätter auf, welche den Anspruch Israels auf das seit 1967 besetzte Cisjordanien bekräftigten; die Besiedlung dieses Gebiets, das die Wahlsieger und die weiter rechts stehenden Gruppierungen wie Gush Emunim als Judäa und Samaria bezeichneten, begann systematisch und wurde je länger, desto intensiver fortgesetzt. Der zwischen Israel und Ägypten abgeschlossene Friede und die Rückgabe der Sinai-Halbinsel durch Israel an Ägypten weichten die arabische Front auf, und vieles spricht dafür, dass zumindest Menachem Begin und seine Gefolgsleute die Verträge von Camp David und den Friedensvertrag mit Kairo so verstanden, dass sie nun freie Hand in bezug auf die von Palästinensern bewohnten Gebiete hätten. Sporadische Guerilla-Aktionen gegen Israel und gegen

Israeli im Ausland dienten als Vorwand für den Krieg Israels gegen die PLO im Libanon im Sommer 1982. Die Führung der Palästinensischen Befreiungsorganisation konnte damals zwar zum Auszug aus Beirut, zur Umsiedlung nach Tunis gezwungen werden, aber dieser Krieg löste ebensowenig an Grundsätzlichem wie andere Kriege im Nahen Osten. Nach angemessener Frist kehrten die Palästinenser in den Libanon zurück, und heute, im Jahr 1991, haben wir eine Situation, die jener der frühen 80er Jahre in einigen Aspekten gleicht. Wieder haben die palästinensischen Organisationen sich in Lagern im Süden Libanons etablieren können, wieder führen die Israeli mit ihrer Luftwaffe sogenannte Vergeltungsaktionen. Arafat hat zwar dem Terror abgeschworen und Israel mindestens indirekt anerkannt, aber die israelische Führung erklärt jetzt, Arafat repräsentiere nicht das Gros der Palästinenser und habe keine Kontrolle über seine Leute. Kommt hinzu, dass Arafat und die meisten anderen PLO-Spitzenleute sich während des Irak-Konflikts von Bagdad aus in harscher, militanter Form gegen Israel aussprachen und dass viele Palästinenser in den besetzten Gebieten und ausserhalb jedesmal Freudenfeste veranstalteten, wenn eine irakische Rakete auf Israel abgefeuert wurde.

Nach dem Ende des Irak-Kriegs nahm die israelische Führung all das als Rechtfertigung dafür, dass man nicht auf den vom amerikanischen Staatssekretär Baker vorgetragenen Dialogplan für den Nahen Osten eingehen wollte. Nach vier Baker-Reisen schloß die amerikanische Nahost-Diplomatie ein. Präsident Bush und Aussenminister Baker übten zwar harsche Kritik an der israelischen Siedlungspolitik, aber was Washington dagegen unternehmen wollte, blieb unklar. Allenfalls würden Kredite für Israel etwas verzögert, aber mehr an schmerzhaften Reaktionen war und ist nicht zu erwarten. Denn die USA betrachten Israel langfristig nach wie vor als den einzig wirklich verlässlichen Partner in der Region Nahost und hegen, Allianzen rund um den Krieg gegen Irak hin oder her, ein tiefsitzendes Misstrauen gegenüber den wesentlichen Wertvorstellungen der arabischen Welt. Der arabische Nationalismus, auch wenn er sich nicht als Vorstufe beim Übergang zum Kommunismus herausgestellt hat, gilt aus amerikanischer Sicht immer noch als ein Element zu Militanz und Aggressivität - und der islamische Fundamentalismus ist für die Amerikaner und für viele Europäer ein Schreckgespenst, das man nicht nur als nach innen wirkende Kraft erkennen will, sondern dem man auch expansionistische Neigungen zuspricht. Innerhalb der PLO, so analysiert man in den USA und in

Israel, sind sowohl nationalistische als auch fundamentalistische Strömungen erkennbar, ja beide haben im Verlauf der Intifada seit Ende 1987 zunehmend an Artikulationsfähigkeit gewonnen. Die Intifada ihrerseits hat Israel nicht zu mehr Kompromissbereitschaft zwingen können. Mehr als 700 Palästinenser sind darin umgekommen, aber das ändert nichts daran, dass die Intifada zum Alltag geworden ist und dass niemand mehr daran glauben kann, sie werde die Sachlage in den von Israel besetzten Gebieten grundlegend verändern.

Auch die Palästinenser selbst glauben das nicht mehr, seit die Intifada zu einem eigentlichen Bandenkrieg verkommen ist, in dem Jugendliche, 14- bis 16jährige, in eigener Kompetenz Rachefeldzüge gegen Palästinenser unternehmen, denen sie Kollaboration mit Israel vorwerfen. Jetzt beginnt die palästinensische Intelligenzija allmählich, sich in öffentlichen Diskussionsforen von der Intifada zu distanzieren, und sie sucht den Weg des Dialogs mit jenen Kräften in Israel, die auch nach dem Irak-Krieg noch gesprächsbereit sind. Ob die gleichen Kreise auch entscheidungsfähig, einflussreich in der Politik oder kompetent für Weichenstellungen irgendwelcher Art sind, bleibe dahingestellt - die Entwicklung weist eher in eine andere Richtung. Israel schafft Woche um Woche neue faits accomplis mit dem Bau von neuen Siedlungen und dem Ausbau bereits bestehender Siedlungen. Wenn die Entwicklung so weitergeht wie in den letzten Monaten - und alles spricht dafür, dass dies der Fall sein wird -, dann wird Cisjordanien nach der Jahrhundertwende zwar noch nicht eine israelische Mehrheit gegenüber einer palästinensischen Minderheit aufweisen, aber das Verhältnis der Bevölkerungszahl dürfte dann doch etwa eins zu drei betragen - und die Macht, sie bleibt eindeutig auf der Seite der Israeli.

Dr. Arnold Hottinger

Das Problem der arabischen Staatlichkeit

Die arabischen Staaten der Gegenwart kämpfen mit einer geringen Legitimität, die sie in den Augen ihrer Bevölkerung besitzen, weil sie vielen Arabern als "künstliche Staaten" gelten. - Was ist damit gemeint? Wenn man die Araber selbst darüber befragt, erhält man als erste Antwort: die Grenzen dieser Staaten seien künstlich, denn der Kolonialismus habe sie in seinem eigenen Interesse und zu seinem Nutzen gezogen. In der Tat trifft zu, dass die meisten der Grenzen, welche die heutigen arabischen Staaten voneinander trennen, von den Kolonialmächten nach dem Ersten Weltkrieg oder schon früher festgelegt wurden. Man muss auch einräumen, dass die Grenzziehungen in erster Linie auf die Wünsche und Bedürfnisse der damaligen Kolonialmächte Rücksicht nahmen. Sehr deutlich wurde dies im Fall der Auflösung des Osmanischen Reiches nach 1918: Frankreich und Grossbritannien teilten sich in das arabische Erbe dieses Vielvölkerstaates. Die Sowjetunion, mit ihrer damaligen Revolution beschäftigt, schied freiwillig aus der Erbteilung aus. Grossbritannien und Frankreich legten in einem längeren Verhandlungsverfahren, das schon während des Krieges begann und erst 1923 mit der Schaffung Transjordaniens zu Ende ging, die Grenzen derart fest, dass Frankreich ein zusammenhängendes Levantegebiet erhielt, aus dem es Libanon als einen mehrheitlich christlichen Staat und dazu zunächst zahlreiche muslimische Staatsgebiete in Syrien schuf, während Grossbritannien einen zusammenhängenden Gürtel von Staaten erhielt, der sich vom Mittelmeer bis nach Persien erstreckte und so eine Landbrücke nach Indien hin öffnete.

Das Erdöl spielte damals noch nicht die gleiche Rolle wie heute, doch wurde es auch schon in Rechnung gestellt: Paris entschloss sich, die Provinz Mosul an das britische Mandatsgebiet Irak abzutreten, und erhielt dafür eine Beteiligung von 23,75 Prozent in der Irakischen Erdölgesellschaft (IPC). London zögerte einen Augenblick lang, ob es das heutige iranische Khusistan einem arabischen Scheich unterstellen wollte, Scheich Khazal von Ahwaz, entschloss sich aber dann, die Erdölprovinz bei Iran zu belassen, wo gerade ein von London begünstigter starker Mann, der künftige Reza Schah, zur Macht aufstieg.

Dem Persischen Golf entlang hatte Grossbritannien schon im vorausgehenden Jahrhundert eine Kette von Kolonien und verbündeten Kleinstaaten errichtet, die

von Kuwait über Bahrain und die Vertragsküste nach Oman und bis Aden reichte. Dabei ging es vor allem darum, den Weg nach Indien für Grossbritannien sicherzustellen. Alle Verträge mit den beschützten Kleinherrschern machten klar, dass sie keine Beziehungen mit anderen Staaten ausser mit Grossbritannien aufnehmen sollten. Als Gegenleistung garantierte London ihnen ihre Fortdauer. Dass in jenen Küstengebieten und in Arabien selbst grosse Erdölschätze lagerten, wusste man damals noch nicht.

Im Maghreb ist die grosse Ausdehnung Algeriens mit seinem riesigen Wüstengebiet und mit Grenzen im Osten wie im Westen, die zu Gunsten Algeriens und zu Ungunsten von Tunesien und Marokko gezogen wurden, ebenfalls ein Produkt der kolonialen Grenzziehung. Algerien galt Paris bis kurz vor der Befreiung von 1962 als ein "Stück Frankreich", dessen mögliche Unabhängigkeit überhaupt nicht ins Auge gefasst wurde. Im Gegensatz dazu waren sowohl Tunesien wie auch Marokko juristisch gesehen bloss französische Protektorate. Sie besaßen eigene Regierungen, die des Dey und des Sultans, welche die Franzosen nach der Eroberung nur "berieten". Dass sie also früher oder später diese beiden Länder wieder in die Unabhängigkeit entlassen würden, war von Beginn an impliziert. Deshalb schlugen die französischen Verwaltungen während des 19. und 20. Jahrhunderts immer grössere Teile der Sahara zu Algerien, wo, wie sie glaubten, Frankreich immer bleiben werde. Auch Paris baute eine Landbrücke, die von Algerien nach Französisch Westafrika reichte.

Man kann daran erinnern, dass auch eine Aufteilung Anatoliens geplant war. Der Vertrag von Sèvres von 1920 brachte sie zum Ausdruck. An ihr waren Grossbritannien, Frankreich, Italien und Griechenland beteiligt; die Armenier sollten einen eigenen Staat erhalten; und den Kurden wurde ein autonomes Gebiet versprochen. Dass aus dieser Aufteilung nichts werden sollte, ging einzig auf den türkischen Aufstand zurück, den Mustafa Kemal Atatürk auslöste und als Türkischen Befreiungskrieg (1919-23) gewann. Dies schuf die Grundlagen zum Nationalstaat der Türken in Anatolien, ursprünglich entgegen den Wünschen und Plänen der Entente-Mächte. Ohne diese Erhebung der Türken wäre wohl auf der Anatolischen Halbinsel ein ähnlich buntes Staatenmosaik entstanden, wie die östliche arabische Welt es werden sollte.

Als besonders künstlich gelten den meisten Arabern, etwa in Aegypten oder im Irak, die Erdölkleinstaaten am Rande der Arabischen Halbinsel. Sie wurden zwar

nicht als Erdölstaaten gegründet, sondern wie oben erwähnt als britische Protektorate und Vertragsgebiete, weil sie am Seeweg nach Indien lagen. Doch sie sind ohne Zweifel am Ende unabhängige Zwergstaaten und Mitglieder der Uno geworden, weil ein jeder von ihnen zwar nur eine kleine Bevölkerung, aber soviel Erdöl besass, dass sie sich die Unabhängigkeit leisten konnten. Kleine und schwache Erölproduzenten als Partner im Erdölgeschäft zu haben, keine ausgedehnten und volkreichen Staaten, lag natürlich auch im Wirtschaftsinteresse der westlichen Industriestaaten. Die Araber der volkreichen und erölarmeren Länder sehen in erster Linie jenen Aspekt; sie urteilen: die Grenzen wurden so festgelegt, wie sie liegen, und 1991 auch mit grossem Aufwand gegen den Irak verteidigt, weil sie im Interesse der westlichen Industriestaaten sind. Diese sind besser daran, wenn sie den Herrschern der Kleinstaaten Luxusgegenstände, Flughäfen und reiche Infrastrukturen verkaufen können, als wenn sie um das von ihnen benötigte Eröl mit volkreichen Staaten zu handeln hätten, die allmählich mit den Oelgeldern ihre eigenen Industriestrukturen aufbauen würden und möglicherweise auch in die Lage gerieten, höhere Oelpreise zu fordern. Die Ungleichheit zwischen den erölarmeren und volkreichen grösseren Staaten und den eröltreichen, volkarmen mit all ihren Reichtümern (deren Ueberschüsse in Europa und Amerika angelegt werden), geht in den Augen der grossen Mehrzahl der Araber auch auf die "künstlichen" Grenzen zurück, welche die Kolonialstaaten zur Zeit ihrer Machtausübung kreuz und quer durch die arabische Welt gezogen hatten.

Natürlich wird auch die Errichtung eines Staates der Juden in Palästina und die damit verbundene Austreibung des grössten Teils der ursprünglichen, arabischen Bewohner des Landes in einem ähnlichen Lichte gesehen. Es sei dabei den Kolonialmächten und später Amerika darum gegangen, die Araber zu schwächen, um sie besser beherrschen zu können. Tatsächlich spielten bei der ursprünglichen Proklamation der "jüdischen Heimstätte" in Palästina (Balfour-Erklärung von 1917 und auf ihr beruhende Palästina-Politik der britischen Mandatsmacht) nachweisbar auch Ueberlegungen von "divide et impera" eine Rolle. Andere Gründe mehr humanitärer und wirtschaftlicher Natur sollen dadurch nicht abgestritten werden.

Es gibt unter den arabischen Staaten einige, wie etwa Aegypten, die in der Tat "natürliche Grenzen" besitzen (obgleich man sich sogar in jenem Fall darüber

streiten könnte, wo die "natürliche Grenze" zwischen Aegypten und Libyen zu liegen käme oder ob der Sinai "natürlicherweise" zu Aegypten oder zu Palästina zu schlagen wäre).

Doch sogar im Fall eines in jeder Hinsicht so klar umrissenen Landes wie Aegypten darf nicht übersehen werden, dass es die grundsätzlich gleiche Sprache spricht und der gleichen Zivilisation angehört wie die anderen arabischen Gebiete. Viele pan-arabische Nationalisten der Nasser-Zeit urteilten, und manche sind heute noch dieser Ansicht, dass die gesamte arabische Welt ebenso zusammengehöre und zusammengeschlossen werden müsse wie Deutschland und Italien im 19. Jahrhundert. Erst dann, so lautete zum Beispiel das Credo der Arabischen Baath-Partei, könnten die Araber ihr volles Potential in kultureller, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht erreichen und ausschöpfen.

Die Abschaffung der "künstlichen Grenzen", die ihre Staaten voneinander trennen, ist bei allen Arabern sehr populär. Auf der einfachsten Ebene ist dies der Fall, weil die Schikanen, welchen die Leute beim Grenzübergang unterworfen werden, nach der Unabhängigkeit mit den Jahren immer schwieriger und manchmal überhaupt unüberwindlich geworden sind, statt abzunehmen. Die Araber haben jedoch, gerade angesichts der künstlichen Natur ihrer Grenzen, viele oft zwingende Anlässe, ihre Grenzen zu überschreiten. Arbeitssuche in den ölreichen Staaten, Verwandtenbesuche über die arbiträr gezogenen Grenzlinien hinweg, neben dem normalen Handel und Wandel, fordern häufige Grenzüberquerungen. Dies ist besonders bei den palästinensischen Vertriebenen der Fall, deren Familien über die ganze Arabische Welt hin verstreut leben müssen. Gerade ihnen werden aus politischen und aus rein bürokratischen Gründen die Grenzüberquerungen zu einer besonderen Hölle gemacht.

Die Grenze zwischen Libyen und Aegypten war zwischen 1973 und 1989 hermetisch geschlossen. Wer von Kairo nach Benghazi reisen wollte, musste über Athen oder Rom fliegen, natürlich auch die vielen tausend ägyptischen Fremdarbeiter, die ihr sauer verdientes Geld besser hätten verwenden können. Die Grenze zwischen den Bruderstaaten Syrien und Irak ist seit 1979 ebenso unpassierbar. Schon früher wurde sie zeitweise geschlossen, weil die beiden Baath-Regime einander so tief misstrauten. Die Waffenstillstandslinien zwischen Israel und seinen Nachbarn sind seit 1949 geschlossen, was wegen der zentralen Lage Israels innerhalb der Arabischen Welt auch bedeutet, dass man nicht mehr

auf dem Landweg zwischen Libanon und Aegypten reisen kann. Die Jordan-Brücken bilden seit 1967 eine Ausnahme, aber nur für bestimmte Gruppen von Arabern (solche, die eine Aufenthaltsbewilligung in den besetzten Gebieten besitzen) und für Touristen. Die dortigen Leibesvisitationen, angeblich aus Sicherheitsgründen, gelten den Palästinensern als eine beschämende Vergewaltigung ihrer Intimität.

Die reichen Erdölstaaten sind besonders ängstlich darauf bedacht, möglichst wenig arabische Brüder zuzulassen. Man braucht nicht nur Visen, sondern auch einen sogenannten "Sponsor", der einem das Visum beschafft; meist ist dies ein lokaler Geschäftsmann, der ein Interesse daran hat, eine bestimmte Person ins Land zu bringen.

Die Grenzen sind also nicht nur aus ideologischen und politischen, sondern durchaus auch aus praktischen Gründen verhasst. Was sie an Unannehmlichkeiten bedeuten, ist allen deutlich; welche Vorteile sie haben sollen, falls überhaupt, ist nicht evident.

Den Staaten innerhalb dieser Grenzen geht es nicht anders. Sie leiden an einem deutlichen Legitimitätsdefizit, an dem auch die offiziellen patriotischen Deklamationen, etwa in den Schulbüchern oder aus dem Munde von Politikern, die ein Feigenblatt dafür suchen, dass sie ihre Mitbürger nach Vermögen bestehlen, wenig ändern können. Die Regime selbst pflegen mit Gewalt an die Macht zu kommen und sich an ihr zu halten, so dass sie bestenfalls über einen Konsensus verfügen, der mindestens ebenso künstlich ist wie die Grenzen des Landes, das sie beherrschen: er wird meist durch Staatsinformation, Zensur aller abweichenden Meinungen, staatliches Fernsehen, oft Personenkult krassester Art und durch die nur zu berechnete Angst vor den Geheimpolizeiapparaten "hergestellt". Solche Regime zerstören alle echte Vaterlandsliebe. Die Abneigung, auf die sie stossen, kann sich auf den Quasi-Nationalstaat, den sie beherrschen, übertragen. Der pan-arabische Traum wird in solchen Fällen als ein Rekurs und eine Hoffnung gegen die "nationalstaatlichen" Missstände aufgefasst und gewinnt so zusätzliche Anziehungskraft. Man würde nicht nur seine engen Grenzen, sondern auch seinen Tyrannen los, wenn der Traum sich verwirklichen liesse.

Auch die Tyrannen selbst, vor allem wenn sie moderne Gewaltherrscher sind, meist durch Staatsstrieche in Präsidenten verwandelte Offiziere, können ihren

"Nationalstaaten" Legimität entziehen. Anfänglich duldet das Volk sie oder jubelt ihnen gar zu, weil es politische, militärische und wirtschaftliche Erfolge von ihnen erwartet. Sie erscheinen als effizienter denn die sich streitenden, habsüchtigen Politiker, die sie abgesetzt haben. Doch wenn der erhoffte Erfolg sich nicht einstellt und militärische Niederlagen sowie wirtschaftliche Rückschläge eintreten, der Machthaber aber deswegen noch lange nicht zurücktreten will, sondern es vorzieht, die Bevölkerung um so brutaler überwachen zu lassen, kann die Folge durchaus sein, dass Teile dieser Bevölkerung nach einem der Nachbarländer Ausschau halten und sich von ihm Befreiung erhoffen.

Dies führt dann natürlich zu einem wachsenden Graben zwischen den beiden Nachbarn, deren jeder fürchten muss, der andere suche seine Herrschaft zu untergraben. Das pan-arabische Zusammengehörigkeitsgefühl der Bevölkerung bewirkt, dass diese keinerlei Vorstoss gegen den Patriotismus erblickt, wenn sie sich von ihrem arabischen Nachbarn gegen ihren "nationalen" Tyrannen helfen lässt. Dieser Umstand wird dann zu einem indirekten Grund scharfer Trennung zwischen den beiden Nachbarstaaten: der Machthaber hat sich so sehr vor seinem Nachbarn in acht zu nehmen, und dieser versucht in der Tat, seinen Nachbarn zu destabilisieren, dass die Grenze geschlossen und aller Verkehr unterbunden wird. Nur die Luftverbindungen zwischen den beiden Nachbarstaaten werden manchmal beibehalten; sie dienen den Politikern und den Wohlhabenden und lassen sich leichter kontrollieren als die Landgrenzen.

Auch die Minderheitenpolitik, welche die meisten Gewaltherrscher führen, kann ihre Legitimität als "nationale" Autorität erschüttern. Sie lassen sich gerne von Verwandten stützen, auf die sie sich noch am ehesten verlassen zu können glauben und die sie mit ihrem eigenen Regime zu kompromittieren suchen, so dass sie wissen: wenn der Herrscher zu Fall kommt, geht es auch ihnen an den Kragen.

Die Verwandten sind natürlich gleichzeitig Mitglieder der gleichen religiösen und ethnischen Gemeinschaft, und oft wird der Kreis der engsten Vertrauensleute über die eigentliche Verwandtschaft hinaus auf ausgesuchte Personen aus der gesamten Gemeinschaft ausgedehnt. Saddam Hussein hat eine grosse Elitetruppe aus sunnitischen und arabischen Irakern, zu der keine Schiiten und keine Kurden zugelassen werden. Seine Verwandtschaft, die Tikriti, die viele der führenden Positionen einnehmen, vor allem der sicherheitsmässig wichtigen, gehört ebenfalls zu den irakischen sunnitischen Arabern. Diese machen ungefähr ein Viertel der

irakischen Bevölkerung aus. Die anderen drei Viertel, eine Hälfte Schiiten und ein Viertel Kurden, stehen unter dem Eindruck, dass sie keinen Anteil an der Regierung hätten und von dem einen Viertel der sunnitischen Araber "regiert" würden.

In Wirklichkeit sind es natürlich nicht alle sunnitischen Araber, die regieren, sondern nur eine kleine Auslese unter ihnen. Doch für die anderen Gruppen ist ausschlaggebend, dass ihre Gemeinschaften nicht adäquat in der Regierung und in den Sicherheitskräften vertreten sind. Sie sehen jene als Staatsvolk, sich selbst aber als ihnen unterstellte "Untertanen"; in vielen praktischen Bereichen des täglichen Lebens erweist sich diese Sicht als zutreffend. Der "Staat", so empfinden die anderen drei Viertel der Bevölkerung, sind sie; wir gehören nicht wirklich dazu. Dies reduziert natürlich die Legitimität des Staates in ihren Augen, wenn es sie nicht sogar gänzlich aufhebt.

In Syrien besteht ein ähnliches Problem, da Präsident Asad aus der religiösen Minorität der Alawiten stammt und oft Alawiten, Verwandte und andere als seine besonderen Vertrauensleute verwendet. Die rund 80 Prozent syrischer Sunniten beklagen sich oft darüber, dass sie diesem "Alawitenregime" unterstellt seien.

Man kann wohl sagen, dass es drei - miteinander verbundene - Wurzeln gibt, welche die heutigen Staaten im Nahen Osten verunsichern und dislegitimieren (um ein neues Wort zu prägen): die als "künstlich" empfundenen Grenzen; die durch Putsche zur Macht gelangten Regime - die sich auch nicht als erfolgreicher erweisen denn die legalen; die Minderheitenpolitik, die solche Regime oft zur Absicherung ihrer Macht führen.

Von diesen dreien sind es bestimmt die diktatorischen Regime, bei denen die Reform einzusetzen hätte. Sie müssten abgeschafft werden, bevor das Problem der Grenzen und jenes der Minderheiten korrigiert werden könnte. Gäbe es einmal die Diktatoren nicht mehr, wäre es auch nicht leicht, die beiden anderen Grundprobleme anzupacken. Doch es würde möglich.

Die Sache der Grenzen wäre zu berichtigen, indem man die Bedeutung der Grenzen reduzierte, statt sie, wie es unter den Diktatoren immer wieder geschieht, immer zu steigern und die Grenzen, meist aus Sicherheitsgründen, immer mehr abzudichten - gelegentlich, wie wir sahen, bis zur völligen Abkapselung. Die

Reduktion des Störwertes der Grenzen hätte durch Verhandlungen unter den verschiedenen arabischen Staaten zu erfolgen, ungefähr nach dem Vorbild der EG. Solange aber absolute Herrscher diese Staaten regieren, wird das nicht möglich sein, weil diese keinen Fingerbreit ihrer Macht abtreten wollen und um ihre Herrschaft fürchten.

Die Minderheitenfrage müsste durch die klassischen Rezepte zur Behandlung von Minderheiten angegangen werden: Teilautonomie und ein Mitspracherecht in der zentralen Regierung, das eher etwas grösser sein müsste, als es dem reinen Anteil der betreffenden Minderheit entspricht, also leicht überproportional sein sollte.

Solange die Diktatoren regieren, geschieht das genaue Gegenteil: eine der Minderheiten oder die Mehrheit erhält ein starkes Übergewicht, spielt sich infolgedessen als Staatsvolk auf und hält sich für berechtigt, die anderen Gemeinschaften als "Untertanen" zu behandeln.

Der Schluss scheint unvermeidlich: Ohne echte Demokratisierung der arabischen Staaten wird es auch keinen Abbau ihres Legitimitätsdefizits geben. Dieses wird vielmehr durch die Regierungsmethoden der Ein-Mann-Regime immer weiter anwachsen.

Das Empfinden der Araber, in "unnatürlichen" Grenzen leben zu müssen und überhaupt zu "unnatürlichen" Staaten zu gehören, wird durch den Umstand verstärkt, dass der gesamte Begriff eines modernen Nationalstaates mit seinen linearen Grenzen aus Europa in den Nahen Osten eingeführt worden ist und immer noch in mancher Hinsicht einen Fremdkörper darstellt. Der Begriff des "Islamischen Staates", wie ihn die Scharia und damit nach dem Islamverständnis vieler, gerade eher einfacher Muslime die Religion überhaupt fordert, unterscheidet sich grundlegend von jenem eines Nationalstaates, wie er in der europäischen Geschichte auf Grund einer langen Entwicklung entstanden ist.

Ideal sollte ein muslimischer Staat der Staat aller Muslime sein und unter der Führung des Nachfolgers des Propheten und Beherrschers der Gläubigen stehen, dessen letzte Verkörperung (für die Sunniten) 1924 abgeschafft wurde. Im Lauf der islamischen Geschichte gab es mehrere solche islamischen Reiche: Omayyaden, Abbasiden, Mamluken, Osmanen, Moghuls auf der sunnistischen Seite;

Fatimiden, Safawiden, und andere kleinere auf der schiitischen. Der heute noch herrschende Amir al-Mu`minin, welchen Titel der König von Marokko trägt, steht in dieser Tradition und zieht einen bedeutenden Teil seiner Legitimität, vor allem gegenüber der ländlichen Bevölkerung Marokkos, aus diesem Umstand. Solche islamischen Reiche sind in der Praxis meist Vielvölker- und Vielreligionen-Staaten gewesen. Doch sie besaßen eine Staatsreligion, den Islam, und meist ein Staatsvolk oder eine Staatsklasse, die sie trug und regierte: die Osmanli (Hofbeamte und Staatsfunktionäre, die als Devschirme-Sklaven begonnen hatten); die Hofbeamten der Moghuln, die Safawidenherrscher und ihre schiitischen Gottesgelehrten, um nur die der jüngeren Grossreiche zu erwähnen.

Grenzlinien besaßen diese Reiche selten, es gab vielmehr Kampfgrenzen im Sinne unserer mittelalterlichen "Marken", an denen sich Glaubenskämpfer sammelten und ihrer Beutelust frönten. Diese Reichsmarken konnten von Jahr zu Jahr gewaltig anwachsen oder schrumpfen, je nach den Feldzügen, zu denen sich die Zentralmacht entschloss.

Für die islamische Legitimität war stets entscheidend, wieweit ein solcher Islamischer Staat dem verpflichtenden Vorbild nachlebte, welches der erste Staat der Muslime unter der Führung durch den Propheten selbst, also in Medina und Mekka 622-32, setzte. Doch sogar wo diese Entsprechung gering war, galt nach der klassischen islamischen Staatslehre, dass die Bevölkerung den "zum Herrschen Berufenen" Gehorsam schulde, solange diese den Muslimen Gelegenheit böten, ihrer Religion entsprechend zu leben. Sogar ein ungerechter Herrscher, so die klassische Lehre, sei besser als ein Zwiespalt und Bruderkrieg unter den Muslimen (fitna).

Die durch die Kolonialmächte und ihren Druck eingeführten und auferlegten Nationalstaaten westlicher Konzeption haben mit dem alten muslimischen Konzept des Staates wenig zu tun. Dennoch ist es bis heute nicht möglich gewesen, dieses Ideal des muslimischen Staates gänzlich zu vergessen und zur Vergangenheit zu rechnen (etwa so wie die Deutschen das Heilige Römische Reich Deutscher Nation seit einiger Zeit endgültig als Geschichte ansehen, nicht mehr als ein politisches Ideal für die Gegenwart.). Die Unmöglichkeit, dies zu tun, liegt darin, dass der traditionelle islamische Staat islamische Sanktion besitzt (er beruft sich ja auf das Vorbild des Propheten); der aus Europa importierte Nationalstaat besitzt sie nicht, und je untüchtiger er sich in der Praxis zeigt, desto

stärker wird auch die Tendenz vieler Muslime, sich von ihm abzuwenden und in einem "islamischen Staat", so wie ihre islamistischen Führer ihn schildern, das Heil zu suchen.

Diese islamistischen Führer berufen sich allerdings nicht auf irgendeines der grossen islamischen Reiche oder Staatsgebilde, so wie sie in der historischen Wirklichkeit waren, sondern auf das Idealbild vom Gottesstaat, wie der Prophet, unter göttlicher Inspiration, ihn einrichtete. Die Frage, ob und wie man einen solchen Staat in der konkreten Praxis heute verwirklichen könnte, wenn eine dazu entschlossene Führungsgruppe die Macht ergriffe, wird im allgemeinen erst nach der Machtergreifung konkret genug diskutiert, um Auseinandersetzungen unter den neuen Herrschern islamistischer Ueberzeugung hervorzurufen. Vor der Machtergreifung pflegen die Islamistenführer sich mit recht allgemeinen Vorstellungen zu begnügen, die freilich auch nicht immer einheitlich sind. Am deutlichsten wird dies in der Frage der künftigen Führung. Manche wollen sich mit nicht weniger als einem "Khalifa" (Nachfolger des Propheten) nach der klassischen Lehre begnügen. Andere sagen, sie strebten durchaus "Demokratie" an. Die Lage wird dadurch noch unübersichtlicher, dass Khomeiny, bevor er zur Macht gelangte, Dinge wie Meinungsfreiheit, Demokratie, Toleranz, eine Rolle im Staat für die Frauen und für die Minderheiten zu versprechen schien, in der Praxis jedoch nach seiner Machtübernahme diese Zusagen weitgehend zurücknahm. Er hat dabei wohl, wie es der schiitische Glauben erlaubt, takiye (Verstellung zu frommen Zwecken) geübt.

Trotz der geringen Ausarbeitung ihrer konkreten Programme haben die Islamisten dort politischen Erfolg, wo der bestehende Staat, so wie er ist, offensichtlich schlecht funktioniert und kein Vertrauen bei seiner Bevölkerung geniesst. Die Grundregel "Je schlechter, desto besser" gilt in dieser Hinsicht ausnahmslos für die Islamisten. Ihre Opposition erweist sich dort am erfolgreichsten, wo der Staat und alle seine Pläne, Leiter, Werke und Parteien am meisten diskreditiert sind. Wo nichts mehr zu funktionieren verspricht, findet das Schlagwort: "Der Islam ist die Lösung" den stärksten Widerhall. Da die Araber und anderen Muslime nicht gewillt sind, alle Hoffnung aufzugeben und ohne jede Hoffnung vor sich hin zu vegetieren, wenden sie sich, und besonders die Jugend, das heisst der grösste Teil der Bevölkerung der arabischen Staaten, der islamischen respektive islamistischen Hoffnung zu, sobald die "modernen" Staaten es

fertiggebracht haben, sich in den Augen ihrer Bevölkerung gänzlich zu delegitimisieren.

Prof. Dr. Bassam Tibi

Die Hintergründe des Golf-Konflikts

Der Golf-Konflikt fand in einer historischen Phase statt, in der das internationale System im Begriff war, seine Konfiguration radikal zu verändern. Der Kommunismus befand sich in einem Prozess des Zusammenbruchs, so dass das grundlegende Strukturmerkmal des internationalen Systems, die Bipolarität, einen Wandlungsprozess zu durchlaufen schien. Tritt die Sowjetunion, die die Experten für Weltpolitik als "incomplete superpower" charakterisieren, von ihrem Supermachtstatus ab, so bleiben nur die USA die einzige Macht mit diesem Status. Für regionale Konflikte in der Dritten Welt, die seit dem Zweiten Weltkrieg weitgehend von der Bipolarität geprägt waren, ist dies eine grundlegende und folgenreiche Veränderung. Patron-Klient-Beziehungen, das heisst solche zwischen dem jeweiligen Dritte-Welt-Staat und einer Patron-Supermacht, waren im Zeitalter der Bipolarität ein zentrales Charakteristikum regionaler Konflikte in der Weltpolitik. Für Dritte-Welt-Staaten war der Wettbewerb zwischen den beiden Supermächten während der beiden Kalten Kriege seit 1945 die zentrale Quelle für den Gewinn eines weltpolitischen Handlungsspielraumes in ihrem auswärtigen Verhalten. Für das internationale System war diese Involvierung beider Supermächte in regionalen Konflikten im Rahmen von Patron-Klient-Beziehungen ein Element der Stabilität, weil dadurch eine Kapazität zur Steuerung des auswärtigen Verhaltens kleiner Staaten entstand. Wenn ich hervorhebe, dass der Golf-Konflikt in einer Periode radikaler Veränderung der Konfiguration des internationalen Systems stattfand, dann spiele ich auf die einleitend angeführten Wandlungsprozesse im Rahmen der Auflösung der Nachkriegsordnung in Europa an. Indem ich diesen Komplex als zentral für meine Fragestellung angebe, verfallende ich in meiner Darstellung des Golf-Konflikts keineswegs einer globalistischen Argumentation, das heisst einer Argumentation, die regionale Konflikte vereinfachend aus der Perspektive der damals noch vorhandenen globalen Bipolarität ableitet. In meinen Arbeiten vertrete ich die Position, dass regionale Konflikte, also auch der Golf-Konflikt, zunächst ihre regionale Eigendynamik haben, in der sie sich entfalten. Erst die Einbettung in die globale Struktur verleiht diesen Konflikten ihre globale Dimension.

In diesem Sinne war der Golf-Konflikt zunächst ein zwischenstaatlicher territorialer Konflikt zwischen dem Irak und Kuwait, der sich im Laufe der Juli-Krise nach der berühmten Rede von Saddam Hussein über den Öldiebstahl und den Verrat an der arabischen Nation vom 17. Juli regionalisierte, das heisst auf die Kernstaaten der nahöstlichen Region, als ein Subsystem der Weltpolitik, ausweitete. Erst mit der Invasion von Kuwait und der darauffolgenden Aufhebung der nationalstaatlichen Souveränität dieses Landes, beziehungsweise seit der Bedrohung Saudi-Arabiens, wurde der Konflikt über den Rahmen der Uno und die Resolution 660 des UN-Sicherheitsrates hinaus durch die Stationierung amerikanischer Truppen in Saudi-Arabien internationalisiert. Zu keinem Zeitpunkt während des gesamten Verlaufes des zu einem Krieg eskalierten Konflikts haben eigendynamische Faktoren ihre Wirkung verloren. Ohne das Ineinandewirken und das Wechselspiel regionaler und globaler Bedingungsfaktoren kann der Golf-Konflikt nicht angemessen verstanden werden.

Vergegenwärtigt man sich die weltpolitische Situation am Vorabend der irakischen Invasion Kuwaits, dann findet sich der Beobachter mit zwei möglichen Interpretationen konfrontiert. Die eine besagt, dass Saddam Hussein sich in seiner von Geheimdiensten getragenen Ein-Mann-Republik der Angst - angesichts der Hinwendung der gesamten Welt auf die Ereignisse in Europa seit dem Herbst 1989 - in der Lage wähnte, den alten irakischen Traum zu verwirklichen, nämlich Kuwait zu verschlingen, ohne dass die Welt über Verbalproteste hinausgeht. A la longue behielte der Irak unter diesen Bedingungen Kuwait, indem er durch die Invasion und die darauf folgende Annexion ein *fait accompli* schafft. Hierfür bot die irakische Wirtschaft mit einer Schuldenlast in Höhe von 90 Milliarden US\$ einen zwingenden Grund. Das ressourcenreiche Kuwait hätte die irakische Wirtschaft kurieren können. Die andere Interpretation geht weniger von der Habgier Saddam Husseins als von einer weltpolitisch-strategischen Kalkulation des irakischen Führers aus und wird unter anderem von Efraim Karsh vertreten. Karsh bezieht sich auf eine in Amman vor dem Arabischen Kooperationsrat gehaltene Rede Saddam Husseins, in der dieser angesichts der Schwächung der Sowjetunion von einer Tendenz spricht, nach der die USA die einzige Supermacht werden und somit ungehindert die politische und wirtschaftliche Kontrolle über die gesamte arabische Welt ausüben. Nach dieser Interpretation wollte Saddam Hussein die letzte Chance im Zeitalter der Bipolarität noch vor ihrer Auflösung nutzen, um einen politischen Akt der Aneignung Kuwaits durchzusetzen. Gleich

welche der beiden Interpretationen richtig sein mag, fest steht, dass die Bedingungsfaktoren des Konflikts regional waren und dass er aufgrund des internationalen Kontextes weltpolitische Bedeutung erlangte.

Den Ausgangspunkt der Golf-Krise bildete ein lokaler Konflikt zwischen Irak und Kuwait, der auf die koloniale Grenzziehung beider Staaten zurückgeht. Die dem Konflikt zugrundeliegenden Bedingungsfaktoren wurden bereits in der Juli-Krise erkennbar, die der Invasion vom 2. August unmittelbar vorgelagert war. Mit einer Ansprache Saddam Husseins, die am 17. Juli 1990 von Radio Bagdad ausgestrahlt wurde, löste der Irak einen zwischenstaatlichen Konflikt mit Kuwait aus. Die Streitpunkte beschränkten sich in dieser frühen Phase des Konflikts auf das Ölfeld von Rumaila sowie auf die Ölproduktion Kuwaits und der Vereinigten Arabischen Emirate; beide Staaten überschritten, so die Irakis, die ihnen von der Opec zugestandenene Produktionsobergrenzen, die im Opec-Quotensystem vereinbart worden waren. Im Sinne einer "Entschädigung" forderte die irakische Regierung umfangreiche finanzielle Leistungen. Die Forderungen Iraks an Kuwait bezogen sich damit zunächst ausschliesslich auf Zahlungsforderungen - territoriale Ansprüche auf die kuwaitischen Inseln Bubiyan und Warba waren im Vergleich zu der späteren Entwicklung noch von untergeordneter Bedeutung. Im Verlaufe der Juli-Krise 1990 entwickelte sich der ursprünglich zwischenstaatliche Konflikt zwischen Irak und Kuwait durch die Involvierung weiterer arabischer Staaten, insbesondere Saudi-Arabiens und Ägyptens, zu einem regionalen Konflikt. Dabei schienen die Vermittlungsbemühungen des ägyptischen Präsidenten Mubarak zunächst Erfolg zu haben. Bei seinem Besuch in Bagdad erhielt er von Saddam Hussein die Zusage, zur Lösung des Konflikts keine Waffengewalt einzusetzen. Entsprechend dem Charakterzug seiner politischen Karriere hat Saddam Hussein diese Zusage nicht eingehalten.

Auf dem darauffolgenden Treffen zwischen irakischen und kuwaitischen Vertretern am 31. Juli 1990 in Dschidda deutete jedoch das Verhalten der irakischen Delegation vielmehr auf ein Diktat, nicht auf eine Verhandlungslösung hin: der Irak erhöhte seine finanziellen Forderungen noch und liess den Kuwaitis damit keinerlei Raum für Verhandlungen. Diese fanden sich zwar bereit, die ursprünglichen Forderungen Iraks in Höhe von 2,4 Mrd. US\$ zu erfüllen. Sie waren jedoch nicht willens, sich sämtlichen überhöhten Forderungen Saddam Husseins, wie beispielsweise dem Erlass der irakischen Schulden in Höhe von 10

Mrd. US\$, zu fügen. Ebenso wie die Iraner im September 1980 unterschätzten auch die Kuwaitis die aggressive Rhetorik und die Bereitschaft Saddam Husseins, seine militärische Stärke tatsächlich einzusetzen. Für gut informierte Experten kam die irakische Invasion Kuwaits indes nicht überraschend. Der während des Konflikts angemeldete Anspruch Iraks auf Kuwait ist nicht neu - er geht auf die 30er Jahre zurück. Ich habe einleitend angeführt, dass die Fokussierung der Weltpolitik auf Europa seit dem Frühjahr 1989 Saddam Hussein den geeigneten Moment zu bieten schien, diese alten irakischen Ansprüche zu realisieren. Mit Sicherheit jedoch hätte Saddam das Risiko einer Invasion Kuwaits nicht auf sich genommen, wenn er eine solche überwältigende weltweite Reaktion vorausgesehen hätte. Aber nicht nur die Konzentration der Weltpolitik auf Europa im Rahmen der Auflösung der Nachkriegsordnung liess Saddam Hussein wähnen, dass die Welt ihn bis auf verbale Proteste mit der "Beute" Kuwait würde laufen lassen. Auch die falsche Annahme einer immer noch bestehenden bipolaren Weltordnung, die staatlichen Akteuren in regionalen Konflikten (Klienten) erlaubt, die Spannungen und den Wettbewerb der Supermächte als ihre Patrone für sich zu nutzen, lag der irakischen Invasion von Kuwait zugrunde. Dies belegen die erfolglosen Versuche des Irak, die Sowjetunion für sich zu aktivieren. Der irakische Aussenminister Tariq Aziz reiste noch vor dem sowjetisch-amerikanischen Gipfel von Helsinki nach Moskau, um Gorbatschow für den Irak zu gewinnen, und er musste mit leeren Händen nach Bagdad zurückkehren. Wie fremd die Welt nach dem Ende des Kalten Krieges für Saddam Hussein scheint, davon zeugt seine Adresse an Gorbatschow am Vorabend des Helsinki-Gipfels. In dem offenen Schreiben fragt Saddam Gorbatschow, ob die Sowjetunion nunmehr aufgehört habe, als eine Supermacht zu existieren, und er fügt hinzu, Gorbatschow solle sich vergegenwärtigen, "dass Zweifel an der Stellung der Sowjetunion als einer Supermacht aufkommen, nachdem die USA nunmehr als einzige Weltmacht auftreten, ohne dass sie in ihrer Arroganz von einer anderen Macht zu einem Gleichgewicht gezwungen werden". Saddam Hussein fordert Gorbatschow in orientalischer Manier auf, Mann genug zu sein, um es den Amerikanern zu zeigen. Die gemeinsame Erklärung von Bush und Gorbatschow muss beim irakischen Diktator schiere Enttäuschung hervorgerufen haben. Die arabische Presse der Anti-Saddam-Front hat den Helsinki-Gipfel als "Beginn einer strategisch lang anhaltenden Supermacht-Allianz zur Bewältigung regionaler Konflikte im Nahen Osten und zur Ueberwindung von Despotien à la Saddam Hussein im Rahmen einer neuen Weltordnung nach dem Ende des Kalten

Krieges" gedeutet. Die irakische Politik hat diese Entwicklung offensichtlich nicht berücksichtigt und basierte in den Anfängen der Eskalation des Konflikts zu einer Krise entsprechend auf falschen Annahmen, die zu folgenreich inadäquaten strategischen Berechnungen führten.

Die zentrale Fehlkalkulation ist die Wahl des Zeitpunkts für die Aktualisierung des irakischen Anspruchs auf Kuwait. Dieser Anspruch Iraks auf Kuwait ist nicht erst von Saddam Hussein erfunden worden. Bereits im Jahre 1961, im Zuge der Unabhängigkeitserklärung Kuwaits, hatte Irak unter dem damaligen Staatschef Qassem Ansprüche auf Kuwait als früheren Teil der osmanischen Provinz Basra erhoben. Der territoriale Expansionismus Iraks gründete sich somit auf historische Ansprüche aus der osmanischen Zeit, während der Kuwait zu Irak gehört hatte. Dabei ist zu vergegenwärtigen, dass während der Zeit des Osmanischen Reiches Nationalstaaten im Nahen Osten noch nicht existierten. Auch Irak hatte zu diesem Zeitpunkt keinen nationalstaatlichen Charakter. Der Irak als staatliche Einheit wurde erst im Jahre 1921 durch das Zusammenfügen der drei osmanischen Provinzen Bagdad, Mossul und Basra kreiert. Nach dem Sturz des Regimes von General Qassem im Februar 1963 und einer Zahlung Kuwaits an Irak in Höhe von 84 Millionen US\$ verlor der Konflikt vorübergehend an Schärfe. 1963 erkannte der Irak Kuwait als souveränen Staat förmlich an. Dennoch: Ungelöste Grenzfragen blieben weiterhin bestehen. Besonders im Kontext von Krisensituationen wurden vom Irak immer wieder territoriale Ansprüche erhoben, die entweder der Erpressung Kuwaits dienten oder das Ziel verfolgten, einen substantiellen Zugang zum Golf auf Kosten Kuwaits zu erobern. Das Streben Iraks nach einer Überwindung seiner Situation als Quasi-Binnenland bildete oft die Hauptantriebskraft für dieses Verhalten. Die Erdölausfuhr des Irak, die 95 Prozent seiner Deviseneinnahmen ausmacht, kann nur durch Pipelines zum Mittelmeer und zum Roten Meer erfolgen. Der Irak ist angesichts des Fehlens eines irakischen Tiefwasserhafens am Golf vom Wohlwollen seiner Nachbarn abhängig.

Über den beschriebenen realpolitischen Rahmen hinaus hat der Golf-Konflikt eine für Europäer oft unverständliche ideologische Dimension. Panarabismus und Islam stehen hier im Mittelpunkt. Die Baath-Partei trat immer für ein "arabisches 1871" nach deutschem Vorbild ein, das von einem "arabischen Bismarck" - wenn nötig auch mit militärischen Mitteln - zu realisieren sei. Saddam Hussein hat sich

in dieser Rolle schon vor der Invasion Kuwaits gesehen. Neu nach der Invasion ist jedoch, dass Saddam Hussein, der bisher strikt die säkulare Position seiner Baath-Partei vertreten hat, nunmehr auch die Ideologie des islamischen Fundamentalismus in seine Legitimation einbaut. Im Kontext der Kuwait-Invasion und der nachfolgenden Stationierung US-amerikanischer Truppen in Saudi-Arabien fügte Saddam Hussein zu seinen panarabischen Parolen islamisch-fundamentalistische Rhetorik hinzu. Indikator hierfür ist der Aufruf zum Heiligen Krieg gegen die "Ungläubigen". Unter muslimischen Fundamentalisten ist Saddam Hussein damit gegenwärtig einer der populärsten politischen Führer. Saudi-Arabien und Ägypten haben es vermocht, das islamische Establishment (Schriftgelehrte, Muftis, al-Azhar) gegen Saddam auf ihre Seite zu bringen. Die Hauptströmung des politischen Islams stand jedoch eindeutig auf Saddam Husseins Seite. Der aus dem Golf-Konflikt hervorgegangene Golf-Krieg hat in dieser Hinsicht einen grossen Schaden verursacht, indem er den Graben zwischen dem Westen und der Welt des Islams vertiefte.

Vor der Irak-Kuwait-Krise galt der Irak unter Saddam Hussein als der Beschützer der Golf-Araber vor dem iranischen Expansionismus. Die Aengste der arabischen Führer vor den Bedrohungen des islamischen Fundamentalismus und dem entsprechenden Anspruch Khomeinis, seine "Islamische Revolution" in die arabischen Nachbarstaaten zu exportieren, begründeten deren Unterstützung für Saddam Hussein während des Irak-Iran-Kriegs. Ohne die finanzielle Hilfe durch die arabischen Staaten des Golf-Kooperationsrates (GCC) und die militärische und demographische Unterstützung durch Ägypten wäre der Irak nicht fähig gewesen, einen achtjährigen Krieg durchzustehen. Obwohl die Scheichs der arabischen Golfstaaten ebenso wie die saudische Führung Saddam Hussein stets misstrauten, unterstützten sie ihn finanziell als Beschützer vor dem Iran. Sie hatten nicht die Möglichkeit einkalkuliert, dass aus dieser Unterstützung ein "Monster" erwachsen könnte, das sie in einer weit ernsthafteren Masse bedrohen würde als die islamische Revolution Khomeinis. In der Tat wurde die Gefahr eines Exports dieser Revolution stark übertrieben. Saddam Hussein hat die Ängste, die die iranische Revolution hervorrief, weidlich ausgenutzt. Saddam führte einen acht Jahre andauernden Krieg mit massiver arabischer Unterstützung, und dennoch war er nicht in der Lage, diesen Krieg militärisch zu gewinnen. Nur der Gebrauch chemischer Waffen zwang Iran schliesslich, einer Beendigung des Krieges zuzustimmen - wenn auch nicht zu Saddam Husseins Bedingungen. Auch heute,

nach dem Ende des zweiten Golf-Krieges, ist Saddam Hussein in der Lage, die Ängste der Golf-Araber vor einer schiitischen Vorherrschaft am Golf für sich zu instrumentalisieren. Die Ängste der Saudis vor einer schiitischen Republik im Irak nach iranischem Muster sind die Erklärung für ihr Verhalten nach dem Golf-Krieg, nach dem sie lieber einen geschwächten Saddam Hussein als einen Aufstand der Schiiten tolerieren würden. Auch die USA haben diese saudische Position übernommen.

Um die eingangs hervorgehobene regionale Dimension des Golf-Konflikts besser zu verstehen, ist es wichtig, die versuchte irakische Annexion von Kuwait in den Kontext der Entwicklung der regionalen Strukturen des Nahen Ostens als ein Subsystem einzuordnen. Die Golf-Region gilt als eine Subregion des Nahen Ostens. Die zwei in diesem Kontext relevanten Schlüsselereignisse sind der Friedensvertrag Ägyptens mit Israel im Jahr 1979, der sogenannte Camp-David-Frieden, und das Ende des Iran-Irak-Krieges 1988. Im Jahre 1979 wurde Ägypten nach dem Separatfrieden mit Israel im Gefolge der Camp-David-Verhandlungen aus der Arabischen Liga ausgeschlossen. Der damalige Ausstieg Ägyptens aus der arabischen Politik bedeutete, dass der Irak unter Saddam Hussein nun in der Lage war, Ägypten abzulösen und die panarabische Führung für sich in Anspruch zu nehmen. Es war auch kein Zufall, dass die dem Ausschluss zugrundeliegenden arabischen Gipfeltreffen von 1977 und 1978 in Bagdad stattfanden. Der Beobachter kann heute im nachhinein in der damaligen irakischen Politik gegenüber Ägypten eher eine Inanspruchnahme der arabischen Führung als eine gegen die Anerkennung Israels gerichtete Handlung sehen. Die Gründung des Arabischen Kooperationsrats (ACC) unter Beteiligung Ägyptens im Februar 1989 markiert zwar die Rückkehr Ägyptens zur arabischen Politik, steht aber nicht im Widerspruch zu dieser Interpretation. Denn Ägypten kehrte damals als Mitglied des ACC in vollem Umfang in die arabische Politik zurück, ohne jedoch eine Führungsposition zu haben. Ägyptische Diplomaten haben mir gegenüber mehrmals kritisch angemerkt, dass Ägypten sich im ACC stets mit dem irakischen Führungsanspruch konfrontiert sah und niemals mit der ihm zugeschriebenen Rolle einer "zweiten Geige" in der nahöstlichen Sicherheitspolitik glücklich war. In diesem Sinne bot der Golf-Konflikt Ägypten die Chance, die arabische Führung zurückzugewinnen. Eine der wichtigen Folgen des Golf-Krieges ist, dass es heute Ägypten ist und nicht der Irak, das die arabische Führung innehat.

Das zweite Schlüsselereignis ist das Ende des Golf-Krieges der 80er Jahre und bezieht sich auf die Ansprüche, die Irak hieraus abgeleitet hat. Mit seinem vorgegebenen Sieg über den Iran glaubte Saddam Hussein das Recht erworben zu haben, offiziell als der Golf-Beschützer zu gelten, wie er dies zu Beginn des Krieges - jedoch als Anspruch - formuliert hatte. Es trifft zu, dass Iran zu Beginn der islamischen Revolution und während der gesamten Khomeini-Zeit von den arabischen Golf-Staaten als eine Bedrohung im Sinne eines "Exports der islamischen Revolution" wahrgenommen wurde. Aber diese Staaten hatten ebensoviel Grund, Irak selbst und seinen expansionistischen Drang zu fürchten. In der Tat haben sich die arabischen Golf-Staaten unter saudischer Führung nach dem Ausbruch des Iran-Irak-Krieges zusammengetan und den bereits im Januar 1981 in Kuwait proklamierten Golf-Kooperationsrat (GCC) im darauffolgenden Mai inauguriert. Wäre der Golf-Kooperationsrat nur ein Zusammenschluss der arabischen Golf-Staaten gegen den Iran gewesen, dann hätte es nahegelegen, dass auch der arabische Golf-Staat Irak dieser Organisation hätte beitreten dürfen. Saudi-Arabien und die anderen arabischen Golf-Staaten machten deutlich, dass sie den Irak nicht als Mitglied des Golf-Kooperationsrates wünschten. Nach dem Ende des Iran-Irak-Krieges und bereits in den ersten Monaten nach dem Waffenstillstand an der irakisch-iranischen Grenze im August 1988 fingen die Golf-Araber an, nervös zu werden. Der Irak wollte als ein siebtes Mitglied des Golf-Kooperationsrates aufgenommen werden. Die irakische Führung unter Saddam Hussein wollte nicht wahrnehmen, dass die Gründung des GCC eine Reaktion auf den Krieg war, oder noch präziser: eine Reaktion auf die Ambitionen der beiden Nachbarstaaten Irak und islamische Republik Iran. Saudi-Arabien und Kuwait unternahmen nach 1988 umfangreiche Versuche, ein institutionelles Kooperationsnetz zwischen dem GCC und den benachbarten Ländern, einschliesslich Iran, aufzubauen. Es ging hierbei darum, die Neutralisierung Iraks zu erreichen. Die GCC-Staaten waren zufrieden, als noch im Februar 1989 der Arabische Kooperationsrat zwischen Irak, Ägypten, Jordanien und dem damaligen Nord-Jemen gegründet wurde. Denn dadurch wurde endgültig, dass der Irak ausserhalb des GCC bleibt.

Nach dem Ende des ersten Golf-Krieges bestand keinerlei sicherheitspolitische Gefährdung für den Irak. Dennoch verringerten sich die militärischen Ausgaben des Irak nicht. Ganz im Gegenteil: Nach 1988 setzte der Irak seine Rüstungsanstrengungen fort und baute eine immense Waffenindustrie auf. Der

Aufbau einer Rüstungsindustrie hatte den Vorrang unter allen Prioritäten; es gelang, militärische Ausrüstung anzuhäufen und einiges darunter zu transformieren, wie etwa die Hussein- und Abbas-Raketen, die aus dem sowjetischen Scud-System weiterentwickelt wurden. Besonders besorgnis- und angsterregend war bei dieser Aufrüstung das Arsenal an chemischen und biologischen Waffensystemen; sie wurden bereits während der letzten Jahre des Iran-Irak-Krieges und auch nach 1988 in den Kurden-Gebieten im Irak selbst eingesetzt. Nach Angaben eines zum amerikanischen Geheimdienst übergelaufenen irakischen Wissenschaftlers, die in der Financial Times veröffentlicht wurden, sind 60 Prozent dieses chemischen und nuklearen Potentials des Irak unbeschädigt erhalten geblieben.

Der Golf-Konflikt, der als ein irakisch-kuwaitischer zwischenstaatlicher Territorialkonflikt begonnen hatte, wurde zwischen dem 17. Juli und Anfang August 1990 regionalisiert, indem er - ähnlich wie der arabisch-israelische Konflikt - von der lokalen auf die regionale Ebene zu einem gesamt-subsystemisch-nahöstlichen Konflikt eskalierte. Das arabische Staatensystem und die dazugehörige regionale Organisation, die Arabische Liga, waren jedoch nicht in der Lage, den Konflikt auf der regionalen Ebene zu bewältigen, so dass eine Internationalisierung nicht mehr aufzuhalten war. Das arabische Staatensystem spaltete sich daraufhin in mehrere Lager. Der Irak und seine arabischen Verbündeten traten für eine sogenannte "arabische Lösung" ein, die angesichts der politischen Fragmentation des arabischen Staatensystems nichts anderes bedeutet hätte, als den Konflikt im Sinne des Irak, das heißt unter Beibehaltung der irakischen Herrschaft über Kuwait, zu beenden. Dies war weder für die arabischen Gegner Saddam Husseins noch für die USA akzeptabel. Die USA konnten den Aufstieg einer regionalen, ihre Interessen bedrohenden Supermacht in der Golfregion unter den Bedingungen des beendeten Kalten Krieges nicht hinnehmen. Dieser Konflikt bot den USA auch die Möglichkeit, die sicherheitspolitische Debatte über die Priorität der ökonomischen oder der militärischen Kapabilitäten in der internationalen Politik zugunsten der letzteren zu entscheiden. Der Golf-Krieg hat den Vorrang der militärischen Fähigkeiten der USA gegenüber dem wirtschaftlichen Vorsprung und der Stabilität der Ökonomien Westeuropas wiederhergestellt. Im Nahen Osten selbst glaubten einige Experten, dass der Golf-Krieg zu einer Neuordnung des Nahen Ostens unter Beilegung des arabisch-israelischen und des Palästina-Konflikts sowie auch

zu einer Demokratisierung der Region angesichts der Erfahrung mit der Despotie Saddam Husseins führen würde. Diese Erwartungen wurden nicht erfüllt. Der Golf-Krieg dauerte 42 Tage, die einen 38 Tage umfassenden dreiphasigen Luftkrieg einschlossen. Es kam anschliessend zu einem Waffenstillstand. Saddam Hussein und alle undemokratischen Regime des Nahen Ostens haben die mit der Militarisierung des Konflikts verbundene Destabilisierung überlebt. Die Aufstände im Irak wurden erstickt. Die Kurden- und die Palästinenser-Frage wurden nicht gelöst, und eine Demokratisierung des Nahen Ostens ist nicht in Sicht. Als die Siegesparaden in New York und Washington stattfanden, stellte sich die berechtigte Frage: Wer hat über wen gesiegt?

Bisher sind folgende Hefte erschienen:

- Nr. 1 Kurt R. Spillmann: Konfliktforschung und Friedenssicherung (1987)
- Nr. 2 Kurt R. Spillmann: Beyond Soldiers and Arms: The Swiss Model of Comprehensive Security Policy (1987)
- Nr. 3 Kurt R. Spillmann: Die Kubakrise von 1962: geschichtliche, politische und strategische Hintergründe (1987)
- Nr. 4 Beat Näf / Kurt R. Spillmann: Die ETH-Arbeitstagung zur schweizerischen Sicherheitspolitik vom 29. Juni 1987 - Bericht und Auswertung (1987)
- Nr. 5 Beat Näf / Kurt R. Spillmann: Die ETH-Arbeitstagung zur schweizerischen Sicherheitspolitik vom 7. Dezember 1987 - Bericht und Auswertung (1988)
- Nr. 6 Jacques Freymond: La menace et son évolution dans les domaines militaires et civils dans l'optique de la recherche scientifique et universitaire (1988)
- Nr. 7 Christian Kind: Extended Deterrence - Amerikas Nukleargarantie für Europa (1989)
- Nr. 8 Franz Martin Aebi: Der Weg zum Weiterleben - Morphologische Studie zu einer zeitgemässen Planung einer Strategie der staatlichen und gesellschaftlichen Selbstbehauptung (1989)
- Nr. 9 Madeleine Hösli / Kurt R. Spillmann: Demographie und Sicherheitspolitik: Nationale Aspekte - Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 5. Dezember 1988 (1989)
- Nr. 10 Richard D. Challener: John Foster Dulles: The Certainty/Uncertainty Principle (1989)
- Nr. 11 Dominique Wisler: Vers une nouvelle politique de sécurité (1989)
- Nr. 12 Kurt R. Spillmann und Kati Spillmann: Feindbilder: Entstehung, Funktion und Möglichkeiten ihres Abbaus (1989)
- Nr. 13 Madeleine Hösli / Kurt R. Spillmann: Demographie und Sicherheitspolitik: Rückwirkungen internationaler Entwicklungen auf die Schweiz - Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 8. Juni 1989 (1989)
- Nr. 14 Fred Tanner: Die Schweiz und Rüstungskontrolle: Grenzen und Möglichkeiten eines Kleinstaates (1990)
- Nr. 15 Jacques Hürlimann / Kurt R. Spillmann: Der Bericht 90 zur schweizerischen Sicherheitspolitik im Urteil ausländischer Expertinnen und Experten - Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 6. Dez. 1990 (1991)
- Nr. 16 Urs Roemer: Die Strategie der "Flexible Response" und die Formulierung der amerikanischen Vietnampolitik unter Präsident Kennedy (1991)
- Nr. 17 Michael Fajnor: Die europäische Integration und ihre sicherheitspolitischen Folgen für die Schweiz (1991)
- Nr. 18 Christof Buri / Karl W. Haltiner / Kurt R. Spillmann: Sicherheit 1991 - Ergebnisse einer Repräsentativbefragung (1991)
- Nr. 19 Andreas Wenger: Kontinuität und Wandel in der amerikanischen Nuklearstrategie - Präsident Eisenhowers Strategie der massiven Vergeltung und die nuklearstrategische Neuevaluation der Administration Kennedy (1991)

Alle diese Ausgaben können zu einem Preis von SFR. 5.-- je Exemplar über nachfolgende Adresse bezogen werden: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich, ETH-Zentrum, CH-8092 Zürich, Tel. 01 / 256 40 25, Fax: 01 / 363 91 96.